



# Plenarprotokoll

## 126. Sitzung

Mittwoch, 21. September 2016

<b>Nachruf auf den früheren Bundespräsidenten Walter Scheel .....</b>	<b>10544</b>	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	10545
<b>Gedenken an die Opfer der Anschläge in München und Ansbach ..</b>	<b>10544</b>	Beschluss: Dringlichkeit verneint.....	10546
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein .....</b>	<b>10545</b>	<b>Aktuelle Stunde</b>	
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU		<b>Terroristische Aktivitäten in Schleswig-Holstein .....</b>	10546
Drucksache 18/4658		Antrag der Fraktion der FDP	
Daniel Günther [CDU].....	10545	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	10546
		Dr. Axel Bernstein [CDU].....	10548
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	10550
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10552
		Angelika Beer [PIRATEN].....	10554

Lars Harms [SSW].....	10555	Lars Harms [SSW].....	10593
Dr. Heiner Garg [FDP].....	10558		
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	10558	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Neunzehnten Rund- funkänderungsstaatsvertrag .....</b>	<b>10596</b>
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10561	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3749	
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
<b>a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushalts- gesetz 2017) .....</b>	<b>10562</b>	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/4593	
Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 18/4355		Peter Eichstädt [SPD], Berichter- statter.....	10596
		Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/3749.	10597
<b>b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017 ...</b>	<b>10562</b>	<b>Gemeinsame Beratung</b>	
Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 18/4356		<b>a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushalts- gesetz 2017) .....</b>	<b>10597</b>
<b>c) Infrastrukturbericht fortschrei- ben .....</b>	<b>10562</b>	Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 18/4355	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4427		<b>b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017 ...</b>	<b>10597</b>
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/4605		Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 18/4356	
<b>d) Finanzplan des Landes Schles- wig-Holstein 2016 bis 2020, Fi- nanzplan Fortschreibung 2021 bis 2026 und Bericht der Lan- desregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsde- fizits gemäß Artikel 67 Landes- verfassung .....</b>	<b>10562</b>	<b>c) Infrastrukturbericht fortschrei- ben .....</b>	<b>10597</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4592		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4427	
Thomas Rother [SPD], Berichter- statter.....	10562	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/4605	
Monika Heinold, Finanzministerin	10562	<b>d) Finanzplan des Landes Schles- wig-Holstein 2016 bis 2020, Fi- nanzplan Fortschreibung 2021 bis 2026 und Bericht der Lan- desregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsde- fizits gemäß Artikel 67 Landes- verfassung .....</b>	<b>10597</b>
Daniel Günther [CDU].....	10567		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	10574		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10577		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	10583		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]....	10588		

Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4592		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10617
Tobias Koch [CDU].....	10597	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	10617
Lars Winter [SPD].....	10599	Torge Schmidt [PIRATEN].....	10618
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10602	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	10618
Torge Schmidt [PIRATEN].....	10603	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	10619
Volker Dornquast [CDU].....	10604	Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4402.....	10621
Monika Heinold, Finanzministerin	10605		
Beschluss: 1. Überweisung der Ge- setzentwürfe Drucksachen 18/ 4355 und 18/4356 sowie des Be- richts Drucksache 18/4592 an den Finanzausschuss, dabei den Be- richt zur abschließenden Beratung 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/4427.....	10606	<b>Befristete Beschäftigung reduzie- ren - Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrerschaft nachkommen .....</b>	10621
<b>Verantwortung übernehmen - Ein- satzkräfte schützen .....</b>	10606	Antrag der Fraktionen von FDP und CDU Drucksache 18/4620 (neu)	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4535		Anita Klahn [FDP].....	10621, 10630
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4662		Heike Franzen [CDU].....	10622
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	10606	Kai Vogel [SPD].....	10623
Simone Lange [SPD].....	10607	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	10625
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10609	Sven Krumbeck [PIRATEN].....	10626
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	10610	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	10627
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	10611	Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung.....	10628
Lars Harms [SSW].....	10612	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/4620 (neu) an den Bildungsausschuss.....	10630
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	10613		
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/4535 und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/4662 an den Innen- und Rechtsaus- schuss.....	10614		
<b>Städtebauförderung verbessern - Förderrichtlinie anpassen .....</b>	10614		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4402			
Petra Nicolaisen [CDU].....	10614		
Thomas Hölck [SPD].....	10615		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 45. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Ich bitte Sie nochmals sehr herzlich, Ihre Plätze einzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um den früheren Bundespräsidenten **Walter Scheel**, der am 24. August 2016 im stolzen Alter von 97 Jahren verstorben ist.

Walter Scheel amtierte von 1974 bis 1979 als unser Staatsoberhaupt. In dieser Zeit, aber auch davor als Bundesminister und als Vorsitzender der Liberalen hat Walter Scheel die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland wie nur wenige andere geprägt: als freier Demokrat und überzeugter Europäer, als liberaler Visionär und tragende Säule der Ostpolitik in der ersten sozialliberalen Koalition, die Walter Scheel als Bundesaußenminister im Kabinett Brandt ganz maßgeblich mitgestaltete. Er hat, dies kann in seiner Bedeutung kaum hoch geschätzt werden, so einen der Grundsteine für die Deutsche Einheit gelegt.

Mit Walter Scheel haben wir einen großen, hoch populären Bundespräsidenten verloren, der ebenso staatsmännisch wie volksnah war. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor unserem Alt-Bundespräsidenten und dem beeindruckenden Lebenswerk, das Walter Scheel uns hinterlassen hat.

Zu Beginn dieser Tagung wollen wir gemeinsam auch derjenigen gedenken, die im Juli Opfer der Bluttaten von **München und Ansbach** geworden sind.

Noch immer fassungslos blicken wir auf die Menschenverachtung, die aus diesen Verbrechen spricht, auf die Kaltblütigkeit der Täter, die möglichst viele Unbeteiligte töten, die Hoffnungen, Träume und Lebensziele anderer vernichten wollten, so sehr sich die Tatmotive auch unterscheiden.

Meine Damen und Herren, wir trauern um die Toten von München und sind in Gedanken bei deren Angehörigen, denen unser tiefes Beileid gilt. Wir fühlen mit den Verletzten und allen, die wohl ihr Leben lang unter den schrecklichen Taten zu leiden haben. Von ganzem Herzen wünschen wir ihnen

**(Präsident Klaus Schlie)**

gute Genesung, Kraft und Solidarität aus der Mitte unserer Gesellschaft.

Ich bitte Sie, einen Augenblick innezuhalten in Erinnerung an Walter Scheel und im Gedenken an die Opfer der Untaten von München und Ansbach. - Sie haben sich erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat auf dem Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 18/4658 einen Dringlichkeitsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein vorgelegt.

**Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4658

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das Wort hat der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU, Herr Abgeordneter Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das **Justizvollzugsgesetz** ist in Kraft. Es ist übereilt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist auf Zuruf im Ausschuss festgelegt worden. Das Ministerium hat sich bei den abschließenden Beratungen einer fachlichen Stellungnahme enthalten, und all das, wovor damals Fachleute gewarnt haben, ist Realität geworden. Sie haben das, was Sie mit dem Gesetz haben erreichen wollen, nicht mit ausreichendem Personal hinterlegt. Wir stellen fest, dass alle Warnungen berechtigt waren: Es fehlt das Personal, um den Aufschluss zu gewährleisten; es fehlt das Personal, um zu gewährleisten, dass die Häftlinge arbeiten können, um sich ihr Geld zu verdienen, um die Kleidung zu bezahlen. All das ist eingetreten.

Wir hatten jetzt Innen- und Rechtsausschusssitzungen, in denen die Ministerin 40 Minuten geredet, aber an den Problemen vorbeigesprochen hat. Sie hat wesentliche Fragen nicht beantwortet und manche Diskussion beendet, indem dem Ausschuss Wahrheiten schlicht vorenthalten worden sind.

Wie es in solchen Fällen zu erwarten ist: Wenn es in dieser Koalition Probleme gibt, dann werden diese mit Geld zugeschüttet, und zwar mit 20 neuen Stellen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Das hat mit unserem Dringlichkeitsantrag überhaupt nichts zu

tun. Diese Stellen werden erst zum nächsten Jahr eingerichtet. Die Probleme, die wir im Moment haben, müssen jetzt im Sinne der Beschäftigten gelöst werden.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Wenn Sie von einem humanen Strafvollzug sprechen, dann gehören zum Thema „human“ nicht nur die Häftlinge, sondern auch die Bediensteten in unserem Land.

(Beifall CDU)

Auf deren Rücken wird hier in diesem Land im Moment Politik gemacht. Wir wollen Ihnen mit unserem Dringlichkeitsantrag die Chance geben, jetzt schnell Abhilfe zu leisten. Deswegen bitten wir um Zustimmung zur Dringlichkeit und im besten Fall auch zu unserem Gesetzentwurf. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weiterhin zur Dringlichkeit hat das Wort der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Oppositionsführer beantragt für die Union, ein Gesetz zur dringlichen Angelegenheit zu erklären, das dieser Landtag in der letzten Tagung vor der Sommerpause beschlossen hat und das vor wenigen Tagen in Kraft getreten ist. Diese Sorte von parlamentarischem Klamauk kannten wir bisher von der großen Oppositionsfraktion nicht. Das ist Ihre Entscheidung, das so zu handhaben.

Über die Sache selbst, nämlich darüber, wie die Verhältnisse in den Justizvollzugsanstalten sind, wie das mit dem Personal und den Krankheitsfällen ist, werden wir reden. Das werden Sie feststellen, wenn Sie in die Tagesordnung blicken. Dazu gibt es einen Tagesordnungspunkt. Genießen Sie Ihre Freude darüber, dass das, was die Opposition möchte, nämlich dass es mehr Stellen gibt, geschieht. Das passiert übrigens nicht im nächsten Jahr, sondern in diesem, Herr Oppositionsführer. Insofern kann über die Sache geredet werden.

Eine Dringlichkeit, Gesetze erneut aufzurufen, die in der vorangegangenen Tagung beschlossen worden sind, gibt es nicht. An Klamauk beteiligen wir uns nicht. Deshalb werden wir als Koalitionsfrak-



(Dr. Ralf Stegner)

tionen dieser Dringlichkeit auch nicht zustimmen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen über die Dringlichkeit des Antrags, Drucksache 18/4659. Sie wissen, es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Damit ist die Zweidrittelmehrheit nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 4, 6, 8, 11, 12, 13, 15, 20, 21, 23, 24, 25, 28, 30, 37, 40, 41, 46, 48, 51, 52 und 54 ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 3, 5, 17, 18, 29, 43, 44, 47, 49 und 53. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 7 und 33 - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Familien mit Kindern und Antrag zu einem soliden Finanzierungssystem für Kitas -, die Punkte 9, 10, 45 und 50 - Haushaltsberatung 2017 - sowie die Punkte 19 und 35 - Krankenstand in den Justizvollzugsanstalten und Vergütung von Mehrarbeit.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 45. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist bisher noch eine einstündige Mittagspause, von 13 bis 14 Uhr, geplant. Falls insoweit eine Änderung geplant ist, würde ich die Parlamentarischen Geschäftsführer bitten, dies dem Präsidium rechtzeitig mitzuteilen, weil es für alle Beteiligten gut wäre, wenn sie sich darauf einstellen könnten.

- Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Thomas Hölck hat heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses!

(Beifall)

Ministerin Anke Spoorendonk hat heute ebenfalls Geburtstag. - Auch Ihnen, Frau Ministerin, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Heine-Schule Heikendorf. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1:

**Aktuelle Stunde**

**Terroristische Aktivitäten in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einer Woche sind hier in Schleswig-Holstein, an verschiedenen Orten im Kreis Stormarn, drei Personen unter **Terrorverdacht** festgenommen worden. Sie sollen im November vergangenen Jahres durch Unterstützung und mit Anweisungen der Organisation Islamischer Staat als angebliche Flüchtlinge aus Syrien nach Deutschland eingeschleust worden sein - eine sogenannte „Schläferzelle“ also.

Nach den vorliegenden Medienberichten gab es anscheinend noch keine konkreten Anschlagsvorbereitungen dieser Gruppe. Aber sowohl die aufgedeckten Verbindungen zu den Pariser Attentätern vom November vorigen Jahres als auch das im Zuge der Observation dieser drei Männer festgestellte konspirative Verhalten lassen die Schlussfolgerung zu, dass hier - glücklicherweise rechtzeitig - ein neuer Anschlag in Europa verhindert werden konnte.

Dass dies gelang, darüber sind wir sicherlich alle sehr froh. Auch der Dank, der sich an die Sicher-

(Dr. Ekkehard Klug)

heitsbehörden des Bundes und des Landes richtet, dürfte zwischen allen Fraktionen dieses Landtags unstrittig sein.

(Beifall)

Das Gleiche gilt sicherlich auch für die Feststellung, dass Flüchtlinge aus Syrien wegen dieses Vorgangs nicht unter Generalverdacht gestellt werden, weil drei Leute - offensichtlich aus dem Bereich der Organisation IS - unter dem Deckmantel der Flucht hierher eingeschleust worden sind.

Jenseits dieser - sicherlich übereinstimmenden - Feststellungen gibt es allerdings auch einige Punkte, die offensichtlich strittig sind; das zeigt sich, wenn man sich die Medienberichte anschaut. Ich habe am 24. Juni 2016 in einem Artikel im „sh:z“ kritisiert, dass die schleswig-holsteinische **Landespolizei** sowohl hinsichtlich der **Schutzausrüstung** als auch, was die **Bewaffnung** mit Langwaffen und die Ausstattung mit Munition betrifft, nicht ausreichend auf Einsätze zur Terrorbekämpfung vorbereitet ist. Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Herr Kollege Peters, sprach daraufhin in einer Pressemitteilung von „martialischem Säbelrasseln“. Herr Dr. Stegner bezeichnete meine Äußerungen am 20. Juli 2016 in einer Plenardebatte, die wir über das Thema Terrorbekämpfung führten, als „unverantwortlich“.

Nachdem die Koalition dann am Mittwoch der vorigen Woche im Innenausschuss ziemlich einsilbig den Antrag der Union zu diesem Thema abgeburstet hatte, durften wir tags darauf, am Donnerstag der vorigen Woche, in den „Lübecker Nachrichten“ lesen, die Landesregierung werde ein 14-Millionen-€-Programm zur Ausstattung der Polizei mit G-36-Schnellfeuergewehren und einer deutlich verbesserten Schutzausrüstung beschließen.

Wir wissen seit gestern, dass es doch nicht so gekommen ist; denn der Innenminister hat sich offensichtlich im Kabinett nicht durchsetzen können.

(Zuruf SPD)

- Ich wollte das nur von der Abfolge her feststellen.

Mir ist jetzt klar, dass Herr Dr. Stegner es tatsächlich für unverantwortlich hält, wenn jemand etwas fordert, was er selbst oder sein Innenminister gegenüber dem grünen Koalitionspartner nicht durchsetzen kann. Das ist eine Erkenntnis aus den vergangenen Wochen.

Genauso klar ist, dass die Säbel, die in den Ohren von Herrn Peters so laut rasseln, in Wirklichkeit die Säbel von Herrn Dr. Stegner und Herrn Studt sind.

Jetzt ist auch klar, weshalb es in Schleswig-Holstein erst so spät - viel später als in vielen anderen Bundesländern - zu entsprechenden Beschaffungsprogrammen gekommen ist. Da ja - das habe ich zumindest den „Kieler Nachrichten“ von heute entnommen - der Innenminister keinen Überblick über die Situation in den **anderen Bundesländern** hatte, was ihm auch Probleme in den Kabinettsberatungen bereitet hat, darf ich Sie auf einen Artikel in der „WAZ“ unter dem Titel „Deutsche Polizeibehörden rüsten für Terrorabwehr auf“ hinweisen, der vorgestern ins Netz gestellt worden ist. Die Journalisten haben sich im Rahmen einer Abfrage nach den Entscheidungen der anderen Bundesländer erkundigt und haben für eine Vielzahl von Bundesländern konkrete Angaben in ihrem Artikel unterbringen können, sowohl was die Schutzausrüstung betrifft als auch was die Anschaffung von Langwaffen angeht. Ich bringe diesen Quellenhinweis, damit Sie wissen, wo Sie etwas zu der Frage finden, welche Entscheidungen von Ländern wie Brandenburg, Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz - also nicht nur von Stadtstaaten, sondern auch von Flächenländern - in diesem Bereich schon getroffen worden sind.

Da Herr Kollege Peters sicherlich noch zu Wort kommt, möchte ich ihn abschließend fragen: Weshalb begründet er seine Position eigentlich mit der Aussage, es sei nicht anzunehmen, dass Terroristen - ich zitiere aus Ihrer Äußerung im „Schleswig-Holstein-Magazin“ vom Donnerstag der vorigen Woche - „hier auf dem platten Lande“ Anschläge durchführen würden. An anderer Stelle haben Sie von „schleswig-holsteinischen Kleinstädten“ gesprochen. Vielmehr seien andere Ziele - „in Hamburg oder so“, haben Sie gesagt - näherliegend. - Was ist das eigentlich für eine bizarre Vorstellungswelt bei den Kollegen von den Grünen?

(Beifall FDP und CDU)

Halten Sie dieses Land Schleswig-Holstein wirklich für so eine Art Grafschaft der Hobbits?

(Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Beate Raudies [SPD]: Wer erweckt denn diesen Eindruck? - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Hobbits hatten keine Grafschaft, das war eine Republik!)

Glauben Sie wirklich, dass man sich im Zweifelsfall aus diesem Geschehen in diesem wirklich schlimmen Bereich völlig heraushalten kann und dass nichts Dramatisches passieren kann, sondern dass das bestenfalls in Hamburg der Fall ist? Das ist ja ganz, ganz weit weg. - Herr Kollege Peters, bei

**(Dr. Ekkehard Klug)**

Ihnen geistert offenbar eine absurde Ideenwelt herum, die Sie als Begründung dafür nehmen, eine Anschaffung von Waffen nicht vorzunehmen,

(Widerspruch Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

mit denen schleswig-holsteinische Polizisten gegebenenfalls in der Lage wären, auf die Bedrohung durch Terroristen - die, wie man bei verschiedenen Anschlägen etwa in Paris gesehen hat, den Karabiner AK-47, ein Schnellfeuergewehr, zur Verfügung hatten - antworten zu können. Warum wollen Sie das der Polizei dieses Landes verweigern?

(Beate Raudies [SPD]: Was ist das?)

Wir fordern Sie auf, Ihre Position wirklich noch einmal zu überdenken und im Interesse der Handlungsfähigkeit unserer Polizei - für den schlimmsten Fall gesprochen - doch noch eine richtige Entscheidung zu treffen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Axel Bernstein das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal gilt unser aller Dank den Sicherheitsbehörden des Bundes und des Landes, die vergangene Woche mit der erfolgreichen Operation im Kreis Stormarn dazu beitragen konnten, dass nach allen Erkenntnissen, die wir bislang haben, ein großer Schritt für unsere Sicherheit getan werden konnte, weil drei, aller Voraussicht nach gefährliche, potenzielle Terroristen aus dem Verkehr gezogen werden konnten, bevor sie eine Tat begehen konnten.

(Beifall CDU und FDP)

Das hat wieder einmal deutlich gemacht, dass die effektive Bekämpfung des Terrorismus erfordert, dass unsere Sicherheitsorgane rechtzeitig und umfassend über Informationen verfügen. Das bedeutet auch, dass wir als Gesetzgeber immer wieder auf allen Ebenen überprüfen müssen, ob unsere **Sicherheitsorgane** ausreichend **ausgestattet** sind und ob sie über die ausreichenden **Befugnisse** verfügen, um diese Informationen rechtzeitig haben zu können.

Der konkrete Fall hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen befreundeten Diensten offensicht-

lich nach wie vor funktioniert. Trotz aller heftigen Diskussionen, die wir in diesem Haus und auf anderen Ebenen geführt haben, beispielsweise über die Zusammenarbeit mit befreundeten Nachrichtendiensten aus den USA, können wir froh sein, dass diese Zusammenarbeit nach wie vor funktioniert und uns die Hinweise, die nötig sind, um zuzugreifen zu können, rechtzeitig erreicht haben.

Aber eine solche Zusammenarbeit darf auf Dauer keine Einbahnstraße sein, sondern sie bedeutet auch, dass wir selbst in der Lage sein müssen, relevante Informationen zu beschaffen und gegebenenfalls weiterzugeben. Wir dürfen nicht ewig nur Bittsteller sein, wenn es darum geht, Informationen über die Sicherheit in unserem Land zu bekommen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir haben es, wenn wir über terroristische Bedrohung in Deutschland sprechen, nach bisherigem Erfahrungsstand mit **zwei** sehr **unterschiedlichen Tätergruppen** zu tun: zum einen mit denjenigen, die beispielsweise im Auftrag des Islamischen Staates aus dem Nahen Osten auf verschiedenen Wegen nach Deutschland kommen, in diesem Fall offensichtlich durch das Benutzen einer Flüchtlingsroute.

(Zuruf: Wir haben morgen das PKG!)

Wir haben es auf der anderen Seite mit Tätern zu tun, die sich selbst radikalisiert haben beziehungsweise die sich selbst radikalieren. Sie treten plötzlich in Erscheinung, ohne dass sie im Vorfeld Spuren hinterlassen hätten.

In beiden Fällen sind die **Maßnahmen**, die wir brauchen, um Taten möglichst zu verhindern, durchaus unterschiedlich. Zum einen geht es darum, dass wir alle Möglichkeiten, die uns der Rechtsstaat bietet, um Informationen über solche Täter zu gewinnen, tatsächlich ausnutzen.

Deswegen sage ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Die Diskussion über **Mindestspeicherfristen** ist ein gutes Stück vorangekommen. Die Ergebnisse müssen jetzt umgesetzt werden. Die Diskussion ist auch noch nicht zu Ende, was sich insbesondere dann zeigt, wenn ich auf das Thema „E-Mails“ schaue.

(Beifall CDU)

Gerade wenn es um Täter geht, die sich selbst radikalieren oder die radikalisiert werden, müssen wir in der Lage sein, Einrichtungen, in denen beispielsweise Hasspredigten erfolgen und in denen für den Terrorismus geworben wird, entsprechend umfangreich und umfassend zu überwachen.



(Dr. Axel Bernstein)

Wir müssen mehr tun im Bereich der **Prävention**, wenn es zum Beispiel darum geht, Lehrkräfte fortzubilden, damit sie ihren Beitrag leisten können, um solche Radikalisierungen, wo immer möglich, zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

All das bietet jedoch keine Garantie, dass wir in jedem Fall in der Lage sind, einen Anschlag im Vorfeld zu erkennen und so, wie es in diesem Fall Gott sei Dank gelungen ist, rechtzeitig tätig zu werden, um ihn zu verhindern. Das bedeutet, dass wir immer wieder darüber nachdenken müssen, ob unsere **Sicherheitsorgane** - in diesem Fall konkret: die Landespolizei Schleswig-Holstein - so **ausgestattet** sind, dass sie in dem Fall, in dem es nicht gelingt, einen Anschlag zu verhindern oder Terrorverdächtige rechtzeitig zu entdecken, handeln können.

Ich will diese Diskussion wahrlich nicht darauf verkürzen, ob unsere Sicherheit davon abhängt, dass die Landespolizei ein Schnellfeuergewehr bekommt.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke! Danke!)

Aber es ist schon ein wichtiger Punkt, über dieses Thema zu sprechen. Denn die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass ein Streifenpolizist, der zum heutigen Zeitpunkt über keine besondere Ausbildung verfügt, wie er mit paramilitärisch ausgebildeten Terroristen umzugehen hat, und der über keine Ausrüstung verfügt, um ihnen entsprechend zu begegnen, der Erste sein wird, der in diese Lage kommen und auf derartige Terroristen treffen wird. Wir wollen nicht hoffen, dass das geschieht, aber wenn es geschieht, wird er der Erste sein.

Deswegen ist es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit als diejenigen, die für unsere Landespolizei zuständig sind, dass wir den Mitarbeitern all die Schutzausrüstung, aber auch Bewaffnung an die Hand geben, die sie in die Möglichkeit versetzt, in so einer Situation zu bestehen.

(Beifall CDU, FDP und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir uns anschauen, wie beispielsweise in Paris, aber auch in anderen Situationen die Täter agiert haben, kommt der Chance, sie räumlich einzudämmen, eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie sind so lange durch die Polizeikräfte vor Ort einzudämmen, bis Spezialkräfte eingetroffen sind. Auch aufgrund dieses Punktes halte ich es für wichtig, dass wir sowohl bei der **Schutzausrüstung** als auch bei der **Bewaffnung** nachlegen.

Da ist es in der Tat - der Kollege Klug hat es angesprochen - bemerkenswert, wenn auf der einen Seite all diese Notwendigkeiten anerkannt werden und in die Öffentlichkeit kommuniziert wird, hierbei werde man jetzt tätig werden, aber wenn wir auf der anderen Seite am Ende feststellen: Die Handlungsfähigkeit dieser Landesregierung mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit ist wieder einmal auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert. Wenn eine Fraktion oder vielleicht auch nur einige Mitglieder einer Fraktion eine abweichende Meinung haben, muss der Innenminister seine Ankündigungen wieder einsammeln und kann nicht so tätig werden, wie er es zumindest in der Presse angekündigt hat.

Ich kann Ihnen auch nicht ersparen, lieber Herr Kollege Peters, namentlich auf Sie einzugehen, wie es der Kollege Klug auch schon getan hat. Denn die Äußerung, die Sie im Zusammenhang mit dieser Debatte getan haben, finde ich per se schon grenzwertig genug. Aber es ging in der Berichterstattung des „Schleswig-Holstein Magazins“ konkret um die Frage der Ausrüstung und Bewaffnung. Dann zu sagen: „Diese drei Terrorverdächtigen haben in Schleswig-Holstein anscheinend nur Unterschlupf gesucht, hier wären sie wahrscheinlich gar nicht aktiv geworden“, und damit den Eindruck zu erwecken, wir sollten jetzt einmal nicht so eine Welle schlagen, wahrscheinlich werde die Schleswig-Holsteinische Landespolizei in der Frage gar nicht zum Einsatz kommen, sondern das würden andere regeln müssen, finde ich unanständig und verantwortungslos.

(Beifall CDU und FDP)

Deshalb möchte ich die heutige Debatte zusammenfassend nutzen, um dafür zu werben, dass wir immer wieder überprüfen, ob unsere **Sicherheitsorgane** mit den **Befugnissen** ausgestattet sind, die sie in der aktuellen Situation brauchen. Da ist viel in den letzten Monaten geschafft worden. Aber ich glaube, es gibt immer noch Instrumente, die in der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit sehr genau daraufhin angeguckt werden müssen, ob sie unseren Sicherheitsbehörden nicht zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müssen. Was das Thema Ausstattung angeht, so haben wir hier im Land noch Hausaufgaben zu machen.

Ich kann Sie als die verantwortlichen Abgeordneten in der Regierungskoalition nur auffordern: Machen Sie es nicht wie in der vergangenen Woche, als der Innenminister ankündigte, es gebe Handlungsbedarf, und ein paar Minuten später lehnten Sie den Antrag der CDU dazu im Ausschuss ab. Wenn Sie den CDU-Antrag ablehnen wollen, dann stellen Sie

**(Dr. Axel Bernstein)**

einen eigenen daneben. Wir würden ihm zustimmen, wenn Ihnen noch die entscheidende Stimme dafür fehlt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst die Gelegenheit nutzen, der schleswig-holsteinischen Landespolizei, dem Innenminister, den beteiligten Kolleginnen und Kollegen von der Bundespolizei, vom Bundeskriminalamt, von der Generalbundesanwaltschaft, all denen, die dazu beigetragen haben, dass in der vergangenen Woche drei Terrorverdächtige festgenommen werden konnten, zu gratulieren. Das ist ein Teil gut funktionierender Zusammenarbeit der Polizei in Deutschland.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann das gut nachvollziehen, lieber Herr Innenminister. Es ist praktisch genau zehn Jahre her - ich war selbst Innenminister -, als die Kofferbombenattentäter in Kiel festgenommen worden sind: Da war ich in einer ähnlichen Situation. Ich weiß, wie nervös man ist, wenn man die Dinge im Vorwege kennt, wenn man weiß, was da alles schiefgehen kann, wie schwierig Rund-um-die-Uhr-Bewachungen sind, wie kompliziert all das ist. Dass das gut gegangen ist, ist etwas, was uns, glaube ich, mit großer Zufriedenheit erfüllen kann. Es zeigt, dass die polizeiliche Zusammenarbeit in Deutschland gut funktioniert und dass die Landespolizei sehr gut aufgestellt ist.

Lassen Sie mich als Zweites aber auch sagen: Die terroristische Bedrohung, die wir in Deutschland in der Tat haben - übrigens eine sehr unterschiedliche: ein Rechtsextremist in München, jemand mit einer Axt dort, jemand mit einem Messer da, IS-Anhänger an dritter Stelle -, verlangt, dass wir unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte schützen. Das tun wir. Ich stehe ausdrücklich zu dem, was Frau Kollegin Lange hier vor ein paar Monaten gesagt hat. Wir haben in der Vergangenheit immer darauf geachtet, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die ihren Kopf hinhalten müssen, die ihre Gesundheit und ihr Leben für uns riskieren, so

gut wie möglich ausgestattet werden. Daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben. Dafür steht auch diese Koalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt einen Teil, den man unmittelbar regeln kann, nämlich zum Beispiel, dass man entsprechende **Westen, Helme und Brillen** für die Beamtinnen und Beamten in den **Polizeiwagen** hat, die in einem Flächenland möglicherweise als Erste zu einem solchen Tatort kommen. Wir werden dafür sorgen, dass das so geregelt ist, dass sie den optimalen Schutz bekommen. Da geht es auch nicht um Haushalt und um Verzögern und Ausschreiben, sondern das wird so schnell wie möglich erledigt.

Was nun die Frage der **Bewaffnung** angeht, so haben wir sehr sachkundige Vorträge zu Waffentypen gehört. Herr Kollege Klug, ich empfehle Ihnen dann doch eher den Säbeltanz von Chatschaturjan. Das ist ein Kulturerlebnis. Davon verstehen Sie erkennbar mehr als von Waffenarten, über die Sie hier geredet haben. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Das Thema ist zu ernst, als dass wir so tun sollten, als ob jemand, der ein paar Kriminalromane gelesen hat, öffentlich über Waffenarten sinnieren könnte.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, die Frage, was die richtige Bewaffnung für die Beamtinnen und Beamten in den Polizeifahrzeugen ist, wird in den Gruppen der Innenministerkonferenz erörtert. Da stellen wir fest: Wir haben in Deutschland eine große Vielfalt. Wir werden da das Richtige zu tun, was vielleicht für die nächsten zehn Jahre richtig ist; das wird zeitnah geschehen. Dann wird hier auch vernünftig entschieden, aber nicht in der Weise, dass per Zuruf oder Pressemitteilung kundgetan wird, welchen Waffentyp man nun für richtig befindet, Herr Kollege Klug. Das halte ich für eine sehr befremdliche Form, das politische Profil zu suchen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das waren Sie doch!)

Es geht bei den Beratungen in der **Innenministerkonferenz** darum, herauszufinden, ob in den Flächenländern der hessische Weg gegangen werden soll, nämlich die Maschinenpistolen aufzurüsten, wie man es dort macht, oder ob man den Gewehrtyp wählt, den wir momentan bei den Sondereinsatzkommandos haben, oder was auch immer es sein wird. Das werden wir in aller Ruhe prüfen und

(Dr. Ralf Stegner)

werden das, wie es sich gehört, in den Ausschüssen diskutieren. Dann wird von dieser Koalition und der Landesregierung auch entschieden; verlassen Sie sich darauf; denn an unserer Unterstützung für die Polizei besteht kein Zweifel.

Ich habe mich schon sehr geärgert, dass ausgerechnet die Opposition, Kollege Günther, sich gestern in die Brust geworfen und gesagt hat, wir müssten endlich einmal etwas für unsere Polizei tun. Das sagt der Mann einer Partei, bei der das Einzige, was sie in der letzten Legislaturperiode für die Polizei getan hat, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit war. Das ist das Einzige, was Sie für die Polizei getan haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die Zahl der Stellen erhöht. Wir haben die Eingangsbesoldung erhöht. Wir haben den Überstundenausgleich verbessert. Wir haben den Fonds für verletzte Polizeibeamte eingerichtet. All das hat diese Koalition getan. So viel ist für die Polizei in den letzten 20 Jahren nicht getan worden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir stehen an der Seite der Polizei.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann will ich Ihnen ehrlich sagen, Herr Kollege Günther - auch das kann ich Ihnen nicht ersparen -: Die Debatte über Sicherheit ist eine sehr ernsthafte. In der **Berliner Erklärung**, die nicht nur Herr Henkel in Berlin und Herr Papier in Mecklenburg-Vorpommern formuliert haben, sondern die die CDU in Schleswig-Holstein ausdrücklich begrüßt hat, reden sie über innere Sicherheit und sagen: Die innere Sicherheit in Deutschland wird verbessert, wenn wir zum Beispiel den Doppelpass abschaffen. - Na wunderbar, kann ich nur sagen. Wenn wir jungen Türken, die in Deutschland geboren sind, den Doppelpass wegnehmen, dann fordern wir sie geradezu auf, sich Herrn Erdogan anzuschließen. Das ist ein Beitrag zur Radikalisierung und nicht zur inneren Sicherheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und auch andere Dinge sind es nicht. Täglich lesen wir Symbolvorschläge zum Thema **innere Sicherheit**, so etwa, welche Kleidungsstücke wir allgemein verbieten sollten. Das geht bis hin zu bewaffneten Parkwächtern. Das ist das Neueste, was Herr - wie heißt er? - Liebing sich ausgedacht hat. Na

großartig! Wenn das Ihre Kompetenz im Bereich innere Sicherheit ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sieht es ziemlich finster aus. Es nützt im Übrigen ausschließlich den Rechtspopulisten, wie wir in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gesehen haben, wenn man so auftritt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Bernstein, auch wenn Sie hier sehr ruhig gesprochen haben, will ich Ihnen schon noch sagen: Ich finde es infam, wenn man in Nachfragen im Innen- und Rechtsausschuss den Eindruck erweckt, die humanitäre **Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein** führe dazu, dass Menschen, die vom Bundesamt verteilt werden und hierherkommen, sich als terrorverdächtig erweisen. Erstens finde ich diese pauschale Unterstellung gegenüber Flüchtlingen, die genau vor solchen Terroristen fliehen, wirklich total daneben. Das sollten die Rechtspopulisten erzählen und nicht eine konservative Partei. Zweitens wissen Sie sehr genau, dass sie durch das Bundesamt verteilt werden und dass das nichts mit der Frage zu tun hat, welche Politik wir machen. Ich füge drittens hinzu, Herr Bernstein: An der humanitären Flüchtlingspolitik wird diese Koalition nichts ändern. Das hat nämlich mit Sicherheitsfragen gar nichts zu tun, sondern das ist eine Frage von Humanität.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen sollten wir uns davor hüten, Sicherheitsdebatten, die von Fachleuten geführt werden sollten, mit populistischen Äußerungen zu verknüpfen, von denen man glaubt, dass sie in der Öffentlichkeit Zustimmung finden, die aber unserer Polizei überhaupt nichts nützen. Unsere Polizei bedankt sich für solche Ratschläge wie den, die Bundeswehr solle ihre Arbeit machen, oder einen ähnlichen Unfug, den wir natürlich nicht beschließen werden.

Machen Sie hier ruhig eine Politik, wie es in der Berliner Erklärung steht. Sie werden sehen, was dabei herauskommt. Seriös ist das jedenfalls nicht. Wer von Polizeiarbeit etwas versteht, weiß, dass das nicht geht. Ich rate uns davon ab, Pauschalisierungen vorzunehmen. Es ist ganz schlimm, wenn Menschen sich radikalieren. Wir müssen uns um Integration kümmern. Das ist ein wichtiger Punkt. Aber pauschal Bevölkerungsgruppen sozusagen unter Verdacht zu stellen, das ist, finde ich, total daneben. In München war es ein Rechtsextremist. Dort war es irgendein verwirrter Einzeltäter. Da sind es

(Dr. Ralf Stegner)

vom Islamismus beeinflusste junge Leute, um die wir uns kümmern müssen. Das kann man nicht über einen Kamm scheren. Das sollte man bitte auch nicht tun, auch nicht durch die Vorschläge, die man dazu macht.

Insofern glaube ich, dass das Thema der Aktuellen Stunde richtig ist, um der Polizei für ihre gute Arbeit zu danken. Aber es ist falsch, um parteipolitisches Profil zu schärfen und sich da als besonders schneidiger Hardliner zu präsentieren. Ich sage Ihnen eines: Ich glaube, Besonnenheit und Seriosität sind angebracht, wenn wir über Innenpolitik und Sicherheit reden. Ich habe dieser Tage Gelegenheit gehabt, mir das Tondokument von Franklin Roosevelt anzuhören, der in seiner ersten Inaugurationsansprache gesagt hat:

„The only thing we have to fear, it's fear itself.“

Deswegen sage ich: Wir sollten nicht den Menschen Angst machen, sondern mit Besonnenheit und Klugheit das tun, was notwendig ist. Das ist der richtige Ansatz, um mit solchen Fragen umzugehen. Diese Koalition in Schleswig-Holstein wird das tun. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wurde, als ich hereinkam, gefragt, ob uns von der Opposition eine Sicherheitsdebatte aufgezwungen würde. Ich kann nur sagen: Ich freue mich darüber, dass wir hier eine **Sicherheitsdebatte** führen. Das ist überhaupt nichts, was man uns aufzwingen müsste oder was wir nicht ernst nehmen würden. Ich finde es gut, dass wir an dieser Stelle einmal deutlich machen können, was unsere Fraktionsmeinung dazu ist. Das ist eine einheitliche Fraktionsmeinung, und zwar jenseits dessen, wer wie wann wo in der Presse zitiert wurde. Insofern danke ich Ihnen für die Gelegenheit, das hier in der Aktuellen Stunde noch einmal darstellen zu können.

Meine Damen und Herren, natürlich sind Menschen in **Sorge**, und viele Menschen haben auch **Angst** vor den verschiedensten Dingen, die in diesem Jahr an Terrorakten passiert sind. Angst haben aber zum

Beispiel auch die Menschen, die schon vor Jahren zu uns gekommen sind, weil Flüchtlingsheime brennen und und und. Es gibt eine Angst in der Bevölkerung. Das ist überhaupt nicht wegzuarargumentieren.

Trotzdem muss uns der Spagat gelingen, auf der einen Seite diese Sorge ernst zu nehmen, sie auf der anderen Seite aber nicht noch weiter zu schüren. Das passiert aber eben auch. Sie werfen uns oder auch Herrn Peters vor, wir seien Traamtänzer. Wir werfen Ihnen vor, Sie würden Säbel rasseln. Eventuell sollten wir alle gemeinsam dahin zurückkommen zu sagen, dass wir die Ängste ernst nehmen, sie aber auch nicht weiter befeuern wollen. Wir wollen auch nicht weiter Sorge und Unruhe in die Bevölkerung bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt ist, dass die Sicherheitsbehörden in der letzten Woche einen Erfolg erzielt haben. Herr Studt, dafür möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion herzlich danken. Ich danke auch für die Unterstützung vonseiten des Bundes und auch vonseiten Europas. Drei mutmaßliche IS-Kämpfer wurden gestellt. Diese haben in Schleswig-Holstein gelebt. Die Sicherheitsbehörden waren hier gut aufgestellt.

Schon im vergangenen Jahr hat das Innenministerium laufend überprüft, wie gut unsere Polizei aufgestellt ist. Herr Stegner hat vorhin bereits aufgeführt, was wir im Bereich der Polizei nachgelegt haben. Auch wir als Grüne sind der Meinung, dass unsere Einsatzkräfte gut ausgerüstet sein sollten, um in schwierigen Situationen selbst gut geschützt zu sein und um natürlich auch die Bevölkerung zu schützen.

In der Diskussion geht es nicht um einen **passiven Schutz**. Es war im Übrigen diese Regierung, die jeden Streifenwagen mit einem Schild ausgestattet hat. - Keine Ahnung, wie das heißt. Ich bin auch keine Waffenexpertin. So ist beispielsweise bei Amokläufen ein passiver Schutz gewährleistet. Das hat diese Regierung damals noch unter Herrn Minister Breitner gemacht. Als ich einmal eine Nachtwache mitgemacht habe, habe ich festgestellt, wie sehr sich die Polizei gerade über diese Anschaffung gefreut hat. Dies ist ein zusätzlicher Schutz für die Polizei.

Wir wissen, dass Terroristen mit Langwaffen und auch mit Stichwaffen ausgestattet sind und die jetzigen Westen keinen ausreichenden Schutz dagegen bieten. Natürlich wollen wir, dass die Polizei entsprechende schwere Westen im Kofferraum hat.

**(Eka von Kalben)**

Natürlich müssen sie auch mit Helmen ausgestattet sein. Das ist gar keine Frage.

Trotzdem müssen wir dafür sorgen, dass unsere **Polizei** im normalen Einsatz weiter ein **bürgerliches Gesicht** behält. Auf der einen Seite diskutieren wir die Terrorabwehr. Auf der anderen Seite diskutieren wir über Akzeptanz, über Beleidigungen und darüber, ob wir die Strafen hochsetzen müssen. Insofern müssen wir dafür sorgen, dass die Polizei auch bei jungen Leuten weiter als Ansprechpartner, als Respektperson, aber nicht als ein American Cop überkommt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Beschaffung von Langwaffen in anderen Bundesländern, die Sie, Herr Klug, aus der Presse zitiert haben, die gibt es, und zwar für MEK und SEK. Die haben wir in Schleswig-Holstein aber schon. Diese Waffen gibt es schon bei MEK und SEK in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

In dieser Debatte geht es doch nicht darum, dass man diese **Langwaffen** für Einsatzkommandos nicht anschafft. In der Debatte geht es darum, ob **in jedem Streifenwagen** von Helgoland bis Lauenburg eine solche Waffe vorgehalten wird. Es ist die Frage, ob wir alle Polizistinnen und Polizisten an diesen Waffen ausbilden wollen. Diese müssten wir dann auch laufend an diesen Waffen weiterbilden. Wir haben Informationen aus der Bundeswehr darüber, wie viel Zeit für die Weiterbildung an diesen Waffen anzusetzen ist. Es ist also auch eine faktische Frage, wie das funktionieren soll. Das ist im Übrigen völlig unabhängig von dem Gesicht der Polizei und davon, dass wir eine andere Vorstellung von einer Bürgerpolizei haben. Sie müssen genau hinterlegen, wie das konzeptionell gehen soll.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau diese Fragen haben wir gestellt, nachdem uns der **Innenminister** dankenswerterweise sein **Konzept** vorgelegt hat. Genau auf diese Fragen werden wir Antworten bekommen. Deshalb werden wir auch sehr zeitnah dieses Konzept gemeinsam besprechen.

Die erste Antwort war zum Beispiel, dass nie geplant war, es in jedem Streifenwagen einzusetzen, wie es in der Presse stand. Vielmehr soll es in Wagen eingesetzt werden, die dafür geeignet sind.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Darüber kann man ja diskutieren!)

Insofern werden wir in Ruhe darüber diskutieren, welche Waffe an welcher Stelle eingesetzt werden soll. Das werden wir in Ruhe beraten. Es ist doch gut, dass der Innenminister das mit Dringlichkeit eingebracht hat. Dadurch entsteht doch wirklich Druck im Karton. Insofern war für uns als Regierungskoalition völlig klar, dass wir uns sehr schnell auf ein vernünftiges Konzept einigen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt ansprechen. In einer solchen Debatte können wir immer sehr schnell über Aufrüstung, Ausrüstung und so weiter diskutieren. Fakt ist aber, dass es absolute Sicherheit nicht gibt. Neben der Gefahrenabwehr und der Gefahrenbekämpfung braucht es auch **Prävention und Integration**. Erforderlich ist außerdem die **Akzeptanz anderer Kulturen**. Das wird in der Debatte von der Opposition aber leider ein bisschen vernachlässigt.

Wenn es Einigkeit gibt, dass wir die Polizeikräfte gut ausstatten müssen, dann wünsche ich mir, dass Sie sich an der anderen Stelle auch einen Ruck geben und insbesondere auf Ihre Bundespolitiker einwirken, damit wir endlich mit der Integration der Menschen anfangen können. Es geht nicht nur um die Integration der Flüchtlinge, sondern um die Integration aller Menschen, die in dieser Gesellschaft abgehängt sind. Ich glaube, das ist die beste Gefahrenabwehr, die man überhaupt leisten kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ich hoffe, ich lasse Herrn Peters noch genug Zeit. Aber der Herr Innenminister redet ja auch noch. - Ich möchte noch Stellung nehmen zu den Vorwürfen. Wir diskutieren hier ständig über Ausschnitte und Zitate aus der Debatte. Ich finde es gut, lieber Kollege Peters, dass Sie in der Debatte auch einmal darauf hingewiesen haben, dass wir Ruhe und Seriosität in die Debatte bringen müssen. Wenn Ihre Sätze dabei missverstanden wurden und dabei als unerhört, lieblos und empathisch bezeichnet wurden, dann muss ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle kennen Herrn Peters. Das ist wirklich eine infame Unterstellung. Ich unterstelle ihm das nicht. Ich weiß, wie Sie das gemeint haben, lieber Herr Peters.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung und dieser Innenminister arbeiten seriös und unaufgeregt und tun alles Nötige für den Schutz der Poli-



**(Eka von Kalben)**

zei und den Schutz der Bevölkerung. Darin unterstützen wir Grüne Sie auch weiterhin nach Kräften, Herr Studt. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dem Dank an die Sicherheitsbehörden schließen wir uns ausdrücklich an.

(Beifall PIRATEN)

Ich will aber auch ganz klar sagen, dass wir für diesen Dank, der selbstverständlich geäußert werden muss nach einer Situation, wie wir sie in der letzten Woche hatten, keine Aktuelle Stunde brauchen. Deswegen möchte ich einige grundsätzliche Anmerkungen zur jetzigen Situation machen und dann den Antrag der FDP entsprechend kritisieren.

Die Ereignisse haben gezeigt, dass die **nationale und internationale Kooperation** der deutschen und der europäischen **Sicherheitsbehörden** funktioniert. Das ist gut. Das muss auch immer nachjustiert werden, damit das so bleibt.

Der Einsatz zeigt aber auch, dass die Sicherheitsbehörden der terroristischen Bedrohung gewachsen sind. Da brauchen wir nicht den Ruf nach der Bundeswehr im Inneren. Wir müssen im Auge behalten, wie die Menschen verunsichert sind, gerade auch durch die terroristischen Anschläge.

Ich möchte dazu eine Zahl nennen. Es gibt eine Umfrage vom Juli 2016. Danach haben 73 % aller Deutschen gesagt, dass sie Angst vor Terroranschlägen haben. Wir wissen, es gibt auch in Deutschland eine abstrakte Gefahr. Wir wissen auch das, was wir nicht wissen: Wir wissen nicht, wo der Terror in Deutschland, in Europa oder auch woanders zuschlagen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der FDP auf Aktuelle Stunde stärkt die **Verunsicherung der Bevölkerung**,

(Christopher Vogt [FDP]: Quatsch!)

weil er undifferenziert ist, weil er mit Schlagworten arbeitet und weil er sich auf das gefährliche Gleis begibt, wie auch die CDU, zu versuchen, sich in-

nenpolitisch zu profilieren und der völkischen AfD Wähler abzuwerben.

(Beifall PIRATEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Gott sei Dank sind Sie bald Geschichte!)

Dass genau das Gegenteil passiert, das haben die letzten Wahlen gezeigt.

Ich sage Ihnen auch ganz klar: Wir brauchen keine Militarisierung der Polizei, keine pauschalen Verdächtigungen von Migranten, erst recht nicht von syrischen Flüchtlingen.

(Christopher Vogt [FDP]: Keine PIRATEN!)

Wir brauchen nicht die Diskussion über ein Burka-Verbot, wie sie die CDU angestoßen hat. Wir brauchen nicht den Knüppel, den Herr Liebing einer dann legalisierten Bürgerwehr mit auf den Weg geben will. - Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten und der Rechtsextremen, das ist nichts, was unsere Demokratie oder unsere Sicherheit stärkt.

(Beifall PIRATEN, Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen in dieser Debatte auch daran erinnern, dass viele der Flüchtlinge, die zu uns gekommen und bei uns sind, zum zweiten Mal Opfer des Terrorismus werden: Sie fliehen vor dem Terror des IS, Al-Qaida und anderer, und sie werden hier als IS-, Al-Qaida-Terroristen verdächtigt. Da geht diesmal mein Dank sogar an den Bundesinnenminister, Herrn de Maizière, der einer pauschalen Verurteilung, quasi einer Sippenhaft, widersprochen und appelliert hat, die Gefahr so zu benennen, wie sie ist, aber keine Panik zu betreiben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass es immer schwer ist, mit Statistiken zu arbeiten. Ich kann Ihnen jetzt auch nicht alles zur Verfügung stellen. Trotz der gefühlten Angst, die wir alle ernst nehmen, zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass wir Jahre mit sehr viel mehr Terroranschlägen hatten. Damit will ich nichts negieren, aber das zeigt aus unserer Sicht auch, dass nur der Ruf nach mehr Überwachung, nach mehr Daten und so weiter nicht mehr Sicherheit schafft.

(Beifall PIRATEN)

Mit mehr Überwachung verhindern wir keine Terroranschläge, und mit Ihrer Debatte verhindern wir sie auch nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Womit verhindern wir sie denn? Mit Ihrer Debatte?)

(Angelika Beer)

Ich sage Ihnen eines zum G 36.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das kommt vom Innenminister, nicht von uns!)

Das ist doch eine Phantomdiskussion. Sie wollen die Koalition spalten. Das haben Sie nicht geschafft. Das ist auch gut so an diesem Punkt. Ich überlege manchmal, ob Sie überhaupt wissen, worüber Sie reden. Das betrifft auch Daniel Günther und den Kollegen, den wir eben gerade gehört haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war der Kollege Stegner, den Sie gerade gehört haben!)

- Nein, dem kann ich in seinen Ausführungen weitgehend zustimmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gott, haben Sie Freunde, Herr Stegner!)

- Tja, das ist so eine Sache. - Ich will versuchen, es einmal einfach zu erklären. Ein G 36

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Terrorabwehr! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Davon haben wir nie gesprochen, das ist der Vorschlag des Innenministers!)

ist kein Regenschirm, den Sie in den Kofferraum eines Polizeiwagens legen und bei Bedarf herausholen, um Terroristen zu bekämpfen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der Innenminister war der Auffassung!)

Das G 36 ist ein Gewehr der Bundeswehr, äußerst schwierig zu handhaben. Wir PIRATEN lehnen die Forderung nach Einführung des G 36 für unsere Polizei ab - Eka von Kalben hat dazu eben einiges Treffendes gesagt -, nicht aus dem unterstellten Pazifismus einer ehemaligen Linken, nicht aus dem Gefühl der Hoffnung, Unahnung und Unsachlichkeit heraus, wie wir es immer wieder hören, wenn nach dem G 36 gerufen wird, sondern weil wir PIRATEN uns in der Praxis mit dem G 36 auseinandergesetzt haben. - Nein, diese Forderung weisen wir zurück.

(Beifall PIRATEN)

Herr Klug, ich kann es Ihnen gern noch einmal erklären. Ich habe eine Urkunde, erster Platz, fürs Schießen auf dem G 36. Die ist drei Jahre alt. Ich würde das Teil heute nicht mehr in die Hand nehmen. Denn wissen Sie, was Sie überhaupt nicht überlegt haben? Was braucht die Polizei an Schießtraining? Haben Sie überhaupt genug Schießkinos in Schleswig-Holstein?

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist der Vorschlag des Innenministers, Frau Kollegin! Verstehen Sie das nicht?)

- Nein, das ist doch alles auf Ihrem Mist gewachsen.

(Lachen FDP)

Das ist eine vollkommen undifferenzierte Diskussion.

(Beifall PIRATEN)

Wollen Sie einem Polizisten wirklich sagen: „Nimm mal dieses Schnellfeuergewehr und stell dich dem Terroristen mutig entgegen!“? Wir haben Spezialeinheiten. Ich habe einer Äußerung des Kollegen Stegner gestern entnommen, dass im Rahmen des Sicherheitspakets auch überlegt wird, Spezialkräfte in Schleswig-Holstein so zu stationieren, dass sie schnell zugreifen können. Das sind vernünftige Maßnahmen, die Sicherheit schaffen können und die auch wir unterstützen würden.

(Beifall PIRATEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss der Aktuellen Stunde noch einmal: Wir sind für eine sachliche Diskussion in den Fachgremien. Wir wünschen uns eine Diskussion, in der Flüchtlingshelfer, Ehrenamtliche nicht weiter verunsichert werden, sondern ihre Leistung nach wie vor anerkannt wird. Wir wünschen uns eine differenzierte Begleitung der Programme der Landesregierung mit Beteiligung von anderen im Land, wenn es um Prävention durch Integration geht und auch darum, die Gefahr von Hasspredigern durch Integration zu minimieren, durch Schulung zur Erkennung von religiös motiviertem Extremismus oder Rechtsextremismus.

All das sind Maßnahmen, in die wir involviert sind. Das ist der richtige Weg, der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger bringt, damit sie morgen nicht Angst haben, wenn sie einem syrischen Flüchtling begegnen, sondern sagen: „Herzlich willkommen, wir wissen, ihr seid die Opfer!“

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wichtigste zuerst, nämlich ein riesen-

(Lars Harms)

großer Dank an die Polizei, die Verfassungsschutzbehörden, an den Innenminister und das Innenministerium, die gemeinsam vermutlich Leben gerettet haben.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass das Thema zu einem politischen Schlagabtausch taugt, auch wenn Aktuelle Stunden normalerweise diesem Zweck dienen. Ich glaube, das ist ein Thema, bei dem wir relativ viele Gemeinsamkeiten haben. Es mag in Nuancen Unterschiede geben, trotzdem eint uns die Sorge davor, dass Menschen hier terroristische Anschläge vorhaben. Es eint uns der Wille, dass wir diejenigen, die teilweise ihr Leben aufs Spiel setzen, um uns davor zu schützen, bestmöglich unterstützen.

Es hat immer eine **abstrakte Gefahr** gegeben, es hat bisher allerdings keine konkrete Gefahr gegeben. Es ist nicht erwiesen, dass diese Menschen tatsächlich einen Anschlag vorbereitet haben. Aber man muss natürlich bei Menschen, die sich dem IS angeschlossen haben und hier eingeschleust wurden, immer damit rechnen.

Die größte Gefahr geht in der Tat von **religiös motivierten Kriminellen** aus. Alle Extremismusphänomene müssen wir im Auge behalten. Es ist klar, es gibt Rechtsextremismus, es gibt Linksextremismus, und es gibt auch Taten, die nicht nur verwerflich sind, sondern manchen Menschen das Leben gekostet haben. Religiös motiviertes kriminelles Tun ist nicht unbedingt Terrorismus, das hört sich immer so verharmlosend an. Was diese Menschen vorhaben, haben wir in Brüssel, haben wir in Paris sehen können. Wenn ein solcher Anschlag bei uns passieren würde, hätte das riesige Auswirkungen. Vor dem Hintergrund muss man ehrlich sagen, dass der Islamismus derzeit die gefährlichste Gruppierung ist, die es in Europa gibt.

Einige Wirrköpfe stehen aber nicht für alle Flüchtlinge, auch nicht für alle Ausländer, sondern diese Menschen verstecken sich hinter den Flüchtlingen. Sie schüren auch Hass gegenüber Flüchtlingen, was einige, gerade Rechtspopulisten, gern nutzen.

Wenn wir uns vor Augen halten, dass im letzten Jahr 35.000 Menschen zu uns gekommen sind und wir dreier habhaft geworden sind, die in diesem Strom mitgeschwommen sind - selbst wenn es ein paar mehr wären -, kommen wir nicht auf 0,1 %. 99,9 % - wenn nicht gar mehr - Menschen, die zu uns gekommen sind, unterscheiden sich in keiner Weise von uns. Es sind ganz normale Menschen, die einfach zu uns geflüchtet sind und die nach mei-

ner Auffassung einen Anspruch darauf haben, dass wir sie bestmöglich unterstützen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Es ist eine perfide Taktik des IS: Man will Demokratien angreifen, man will unschuldige Menschen wahllos töten und damit versuchen, Länder zu destabilisieren. Dabei - das ist das eigentlich Perfide - will man dann noch Hass gegenüber denen schüren, die vor dem IS geflohen sind.

Das müssen wir in der **Flüchtlingspolitik** immer wieder im Auge haben und gemeinsam - weil wir, glaube ich, die gleiche Haltung vertreten - in politischen Diskussionen immer wieder ganz klar sagen.

Die Terroristen arbeiten professionell. Das gilt sowohl für die Verbreitung ihrer Ideologien durch das Internet, durch soziale Medien, aber auch dann, wenn es darum geht hierherzukommen. Diese Leute brauchen nicht die Flüchtlingsströme, sie können auch anders hierherkommen. Auch frühere Terroristen, die in den vergangenen Jahrzehnten in unser Land gekommen sind, sind nicht mit Flüchtlingsströmen gekommen, sondern haben einfach einen Pass gefälscht und Wege gesucht hierherzukommen, um ihre Untaten hier zu begehen.

Das kann auch der IS. Dass er hier über die Flüchtlingsströme einsickert, hat nur einen Grund, nämlich die Flüchtlinge zu diskreditieren.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! - Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten sind diese Menschenverächter eben nicht auf Flüchtlingsrouten angewiesen. Deshalb kann die Schlussfolgerung auch nicht sein, Menschen Hilfe zu verweigern. Im Gegenteil, die Verweigerung von Hilfe für die Menschen, die zu uns flüchten, schützt in ihren Herkunftsländern nur die Kriegstreiber des IS. Deshalb gibt es auch keine Alternative zum Schutz für die Menschen sowohl hier als auch in ihren Herkunftsländern.

In der Tat - das war auch die Diskussion heute Vormittag - müssen unsere **Sicherheitsbehörden gut ausgestattet** sein, um erfolgreich zu sein. Unsere Polizei, unsere Verfassungsschützer, aber auch unsere Justiz sind gut ausgestattet. Wir haben in allen Bereichen mehr Stellen geschaffen. Wir können froh sein, dass unsere Ermittlungsbehörden so gut aufgestellt sind.

Natürlich können wir uns immer wieder darüber Gedanken machen, ob man die Sachausstattung

(Lars Harms)

oder die Personalausstattung noch verbessern kann. Das ist doch gar keine Frage. Das ist ein laufender Prozess. Das ist - das sage ich ganz deutlich - ein Prozess, der unabhängig davon ist,

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

liebe Kollegin, wer gerade regiert. Egal, wer regiert: Wir sind immer dafür verantwortlich, zu gucken, dass unsere Sicherheitsbehörden vernünftig ausgestattet sind. Dass wir das am aktuellen Beispiel diskutieren, hat nichts damit zu tun, dass man Dreier habhaft geworden ist und jetzt darüber nachdenkt, wie man die Polizei und die Verfassungsschützer besser ausstatten kann. Diese Überlegung hat es schon vorher gegeben. Dass das zeitlich zusammenfällt, ist sogar politisch ungünstig.

Es ist aber richtig, dass man im Innenministerium darüber nachgedacht hat, wie man etwas besser hinkommen kann. Das geht dann eben auch über **Waffentypen**, die übrigens in allen Bundesländern sehr unterschiedlich sind. Politik trägt die Verantwortung dafür, darüber nachzudenken, welche Waffe die geeignetste ist, und zwar sowohl für den Schutz der Polizisten als auch für diejenigen, die möglicherweise am Rande einer Tat stehen und gar nicht wissen, was passiert und möglicherweise zu Schaden kommen können.

Auch darüber haben wir jetzt diskutiert. Wir werden auch darüber diskutieren müssen, wie wir die **Schutzrüstung** verbessern. Es sind schon viele Beispiele genannt worden: bestmögliche Schutzwesten, Helme, Brillen, um in bestimmten Situationen besser sehen zu können.

Es geht aber auch um die Technik für die Überwachung insbesondere der **Telekommunikation**. Das muss man ehrlich sagen. Auch das muss immer wieder auf den neuesten Stand gebracht werden. Gerade die Menschen, die dort tätig sind, sind hervorragend ausgestattet. Wie gesagt, das sind professionelle Terroristen und keine Kleinkriminellen. Da müssen wir uns technisch auch so aufstellen, dass wir mit diesen Menschen, die Schlimmes vorhaben, mithalten können. Wichtig ist auch: Die Rechtsgrundlagen müssen vernünftig ausgestaltet sein. Das sind sie. Telefonüberwachung ist notwendig. Internetüberwachung ist notwendig. Manchmal mag es sogar notwendig sein, Gefahrengebiete einzurichten. Im Einzelfall sind das alles eng begrenzte Einschränkungen von Freiheitsrechten. Dessen sind wir uns bewusst. Diese Einschränkungen sichern aber auch die Freiheit aller.

Das bedeutet aber nicht, dass wir schärfere Gesetze brauchen. Unsere Regelungen sind vollkommen

ausreichend, wie die Erfolge zeigen. Es bedarf daher nicht schärferer Gesetze mit erweiterten Befugnissen. Es mag sein, dass man punktuelle Anpassungen braucht. Die Regelungen sind ausreichend. Es geht jetzt darum, die Technik so hinzubekommen, dass das, was wir politisch beschlossen haben, was zulässig ist, von den entsprechenden Einrichtungen gemacht werden kann. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, Sie können sehen: Die Flüchtlinge können nichts dafür. Die Menschen, die zu uns kommen, um uns Schaden zuzufügen und Menschen umzubringen, werden immer kommen können, wenn sie es denn wollen. Deswegen ist es wichtig, dass wir sie überwachen. Das hat in diesem konkreten Fall hervorragend geklappt. Wir hoffen alle, dass das auch in Zukunft hervorragend klappen wird.

Ich möchte mich noch einmal bei Polizei und Verfassungsschutz herzlich für ihre hervorragende Arbeit bedanken. Beide Einrichtungen haben selbstverständlich auch weiterhin die uneingeschränkte Unterstützung der Küstenkoalition. Damit zeigen wir, dass Demokratie wehrhaft ist, dass IS nicht siegt. Die Demokratie ist wehrhaft und wird wehrhaft bleiben. Dafür werden wir hoffentlich alle gemeinsam sorgen. -Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weil sich zwei Kollegen zu Dreiminutenbeiträgen gemeldet haben, lassen Sie mich folgende geschäftsleitende Bemerkung machen: Zum jetzigen Zeitpunkt haben Sie, Herr Kollege Peters und Herr Kollege Dr. Garg, nur die Möglichkeit, die Restredezeiten auszunutzen. Nach § 32 Absatz 7 der Geschäftsordnung wäre nach dem Redebeitrag der Landesregierung ein Dreiminutenbeitrag möglich. Herr Kollege Peters, wenn Sie wünschen, erteile ich Ihnen das Wort; Sie haben jetzt noch 2 Minuten.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich warte die Landesregierung ab!)

- Sie wünschen dies offensichtlich nicht.

Herr Dr. Garg, wenn Sie wünschen, erteile ich Ihnen das Wort; Sie haben noch 3 Minuten Restredezeit.



**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil ich die perfiden Unterstellungen und Anwürfe der Vertreterin einer unbedeutenden Gruppe hier einfach nicht stehen lassen will. Das gehört sich einfach nicht. Es gehört sich nicht, Union und FDP mit Argumenten zu unterstellen, man würde irgendetwas aufladen. Ich will den Begriff nicht wiederholen, den Sie hier verwandt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Innenminister dieses Landes - nicht die FDP-Fraktion! -, Stefan Studt, wird in einem Presseartikel vom 15. September 2016 unter der Überschrift „Studt erwägt Kauf von G-36-Gewehren für die Landespolizei“ mit folgenden Worten zitiert:

„Wir sind uns politisch einig, dass wir alles tun werden, um unsere Polizisten und die Bevölkerung vor radikalen Einzeltätern so weit als möglich zu schützen.“

Er hat das vollkommen zu Recht gesagt. In der Situation, in der wir uns befinden, muss sich Staat wehrhaft zeigen.

(Beifall FDP)

Frau Kollegin Beer, wenn Sie uns unterstellen, wir schürten Ängste, sage ich Ihnen: Die Ängste sind in der Bevölkerung da. Die Politik, allemal demokratische Politik, ist dazu da, diese Ängste ernst zu nehmen, sie aufzunehmen und darüber zu diskutieren. Nichts anderes haben wir heute Morgen mit der Aktuellen Stunde versucht. Das mag Ihnen nicht gefallen. Ihnen mag möglicherweise auch der Ton nicht gefallen. Ich kann Ihnen nur sagen: Diese Ängste nicht aufzunehmen, diese Ängste zu verschweigen, wäre das Verkehrteste, was ein Parlament in dieser Situation tun könnte.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sie philosophieren ja immer noch irgendwelchen Zeiten hinterher, die es so heute nicht mehr gibt. Vielleicht darf ich Sie daran erinnern, dass eine sozial-liberale Koalition - Herr Präsident, Sie haben heute Morgen an diese gute Zeit für Deutschland erinnert - in den 70er-Jahren auf den Linksextremismus mit der Gründung der GSG 9 reagiert hat. Ich glaube nicht, dass sich die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag damals eine solche Debatte geliefert haben, wie Sie, Frau Beer, sie hier zu führen versucht haben. Das war unter aller Kanone, was Sie hier abgeliefert haben.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Innenminister, darzustellen, was ihn zu seiner Äußerung bewogen hat. Ich kann Ihnen sagen: Ich finde die Überlegungen, die Sie angestellt haben, richtig. Es ist auch richtig von einer Oppositionsfraktion, die Querelen, die es möglicherweise zwischen den Koalitionsfraktionen gegeben hat, aufzugreifen und politisch zu diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat Minister Stefan Studt.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am 13. September 2016 verhafteten Beamte des BKA und des LKA drei Männer, die im Verdacht stehen, potenzielle Terroristen zu sein. Wir wissen seitdem - das ist damit noch einmal deutlich geworden -, dass alle Regionen in der Bundesrepublik im **Zielspektrum terroristischer Organisationen** liegen. Wir haben an verschiedenen Stellen gesagt: Auch in Schleswig-Holstein ist ein terroristisch-islamistisch orientiertes Tatgeschehen an jedem Ort, zu jeder Zeit und in der ganzen Bandbreite von Tatmitteln denkbar. Dank der ausgesprochen sorgfältigen Ermittlungsarbeit unseres Landeskriminalamts ist nichts passiert. Ich bin dankbar dafür, dass am Ende auch der Verfassungsschutz benannt wurde, weil er mit seinem Leiter, Herrn Büddefeld, einen ausgesprochen gut vorbereitenden und begleitenden Job gemacht hat.

(Beifall SPD und SSW)

Ja, wir hatten Glück, die richtigen Informationen zu bekommen, die richtigen Erkenntnisse zu gewinnen, aber ganz wesentlich war, dass es hier Können, Professionalität und gute Arbeit unserer **Sicherheitsbehörden** sind, die maßgeblich zur Verhaftung dieser drei Personen beigetragen haben. Und mindestens ebenso wichtig war die gute Abstimmung mit den beteiligten Bundesbehörden bis zur Übernahme der Verfahrensverantwortung und natürlich auch danach.

Ich will hier auch betonen, was bisher zu kurz gekommen ist: Die gute Zusammenarbeit, der gute Kontakt, insbesondere zu den Justizbehörden, unter anderem in der Abstimmung, wann der hinreichende Tatverdacht eigentlich belegt ist - dies alles sind gute Beispiele, dass unser **Rechtsstaat** in jeder La-



(Minister Stefan Studt)

ge und auf jeder Ebene gut arbeitet, dass auf unseren Rechtsstaat Verlass ist, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger auf unsere staatlichen Institutionen verlassen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Gern schließe ich mich Ihrem Dank an - der ist an dieser Stelle richtig -, und gern gebe ich auch Ihren Dank an all die, die daran beteiligt waren, weiter: Dank für die Ausdauer und für die Geduld, für die Sorgfalt und Genauigkeit, für die gute Zusammenarbeit und natürlich auch für den routinierten Zugriff. Das war insgesamt vorbildlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Ich will und kann hier zum **Verlauf der Ereignisse** am 13. September 2016 sowie zu den vorausgehenden Ermittlungen nicht viel sagen. Das Ermittlungsverfahren läuft weiter, das wissen Sie, und Sie kennen das. Die drei vermutlich aus Syrien stammenden Männer reisten im November des vergangenen Jahres nach Deutschland ein. Zufällig führte ihr Weg über die damalige Verteilung, die im Süden vorgenommen wurde, Richtung Norden. Sie wurden bei uns in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster zunächst registriert, im Ausländerzentralregister erfasst und über die Flüchtlingsunterkünfte - das haben wir schon gehört, das wissen Sie auch - auf die Kreise beziehungsweise auf den Kreis verteilt. Bei der Registrierung waren die Pässe als verdächtig klassifiziert worden. Seitdem wurden die drei Männer von unseren Sicherheitsbehörden überwacht und begleitet. Das zu den konkreten Personen.

Wichtig ist - das ist etwas, das wir lange diskutiert haben -, dass die Registrierungen, die dort vorgenommen worden sind, absolut relevant sind. Ich bin außerordentlich froh, dass nach Mitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Nacherfassung, das sogenannte EASY-Gap, abgebaut wurde, dass all die Menschen, die bei uns im Land sind, mit Fingerabdrücken und Lichtbildern erfasst sind und insbesondere ein besserer Datenaustausch aufgrund des Datenaustauschverbesserungsgesetzes jetzt auch entsprechend möglich ist. Ich glaube, das ist für uns alle eine beruhigende Mitteilung.

Aber das ist eben auch nur ein Teil, der die Sicherheit ausmacht. Die andere Hälfte ist, dass wir froh sein können, dass es im Norden eben bisher noch keine Szenarien gegeben hat wie in Paris, Brüssel oder auch in München, dass unsere Polizei immer rechtzeitig am Ort war, rechtzeitig vorher die Dinge

aufklären konnte und trotzdem - auch das muss man sagen, das haben wir hier schon gehört -: Es gibt weiterhin eine anhaltend hohe **abstrakte Gefährdung**. Diese Gefährdung darf jedoch nicht - auch das ist hier schon ausgeführt worden, und das will ich hier ausdrücklich noch einmal betonen - mit den vielen, vielen Flüchtlingen in Verbindung gebracht werden, die gerade vor denjenigen geflohen sind, die dann auch hier jetzt für diese terroristischen Szenarien Verantwortung tragen und eben auch die Verantwortung für das Einschleusen von anderen Menschen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vielmehr, das habe ich an anderer Stelle auch schon gesagt, ist es wirklich als perfide zu bezeichnen, gerade diesen Weg dann auch zu beschreiten, um seine eigentlichen Absichten zu verbergen.

Ich möchte noch einmal veranschaulichen, über welche Dimension wir sprechen. Der Abgeordnete Harms hat es schon ausgeführt: Weniger als 0,1 % der eingereisten Menschen gelten bei uns als Gefährder, als potenziell gefährlich und zu einem Terroranschlag bereit. Wir alle neigen ja gelegentlich zu Verkürzungen und Vereinfachungen, aber es wäre wahrlich unangemessen und vor allen Dingen auch unverantwortlich, eine solche Verallgemeinerung jetzt auf die gesamte Gruppe der Zugewanderten zu übertragen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Der Fall München zeigt ganz klar: Eine solche Bedrohungslage gibt es auch ganz unabhängig von dem Thema Flüchtlinge. Das ist mir wichtig, denn wir dürfen nicht vergessen, dass Kriminalität schon immer ein Phänomen einer Gesellschaft war, zu einer Gesellschaft gehört. Und auch das wissen wir: Unsere Polizei hatte auch vor dem letzten Herbst eine Menge zu tun. Unsere **Landespolizei** erfüllt diese Aufgaben außerordentlich gut. Ein derart erfolgreicher Einsatz ist keine Selbstverständlichkeit. Das ist viel Erfahrung, das ist viel Routine. Natürlich ist auch immer eine Prise Glück dabei, ja.

Wenn man noch einmal die weiteren Ereignisse im Laufe der vergangenen Woche reflektiert, sehen wir, dass auch da unsere Landespolizei noch einmal ihre besondere Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat. Ich denke, es waren hier in Kiel alle froh, dass am Montag wieder ein regulärer Schulbetrieb gewährleistet werden konnte. Auch an dieser Stelle und für diesen Einsatz gebührt den Kollegen, so denke ich, unser Dank.

(Minister Stefan Studt)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SSW, vereinzelt CDU, FDP und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, polizeiintern ist es ein selbstverständliches Vorgehen, sich die jeweiligen Ereignisse nicht nur hier vor Ort, sondern natürlich auch die Ereignisse in Brüssel, Paris, Nizza und auch in München, Würzburg, Ansbach oder Reutlingen genau anzusehen. Dazu brauchen wir in der Tat keine Hinweise über die Presse, Herr Dr. Klug. Das ist ein selbstverständliches Arbeiten, diese **Fallkonstellationen** jeweils zu **analysieren**, sich im Verbund mit anderen Ländern in den Arbeitskreisen der Innenministerkonferenz über die richtigen Reaktionen abzustimmen, wo geboten auch **Einsatzkonzepte** zu **überprüfen** oder anzupassen. All das ist polizeiliche Routine und ist auch polizeiliche Notwendigkeit. Ich denke, darüber sind wir uns einig. Es ist ein ständiger Überprüfungs- und Optimierungsprozess, der in anzupassende Ausbildungen oder Einsatztrainingslagen mündet. Dies gilt für das Einsatztraining ganz aktuell und nicht nur für das Einsatztraining, auch für die Schießübungen mit den zur Verfügung stehenden Waffen, der Pistole P 99 oder der MP 5 für alle Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei, und auch die Anpassung entsprechender Ausstattung.

Wo dies nach sorgfältiger Abwägung geboten ist, handeln wir insbesondere dann - das ist selbstverständlich -, wenn es um den persönlichen Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten geht. Das haben wir zuletzt im ersten Halbjahr mit der sogenannten Außentragehülle und dem integrierten Stichschutz so gehalten, und das werden wir auch jetzt tun, denn wir haben in der Tat die Notwendigkeit einer weiteren Anpassung der **Schutzausstattung für besondere Lagen** erkannt. Bevor sich hier Legenden bilden - lieber Lars Harms, insofern bin ich ausgesprochen dankbar, dass Sie das entsprechend dargestellt haben -: Die Vorlage für Ausstattungsveränderungen, die zufällig am gleichen Tag erfolgte wie die Festnahme der drei Tatverdächtigen - das war wahrlich nicht abgestimmt. Das war in der Tat ein Zufall, und es gab nicht die Absicht, an der Stelle dieses miteinander in Verbindung zu bringen.

Für uns steht jetzt die persönliche Schutzausstattung im Vordergrund. Das haben wir hier schon mehrfach gehört. Es ist auch mir ganz persönlich wichtig, die Schutzausstattung insbesondere so auszugestalten, dass wir mit der Schutzklasse 4 dann auch den entsprechenden Schutz gegen die bei terroristischen Anschlägen genutzten Waffen und eine Ausstattung mit ballistischen Helmen haben. Das

mag vielleicht oberflächlich betrachtet wie ein Wettrüsten aussehen, aber die Vorstellung, unsere Landespolizei im Ernstfall ohne solche ballistischen Helme und Schutzwesten in einen vergleichbaren Einsatz zu schicken, die behagt mir nicht, und ich denke - das ist hier deutlich geworden - auch keinem anderen.

Zu der Ausstattung mit Waffen und aktuellen Planungen in verschiedenen Bereichen und Regionen - auch da, Herr Dr. Klug, brauchen wir nicht die Presse, es ist natürlich schön, dass man das da komprimiert auch öffentlich nachlesen kann - wir sind natürlich in **Abstimmung** mit unseren **Länderkollegen**, und natürlich ist uns bekannt, wer was wann wofür beschafft. Es geht bei uns - auch das ist deutlich geworden - nicht um eine erstmalige Beschaffung, sondern es geht um die wirklich relevante und diskussionswürdige Frage der Ausstattungsweite. Genau das kann man auch den öffentlichen Ausführungen entnehmen, und genau darüber sind wir im Moment - auch das ist hier ausgeführt worden - in sehr konstruktiven Gesprächen. Es gibt also gar keinen Anlass, hier jetzt irgendetwas zu dramatisieren, sondern ich finde wichtig - da bin ich ausgesprochen dankbar für die Debatte -, diese Debatte sachlich und in Ruhe zu führen. Das ist der richtige Ansatz an der Stelle.

Erlauben Sie mir noch einen kleinen waffenkundlichen Hinweis: Wir reden hier nicht über den Einsatz der Bundeswehrwaffe G 36, sondern wir reden hier als ein Vorschlag an dieser Stelle über die Ausstattung mit der Waffe G 36 C. Das kann man alles wunderbar googlen, das kann man sich ansehen. Da gibt es doch noch deutliche Unterschiede.

Ein wirksamer Schutz sind aber nicht nur die Schutzweste oder der Helm. Es ist insbesondere der professionelle kompetente Mensch, der als Landespolizeibeamter oder -beamtin für solche Lagen ausgebildet wurde. Ich denke, für uns alle, die wir am Sonntag in Eutin dabei gewesen sind, war es ein mehr als eindrucksvolles Bild, 442 junge Frauen und Männer in Formation angetreten zu sehen, die sich per Diensteid zu unserem Land und zu ihrem künftigen Auftrag bekannt haben. Wir brauchen diese zusätzlichen Kräfte, die ab 2019 aus der Ausbildung in den Polizeivollzugsdienst gehen werden. Wir brauchen vor allem auch eine Fortsetzung dieser hohen **Ausbildungszahlen**, die unsere Ausbildungseinrichtungen in den kommenden Jahren gerne voll aus-, aber bitte auch nicht überlasten sollen. Erst 2023 werden die von mir genannten 500 Stellen mehr besetzt sein. Ich bin froh und dankbar, dass wir diesen Weg jetzt eingeschlagen haben, und

(Minister Stefan Studt)

ich denke, dass wir diesen Weg auch fortsetzen werden, denn diese Entlastung ist für unsere Landespolizei bei der Aufgabenvielfalt elementar.

Aber gut Ding will eben auch Weile haben; denn eines ist auch deutlich - das haben wir hier schon mehrfach gesagt -: Wir brauchen keine schnellbeholten Polizistinnen und Polizisten, wir brauchen in Theorie und Praxis gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen aus Eutin und Altenholz.

Bis dahin werden wir weiter mit vereinten Kräften und großem Einsatz daran arbeiten, dass die Lage in Schleswig-Holstein so bleibt, wie man sie von außen vermutet, nämlich ruhig und beherrscht. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Nunmehr hat der Herr Abgeordnete Peters nach § 56 Absatz 4 der Geschäftsordnung das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Schutzausrüstung der Streifenpolizei** stand für uns Grüne niemals infrage. Das betrifft Schutzwesten und Helme. Das ist ein völlig klarer Punkt. Wir haben immer gesagt: Insoweit muss die Polizei besser ausgerüstet werden, und zwar alle Streifenwagen.

Ich gehe weiter: Eine bessere **Aufklärung im Netz** ist unabdingbar, um individuelle Radikalisierungsprozesse von Einzeltätern möglicherweise frühzeitiger zu erkennen. Deswegen bin ich auch eindeutig für eine Stellenaufrüstung im Bereich des Staatsschutzes.

Problem allein war die Frage G 36 C. Ist es sinnvoll, flächenabdeckend Streifenpolizei mit einer solchen Waffe auszurüsten? Da ist für mich im augenblicklichen Stadium der Informationsstand, dass dies in Deutschland im Grunde genommen nur in Bayern der Fall ist. Möglicherweise gibt es auch in Sachsen Überlegungen in dieser Hinsicht. Sonst wird das in Deutschland nicht gemacht.

Nun zur Waffe. Ich bin Grüner. Deshalb ist es vielleicht etwas untypisch, dass ich Ihnen als ehemaliger Bundeswehrsoldat sagen muss, dass ich als Panzeraufklärer unterwegs war und gelernt habe, mit allem zu schießen, was tödlich ist, mit der Pistole bis zum G 3, mit Maschinengewehren, mit der

Maschinenkanone 20 mm und auch mit Kampfgranaten. Sie müssen mir nicht erzählen, wie Waffen wirken.

Ich will damit jetzt nicht angeben, sondern möchte einfach nur unterstreichen, dass wir in diesem Zusammenhang einen rationalen Diskurs einfordern. Das ist das, was ich versucht habe, mit meinem möglicherweise schlecht rübergekommenen und im Schleswig-Holstein-Magazin zitierten Satz zu sagen. Ich wollte damit nicht etwas herzlos gegenüber den Hamburgern zum Ausdruck bringen. Ich will allein, dass wir im Hinblick auf die Analyse von Lagen und darüber, wo es möglicherweise in Deutschland und in Schleswig-Holstein zu Angriffen von Terroristen von der Marke Paris und Brüssel kommen kann, einen rationalen Diskurs führen - wenigstens das.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn das, was bisher im Sommer 2016 in Deutschland passiert ist - das ist in Hannover der Angriff mit einem Messer, das ist in Würzburg der Angriff eines Einzeltäters mit einem Beil, das ist in Ansbach ein Angriff mit einer Bombe im Rucksack -, das hat alles mit diesen Tätern nichts zu tun, und das alles ist mit dem vorhandenen Waffenarsenal der Polizei zu bekämpfen gewesen. Das ist das, was ich dazu sagen will.

(Zuruf: Aber nicht in Schleswig-Holstein!)

- Das ist die Frage. Darüber kann man doch bitte schön mal diskutieren, oder nicht? Man kann sehr wohl darüber diskutieren, ob Schleswig-Holstein ein entsprechendes Ziel sein könnte. Ich lasse mich insoweit gern eines Besseren belehren; aber diskutieren möchte ich darüber dürfen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Peters, die Redezeit ist abgelaufen.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja. - Ich wollte nur noch einen kurzen Satz zu den Gefahren einer Ausrüstung sagen. Der letzte Mordanschlag der NSU in Heilbronn auf die Polizeistreife, bei dem dann Frau Kiesewetter zu Tode gekommen ist, galt nicht dieser Polizistin, sondern der galt der Waffe, die diese Polizeibeamten in ihrem Fahrzeug hatten. Die Täter haben diese Waffe mit sich genommen, und sie wurde später bei den Tätern gefunden.

**(Burkhard Peters)**

Das ist ein Punkt, der im Rahmen der zu führenden Diskussion, ob es sinnvoll ist, alle oder viele Streifenwagen in Schleswig-Holstein mit dieser Waffe auszurüsten, ebenfalls angesprochen werden muss.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Peters, Ihre Redezeit ist nun bereits seit geraumer Zeit abgelaufen.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit beende ich die Aktuelle Stunde.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Herderschule Rendsburg und des Berufsbildungszentrums Rendsburg-Eckernförde. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9, 10, 45 und 50 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/4355

**b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/4356

**c) Infrastrukturbericht fortschreiben**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4427

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/4605

**d) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2016 bis 2020, Finanzplan Fortschreibung 2021 bis 2026 und Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits gemäß Artikel 67 Landesverfassung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/4592

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich erteile zunächst das Wort dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise auf die Vorlage und den einstimmigen Beschluss des Finanzausschusses. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herzlichen Dank für die Berichterstattung.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Finanzministerin Frau Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gigantisch gut! Als gigantisch und gut bezeichnen Sie, Herr Oppositionsführer, die **aktuelle Haushaltslage** des Landes Schleswig-Holstein. Da sage ich danke und kann Ihnen nur zustimmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nach fast fünf Jahren Regierungsverantwortung steht fest: Die Bilanz der rot-grünen-blauen Haushaltspolitik kann sich sehen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Daniel Günther [CDU]: Das habe ich aber nicht gesagt! - Heiterkeit)

- Das kommt noch. Denken Sie an „Lebenslanges Lernen“. Das kommt noch.

Meine Damen und Herren, es ist die Küstenkoalition, die zum ersten Mal seit Jahrzehnten Haushaltsüberschüsse für Schleswig-Holstein erwirtschaftet hat. Aber, meine Damen und Herren, es sind nicht nur zwei schwarze Nullen, die den Erfolg ausmachen, sondern es ist das Gesamtpaket. Wir sanieren

**(Ministerin Monika Heinold)**

den Haushalt und kümmern uns gleichzeitig um bessere Bildung, um unsere Infrastruktur, um soziale wie innere Sicherheit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir investieren in Klima- und Verbraucherschutz und machen unser Land fit für die Zukunft. So etwas nennt sich eine nordische Erfolgsbilanz.

Meine Damen und Herren, auf der schwarz-gelben Streichliste standen damals Krankenhausbaus, Justiz, Straßenbau, Hochschulen, Studentenwerk, Frauenhäuser, Landesblindengeld, weit über 3.000 Lehrerstellen und vieles mehr.

Die Vorgängerregierung hatte gesagt, ihre Sparliste sei alternativlos. Die Küstenkoalition hat gezeigt, dass es eine echte Alternative für den „echten Norden“ gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben die Grunderwerbsteuer und den Erdölförderzins erhöht und die Wasserentnahmeabgabe reformiert. Das war eine bewusste Entscheidung gegen die Stimmen der Opposition, eine bewusste Entscheidung, um Einnahmen zu erhöhen. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer bringt den Kommunen Mehreinnahmen in Höhe von rund 20 Millionen € jährlich, dem Land rund 105 Millionen € jährlich. Das vergessen Sie schnell. Damit haben wir dem Land Luft zum Atmen und zum Gestalten verschafft.

Aber nicht alles geht und vor allem geht nicht alles sofort. Zwar gehen wir nicht mehr im Schuldenmeer unter, aber Schleswig-Holstein schwimmt auch nicht im Geld. Schleswig-Holstein gibt für frühkindliche Bildung, Schulen, Hochschulen, Kultur, Polizei, Gesundheit, Sport und in fast allen anderen Bereichen pro Einwohner und Einwohnerin weniger aus als die meisten der anderen Bundesländer. Die Finanzdecke war und ist an vielen Stellen kurz, manchmal auch zu kurz.

Wir haben uns entschieden, meine Damen und Herren, den sehr harten Sparkurs der Vorgängerregierung abzumildern. Dies war eine bewusste Entscheidung. Und wir haben es ertragen, dass uns die CDU dafür scharf kritisiert hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Seit Kurzem hat die CDU eine 180-Grad-Wende hingelegt. Ob Kommunen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, UKSH, Schulen, Polizei, Straßen-

bau, Breitband oder auch die Ingenieurausbildung - landauf, landab verspricht die CDU täglich millionenschwere Programme. Da wird nichts ausgelassen. Das Einzige, was fehlt, ist die Finanzierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn es um das Bezahlen geht, ist bei der CDU Sendepause.

Meine Damen und Herren, glaubwürdig ist das nicht.

Sehr geehrter Herr Oppositionsführer, reden Sie heute Tacheles, stellen Sie klar, ob Ihre Fraktion noch zur Haushaltskonsolidierung steht!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Unser Kurs ist klar: Wir konsolidieren, modernisieren und investieren. Wir haben über 2.000 Stellen in unseren Schulen gelassen, die nach der alten Planung gestrichen werden sollten. Davon sind allein 920 Stellen flüchtlingsbedingt. Statt **Lehrerstellen** abzubauen, haben wir Stellen aufgebaut. Mit dem Haushalt 2017 werden wir 254 Stellen mehr haben als 2012.

Gegen den massiven Protest der Opposition haben wir die frei gewordenen BAföG-Mittel für neue Lehrerstellen eingesetzt. Die letzte Tranche dieser Stellenaufstockung erfolgt zum Schuljahr 2017/18: 200 Stellen, die die Unterrichtsversorgung verbessern und gegen die Sie damals gestimmt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

2017 geben wir 17,8 Millionen € für **Schulsozialarbeit** und 19,8 Millionen € für inklusive Bildung aus, und wir verbessern die Förderbedingungen für unsere offenen Ganztagschulen. Meine Damen und Herren, fünf Jahre Küstenkoalition haben unseren Schulen gutgetan.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch bei den **Hochschulen** kommen wir spürbar voran. Anders als Schwarz-Gelb beim Hochschulpakt II haben wir uns ohne Umschweife zum Hochschulpakt III bekannt, der jetzt ansteht. Hier haben wir für die nächsten Jahre rund 225 Millionen € eingeplant. Anschließend werden diese Mittel mit 30 Millionen € pro Jahr verstetigt. Die Idee der Vorgängerregierung, Studienplatzkontingente auf andere Länder zu übertragen, war eine Irrfahrt. Unser Land braucht junge Menschen, die Lust haben,



**(Ministerin Monika Heinold)**

bei uns zu studieren, zu forschen und Start-ups zu gründen.

Auch mit der Erhöhung ihrer Grundfinanzierung um 25 Millionen € bis 2019 haben wir eine verlässliche Basis für unsere Hochschulen geschaffen. Ja, es hat ein bisschen gedauert, bis wir dies zusagen konnten, denn wir können - anders als Sie - jeden Euro nur einmal ausgeben. Aber wenn die Küstenkoalition etwas zusagt, ist darauf Verlass.

Das gilt auch für die millionenschwere Vereinbarung zur baulichen Sanierung der CAU in Kiel, die wir 2013 geschlossen haben. Nicht nur die Hochschulen, auch Kitas und Schulen werden modernisiert und saniert. Das Ende 2012 errichtete **Sondervermögen zur energetischen Sanierung** war ein Renner. Herr Koch macht sich gern darüber lustig, weil er keine Ahnung von Klimaschutz und von Zukunft hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Die Kommunen haben es begeistert in Anspruch genommen und weiteren Bedarf gemeldet. Eine zwanzigprozentige Energieeinsparung war keine Seltenheit. Das entlastet die kommunalen Haushalte und ist gelebter Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch das Bundesprogramm für finanzschwache Kommunen haben wir für Bildung und Klimaschutz reserviert. Die Kommunen kennen ihre Kontingente, der Bund plant, die Programmlaufzeit bis 2020 zu verlängern. Ja, bisher sind - Stand gestern - erst knapp 20 % der Mittel beantragt. Das ist für uns aber kein Grund, den Schwerpunkt Bildung nun gleich infrage zu stellen. Sollten die kommunalen Landesverbände das Signal geben, dass die finanzschwachen Kommunen keinen Bedarf für Investitionen in Kindertagesstätten beziehungsweise für die energetische Sanierung ihrer Schulen haben, werden wir umsteuern. Die Küstenkoalition hat schon viele gute Vereinbarungen mit den Kommunen geschlossen, aber es geht um den Bedarf. Es geht nicht um das Krakeelen der Opposition. Es geht vielmehr darum, dass die finanzschwachen Kommunen erst einmal feststellen, was sie brauchen und was sie nicht brauchen.

Meine Damen und Herren, zu den guten Vereinbarungen mit den Kommunen gehört auch die kräftige Unterstützung beim U-3-Ausbau.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mit dem Haushalt 2017 werden die Mittel für **Kindertagesstätten** im Vergleich zu 2012 verdoppelt. Die Küstenkoalition klotzt bei den Kleinen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir wollen auch die Eltern entlasten, denn in Schleswig-Holstein sind insbesondere die Gebühren im U-3-Bereich sehr hoch. Ab 2017 sollen die Eltern für jedes Kind im Alter von bis zu drei Jahren, das sie in einer Krippe oder bei einer Tagespflegeperson betreuen lassen, einen Landeszuschuss von bis zu 100 € pro Monat erhalten. Dafür haben wir 23 Millionen € eingeplant. Meine Damen und Herren, unser Maßstab heißt: Wo Handlungsbedarf ist, packen wir an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das gilt auch für die Sanierung unserer **Infrastruktur**. Über Jahrzehnte wurde Neues gebaut, während Altes verfiel. Eine Bestandsaufnahme über den Zustand der Infrastruktur gab es nicht. Das hat die Küstenkoalition geändert. Wir haben aufgearbeitet, wo welcher Bedarf besteht, und eine Lösung entwickelt. Das noch junge Kind heißt IMPULS. Es ist ein milliardenschweres Investitionsprogramm, das wir mit dem Haushaltsüberschuss aus 2015 bereits gefüttert und an den Start gebracht haben. Im Dezember 2016 werden wir dem Landtag berichten, was schon geschafft ist und was noch zu tun ist. Ob bei Krankenhäusern, Hochschulen, Straßen oder Kultureinrichtungen - mit unserem Kurs geht es überall voran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Mittel für die Erhaltung der Landesstraßen haben wir von 2012 bis 2017 mithilfe von Sondervermögen und des Programms IMPULS verdreifacht. Meine Damen und Herren, wer mehr baut, der braucht auch mehr Planungskapazität. Das gilt für Landes- wie für Bundesstraßen. Auch diese Herausforderung werden wir meistern.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wer im Land unterwegs ist, der weiß, wo der Schuh drückt, und ich bin unterwegs, und zwar in Hochschulen, in Kitas, Schulen, bei Finanzämtern und Polizeistationen, bei Seniorenbeiräten und Flüchtlingsinitiativen. Kurzum: Ich rede mit den Menschen vor Ort. Diese Form der Bürgernähe kommt gut an. Sie ist das Gegenteil von „ihr da oben, wir da unten“.

**(Ministerin Monika Heinold)**

Herr Oppositionsführer, dass die CDU diesen **Dialog** der Regierung mit den Menschen, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort als „besonders dreisten Missbrauch der Steuergelder“ verunglimpft, ist unterste Schublade.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wer Politikverdrossenheit etwas entgegenzusetzen will, der muss vor Ort mit den Menschen reden.

Erneut steht das Thema **innere Sicherheit** ganz oben auf der politischen Agenda; wir haben es eben debattiert. Mit den Haushalten 2016 und 2017 haben wir die innere Sicherheit bereits gestärkt. Mit insgesamt 800 Stellen für die Einstellung von Polizei-Nachwuchskräften stellen wir in den beiden Jahren 250 Stellen mehr zur Verfügung als ursprünglich geplant.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Zudem haben wir 150 Polizeivollzugsstellen und 50 Verwaltungsstellen geschaffen, und - es ist eben diskutiert worden - wir werden die notwendigen weiteren Maßnahmen auf den Weg bringen, um unserer Sicherheitslage gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, eine gut ausgestattete Polizei ist Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie. Die Polizei, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger haben bei der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Landesregierung hat es geschafft, die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Als es 2015 eng wurde, hat das gesamte Kabinett zusammengestanden und in gemeinsamer Verantwortung Mittel bereitgestellt. Eine Haushaltssperre konnte damit glücklicherweise von uns vermieden werden.

Meine Damen und Herren, die Küstenkoalition hat viele Herausforderungen gemeistert und ist dennoch mit Siebenmeilenstiefeln unterwegs auf dem Weg zu ausgeglichenen Haushalten. Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungs- und Zinssteuerquote sind im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht mehr auffällig, und sogar beim Schuldenstand je Einwohnerin und Einwohner wird es ab 2019 keine Auffälligkeit mehr geben. Das strukturelle Defizit sinkt von rund 1,3 Milliarden € in 2010 auf rund 147 Millionen € für 2017.

Noch planen wir mit einer Nettokreditaufnahme von 127 Millionen € für 2017, aber schon jetzt zeigt sich, dass wir bei Zinsen und Flüchtlingsausgaben weiter in Richtung **Haushaltskonsolidierung** umsteuern können. Nach der November-Steuerschätzung wird sich mit der Nachschiebeliste 2017 zeigen, wo wir tatsächlich stehen.

Vor Ihnen, meine Damen und Herren, steht eine entspannte Finanzministerin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Land schafft die Haushaltskonsolidierung deutlich besser als gedacht. Nach der alten Finanzplanung von 2011 hätte das Land heute nicht rund 27 Milliarden €, sondern weit über 31 Milliarden € Schulden. Für Zinsen müssten wir statt 600 Millionen € 1,47 Milliarden € einplanen. Für Personal- und Sachkosten hätten wir nach der alten Finanzplanung 600 Millionen € weniger zur Verfügung. Für Zuschüsse, Zuweisungen und Investitionen würden uns sogar 1,2 Milliarden € fehlen. Alte Finanzplanung! Es ist nicht vorstellbar, wie radikal der Sparkurs hätte sein müssen. Gut, dass es anders gekommen ist!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vergleichen wir die Zahlen des Jahres 2010 mit den - geplanten - Zahlen des Jahres 2017, so stellen wir fest, dass wir 3 Milliarden € Steuermehreinnahmen und ungefähr 300 Millionen € weniger Zinsausgaben haben. Damit ist unser Spielraum insgesamt um 3,3 Milliarden € gestiegen.

Aufgeregt stellt die Opposition seit Monaten die Frage, wo das viele Geld denn bleibe. Ein Blick in die Finanzplanung bringt Klarheit: Wir haben 1,24 Milliarden € eingesetzt, um die Neuverschuldung zu senken. Wir haben knapp 500 Millionen € mehr für den Finanzausgleich zur Verfügung gestellt. Für die asylbedingten Kosten sind es ungefähr 600 Millionen € mehr gewesen. 1,1 Milliarden € zusätzlich stellen wir für Tarifsteigerungen, Beihilfe, Versorgung und sozialgesetzliche Leistungen zur Verfügung. Und wir haben die Zuschüsse für die Kitas verdoppelt!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ihnen von der Opposition sage ich: Sie werfen uns vor, wir würden den finanziellen Spielraum nicht richtig zu nutzen. Heute haben Sie Gelegenheit, konkret zu sagen, an welcher Stelle Sie anders ent-

**(Ministerin Monika Heinold)**

schieden hätten, Baustein gegen Baustein. Butter bei die Fische, meine Damen und Herren!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, von wem stammt das Zitat „Ausgeglichener Haushalt? - Mehr Glück als harte Arbeit!“? Von der grünen Bundestagsfraktion. Es ist die Kommentierung zum Bundeshaushalt 2017. Sie sehen also, Herr Schäuble und ich teilen das gleiche Schicksal. Sind die Haushaltszahlen gut, waren es die Rahmenbedingungen; sind die Zahlen schlecht, waren es die Finanzministerinnen und Finanzminister.

Machen wir also den Faktencheck: Von 2005 bis 2012 stiegen die Steuereinnahmen um durchschnittlich 5 %. Von 2012 bis 2017 werden die Steuereinnahmen voraussichtlich um durchschnittlich 4,9 % steigen. Das ist weniger. Der Unterschied ist: Während von 2005 bis 2012 knapp 6 Milliarden € Schulden gemacht wurden, werden wir in dieser Legislaturperiode vermutlich, wenn überhaupt, nur wenige Schulden machen. Es stellt sich also die Frage, wer Schuldenhansel und wer Sparliesl ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Entscheidend für die Haushaltskonsolidierung sind Durchhaltevermögen, klare Schwerpunktsetzung und der Mut zu sagen, was geht und was nicht geht. Um die schwarze Null zu schaffen, dauerhaft und strukturell, müssen wir uns auf das Wesentliche konzentrieren.

Eine unserer großen, noch offenen Baustellen ist der **Personalabbaupfad**. Die 2011 mit dem Stabilitätsrat getroffene Vereinbarung sah die Kürzung von 5.340 Stellen vor, davon weit über 3.000 Lehrerstellen.

(Martin Habersaat [SPD]: Katastrophe!)

Die Einsparvorgabe betrug 215 Millionen €.

In dieser Legislaturperiode ist es gelungen - von der Opposition immer wieder kritisiert -, mithilfe der abgebauten Stellen den neuen Stellenbedarf an Schulen und Gerichten, im Landesamt für Ausländerangelegenheiten und bei der Polizei auszugleichen. Anders als geplant haben wir Ende 2017 netto nicht 3.500, sondern nur 36 Stellen abgebaut. Dieser Kurs ist mit dem Stabilitätsrat abgestimmt und wird angesichts unserer Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung insgesamt akzeptiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, für die Jahre 2018 bis 2020 steht im Sanierungsbericht immer noch der Wegfall von 1.600 Stellen, davon über 1.200 bei Lehrerinnen und Lehrern. Ziel der Küstenkoalition ist es, den Stellenabbaupfad auch in der nächsten Legislaturperiode abzumildern, um als Staat handlungsfähig zu sein. Ja, wir wollen insbesondere den Bildungsbereich stärken, nicht schwächen.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Damit dies gelingen kann, werden wir, der Ministerpräsident vorneweg, in Berlin für einen Länderfinanzausgleich streiten, der unser Land strukturell stärkt, unsere Kommunen natürlich auch.

Meine Damen und Herren, wer Unterstützung einfordert, muss auch eigene Leistung erbringen. Das machen wir. Mit der Finanzplanung halten wir die Ausgabenlinie bis zur erreichten Haushaltskonsolidierung weiterhin unter der Einnahmenlinie. Dabei plane ich - wie Bundesfinanzminister Schäuble auch - auf der Grundlage der **aktuellen Steuerschätzung**. Wirft mir die CDU also vor, dies sei ein Wolkenkuckucksheim, so sitze ich dort zumindest nicht allein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2017 steht auf einem gesunden Fundament. Die Einnahmesteigerung liegt bei rund 4,4 %, die Ausgabensteigerung einschließlich kommunaler Finanzausgleich bei 2,95 %. Die Personalkosten steigen um 140 Millionen €. Allein 65 Millionen € brauchen wir für Beihilfe, Versorgung und Tarifverstärkungsmittel. Der kommunale Finanzausgleich steigt ebenfalls an, und zwar um 12,8 %, weil wir Nachzahlungen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, eine der großen Herausforderungen für Land und Kommunen werden auch im Jahr 2017 die Betreuung, Versorgung und Integration der **Flüchtlinge** sein. Wie viele Flüchtlinge werden kommen? Wann wird der Bund das Ziel schneller Verfahren erreicht haben? Noch planen wir mit der alten Zahl: 27.200 für Schleswig-Holstein im nächsten Jahr. Ich hoffe, dass wir bald eine neue Prognose vorliegen haben, um mit der Nachschiebeliste gegebenenfalls nachsteuern zu können. Uns ist es wichtig, dass wir nicht nur für Versorgung und Betreuung ausreichend Mittel bereitstellen, sondern auch für die Bereiche Bildung, Integra-

**(Ministerin Monika Heinold)**

tion, Arbeitsmarkt und Wohnungsbau. Wir wollen, dass Integration gelingt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist gut, dass sich auch der Bund - nach langem Zaudern und Zögern - zu seiner Finanzverantwortung bekennt: 75 Millionen €, die wir für das Jahr 2017 bereits einplanen konnten, und 68 Millionen € neu zugesagte Integrationsmittel, die wir mit der Nachschiebeliste noch einplanen werden.

Ich möchte mich heute bei allen Fraktionen dafür bedanken, dass wir es geschafft haben, die Ausgaben für Flüchtlinge nicht zum Streitthema zu machen. Das ist verantwortungsvoll und tut unserer Gesellschaft sehr gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, damit das Zusammenleben mit den neu zu uns gekommenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gelingt, ist es wichtiger denn je, genau hinzuschauen, wo Handlungsbedarf besteht.

Es muss spürbar sein, dass wir uns um alle Menschen in unserer Gesellschaft kümmern. Niemand darf abgehängt, niemand darf vergessen werden. Neben der Integration der Flüchtlinge müssen und werden wir uns um gut ausgestattete Kitas kümmern, um eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung, um inklusives Lernen, um eine Daseinsvorsorge, die insgesamt funktioniert. Sie sehen: Die Agenda der Küstenkoalition reicht locker für eine weitere Legislaturperiode.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren: Wir haben noch nicht fertig, unsere Finanzplanung macht Lust, weiter zu regieren. Sie ist ein durch und durch solides Zahlenwerk. Die **Finanzplanung**, die das Kabinett beschlossen hat, plant ab 2018 strukturell mit schwarzen Nullen. Wir legen die Grundlage für einen Beamtenversorgungsfonds. Wir haben die Risikoversorge für die HSH Nordbank aufgestockt - so bitter dies ist. Wir haben Sicherheitsabstände zur Schuldengrenze der Verfassung eingebaut. Wir haben einen Risikopuffer von 50 Millionen € eingeplant, weil wir nicht wissen, wie die Steuerschätzung ausfallen wird. Die Zinsausgaben sind nach wie vor mit einer Zinssicherungsstrategie hinterlegt. Wir haben außerdem damit begonnen, ein Bildungspaket - 20 Millionen € ab 2018 - auf den Weg zu brin-

gen; es wächst bis 2022 auf 60 Millionen € strukturell auf.

Und wir haben für IMPULS jetzt 150 Millionen € jährlich eingestellt, die wir brauchen. Sie sehen also, meine Damen und Herren: Stück für Stück geben wir unserem Land eine neue Perspektive.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Stabilitätsrat erwartet ein solides Zahlenwerk, und die Küstenkoalition liefert. Schleswig-Holstein hat die beste Chance, das Sanierungsverfahren 2016 erfolgreich abzuschließen. Mit dem Haushalt 2017 wie mit der Finanzplanung zeigen wir, wie es gehen kann.

Mein Dank gilt an erster Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium, die ihre hervorragende Arbeit eingebracht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ein solider und inhaltlich starker Haushalt ist immer eine Teamleistung.

Gekommen, um zu bleiben! - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Küstenkoalition, vielen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Ministerpräsident Torsten Albig umarmt Ministerin Monika Heinold - Zurufe FDP: Oh!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen anderen Fraktionen ebenfalls zusätzlich zur Verfügung.

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eben wirklich süß zum Abschluss. - Ich will überhaupt nicht verhehlen, dass sich die Haushaltslage in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren spürbar verbessert hat.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Daniel Günther)

Ich will einräumen, dass sich die Einnahmen erhöht haben und dass die Zinsausgaben ordentlich zurückgegangen sind.

(Zuruf FDP: Ja!)

Aber Frau Ministerin, Sie fordern jedes Mal die Opposition dazu auf, die Haushaltszahlen gegeneinanderzustellen, hier Farbe zu bekennen und deutlich zu sagen, was wir anders machen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie machen es nicht!)

Aber Sie machen jedes Mal das Gleiche, indem Sie nämlich nicht abgleichen, was wir im Moment machen, sondern sich selbst mit der Zeit vergleichen, in der wir vorher regiert haben - und das bei ganz anderen Haushaltszahlen, die wir zur damaligen Zeit gehabt haben, Frau Ministerin.

(Beifall CDU und FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da kommt ja nichts von Ihnen!)

Sie wissen genau, dass Ihre eigene Leistung zu dieser Haushaltslage wirklich denkbar gering ist.

(Zuruf CDU: Null!)

Das liegt auch an einer guten wirtschaftlichen Entwicklung, die wir insgesamt in Deutschland hatten und die sicherlich auch auf eine CDU-/FDP-Bundesregierung zurückzuführen ist, aber ohne Zweifel auch auf Entscheidungen, die damals von Rot-Grün Anfang dieses Jahrtausends getroffen worden sind. Das will ich durchaus konstatieren. Davon profitieren wir auch heute noch in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

Es scheint immer ein Stück weit in Schleswig-Holstein so zu sein: Wenn es darum geht, Haushalte zu konsolidieren, und wenn man wieder solide Finanzpolitik braucht, rufen die Menschen nach CDU und FDP.

(Lachen SPD)

Wenn es danach nur noch darum geht, Geld auszugeben, hat Rot-Grün die Verantwortung.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das mag man ungerecht finden, aber es ist etwas, mit dem wir politisch umgehen müssen.

Wir bestreiten überhaupt nicht: Sie haben mehr Geld ausgegeben als die Vorgängerregierung. Ich frage mich nur: Was ist eigentlich davon bei den Menschen in unserem Land angekommen?

(Zuruf SPD: Viel!)

Denn, Frau Ministerin, das ist die entscheidende Frage.

(Beifall CDU)

Ich will Folgendes im Bereich der **Bildungspolitik** überhaupt nicht bestreiten: Sie haben den von SPD-Ministerin Erdsiek-Rave eingeleiteten Kurs, sinkende Schülerzahlen zum Abbau von Lehrerplanstellen zu nutzen, beendet. Wir haben heute mehr Lehrerplanstellen, als es die Pläne aller Vorgängerregierungen vorgesehen haben.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das kommt bei den Menschen an!)

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass Sie den Anträgen von CDU und FDP in dieser Wahlperiode immer hinterhergelaufen sind.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie unseren Anträgen zugestimmt hätten, wären wir heute beim Thema „Unterrichtsversorgung“ viel weiter, als wir es unter Ihrer Verantwortung sind, Frau Ministerin Heinold.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Bei dem Thema sind wir nicht weitergekommen. Das wissen Sie genau. Befristete Arbeitsverträge bei Lehrkräften gibt es immer noch. Sie haben neue Bedarfe geschaffen, und deswegen kommen diese Stellen eben nicht bei unseren Schulen an.

Beim Thema „Inklusion“, dessen Sie sich eigentlich annehmen sollten, haben wir heute immer noch einen Vorbau aus Schulsozialarbeit, Schulbegleitung, Schulassistenten und Sonderpädagogen. Sie haben unseren Anträgen nicht zugestimmt, in Flensburg eine zusätzliche Professur zu schaffen, um professionell ausgebildete Sonderpädagogen zu haben. Das wäre eine richtige Entscheidung gewesen, um die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein voranzubringen.

(Beifall CDU - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hätten Sie nämlich nicht so eine deutliche Erhöhung der Abbrecher-Quote zu verantworten. Sie haben dafür gesorgt, dass die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem erschwert wird, und haben sie nicht erleichtert. Das haben Sie mit Ihren Schulgesetzen geschafft.

Beim Kampf gegen die Förderzentren, den Sie bei uns führen, haben Sie einen heftigen Flurschaden

**(Daniel Günther)**

hinterlassen. Es geht darum, Kinder individuell zu fördern. Dabei helfen weder Einheitslehrer noch Einheitschulen.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Ihr bitteres Ergebnis in der Bildungspolitik ist leider - wenn Sie in den Sommerferien ein bisschen Zeitung gelesen haben, ist Ihnen das aufgefallen, und drei Bildungsstudien haben das insgesamt bestätigt -: Sie haben mit mehr Ressourcen schlechte Ergebnisse erreicht. - Was für ein Armutszeugnis für die Kinder in unserem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU - Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber diese Regierung - das hat man eben in der Erklärung gesehen - gefällt sich immer so sehr in der Rolle, ihre höchst moralischen Ansprüche als hohe Messlatte zu formulieren, um dann selbst darunter durchzulaufen. Wie viele Reden habe ich in diesem Parlament über frühkindliche Bildung gehört? Es wurde oftmals gesagt, wie wichtig das sei. Wie viele Fensterreden von Regierungsfractionen sind gehalten worden, wir müssten die frühkindliche Bildung stärken? Herr Stegner sagte: Frühkindliche Bildung muss kostenlos sein. Wo stehen wir am Ende der Regierungszeit dieser Landesregierung? - Wir haben die höchsten Elternbeiträge, die jemals in Schleswig-Holstein gezahlt worden sind. Das ist Ihre Verantwortung. Diese haben Sie zu tragen.

(Beifall CDU - Lachen Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe Beate Raudies [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daran wird im Übrigen Ihr 100-€-Geschenk an die Eltern überhaupt nichts ändern. Das zeigt eben nur den schäbigen Umgang, den wir von dieser Landesregierung mit unseren Kommunen gewöhnt sind.

(Beate Raudies [SPD]: Oh! - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, ist klar!)

Ich frage mich manchmal, ob Sie eigentlich irgendein Referat im Ministerium haben, das sich damit beschäftigt, Ideen auszubrüten, wie wir die Kommunen besser gängeln und wie wir den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern die Arbeit entsprechend vermiesen können.

(Beifall CDU - Beate Raudies [SPD]: Und das sagen ausgerechnet Sie!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Daniel Günther [CDU]:**

Sehr gern.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte, Frau Erdmann.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Günther, Sie haben gerade große Worte gebraucht wie Schäßigkeit, gerade auch, was die Ausstattung der Kommunen anbelangt. Kann das vielleicht daran liegen, dass Sie an einigen Stellen nicht die Fakten zur Kenntnis nehmen?

Wir hatten einen kleinen Facebook-Disput am 12. Juli 2016. Da haben Sie mir gesagt, als ich geschrieben habe, dass die **Kita-Betriebskosten** vom Land von 100 Millionen € auf 200 Millionen € in dieser Legislaturperiode verdoppelt worden seien, ich würde am Thema vorbeireden, denn es gehe nur um die Investitionskosten, die Betriebskosten seien gleich geblieben. Kann es sein, dass Ihnen die Erhöhung von 100 Millionen € auf 200 Millionen € einfach durch die Lappen gegangen ist?

(Beate Raudies [SPD]: Ja!)

**Daniel Günther [CDU]:**

Frau Kollegin Erdmann, Ich will den Versuch unternehmen, weil ich Ihnen von den Grünen im Gegensatz zur SPD abnehme, dass Sie sich bei diesem Thema wirklich mit unseren Argumenten auseinandersetzen.

(Lachen Beate Raudies [SPD])

Deswegen will ich herunterbrechen, welche Lage wir im Moment bei den Kitas haben.

Stellen Sie sich vor: Wir beide treten zusammen vor die Eltern. Ich vertrete die Kommunen, Sie vertreten das Land. Wir sagen: Gemeinsam investieren wir 1.000 € in dem Bereich. Jeder von uns gibt 500 € dazu.

Dann stellen wir aber miteinander fest: Weil die Anforderungen im Kita-Bereich größer geworden sind, reichen unsere 1.000 € nicht aus. Ich zahle 1.300 € für die Kommunen, und Sie zahlen nur 700 €. - Dann laufen Sie durchs ganze Land und er-



(Daniel Günther)

zählen den Leuten überall: Wir zahlen 200 € mehr; diese Landesregierung hat so wahnsinnig viel geleistet. - Aber Sie verschweigen, dass die Kommunen den Hauptanteil daran tragen.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP])

Wissen Sie, was das Schlimmste daran ist? Ich weiß, dass es viele Grüne gibt, die in den Bereichen mit sich hadern. Nach dieser glorreichen Festveranstaltung, bei der Sie sich dafür gelobt haben, was das Land alles geleistet hat, gehen Sie nach unserem Auftritt noch einmal nach hinten, stecken denen noch einmal 100 € in die Tasche und sagen: Machen Sie etwas Schönes damit. - Das ist genau das, was Sie im Moment mit dem Kita-Geld in dem Bereich auf dem Rücken der Kommunen machen. Das halte ich für unanständige Politik, liebe Kollegin Erdmann.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine weitere Frage der Frau Abgeordneten Erdmann? - Ja.

**Anke Erdmann** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine Frage, sondern ich will nur feststellen, dass Sie meine Frage nicht beantwortet haben. Ich habe nämlich darauf hingewiesen, dass Sie am 12. Juli 2016 in Unkenntnis der Kita-Finanzierung frei von der Leber weg gesagt haben: Die 100 Millionen €, Anke Erdmann, gibt es nur für Investitionen. Bei den Betriebskosten hat sich nichts getan. - Dabei haben Sie, obwohl Sie in Eckernförde wohnen und ich in Kiel, völlig übersehen, dass wir die Mittel von 100 Millionen auf 200 Millionen € aufgestockt haben. Auf die Frage, ob Sie das am 12. Juli 2016 überhaupt verstanden haben, haben Sie nicht geantwortet. Für mich ist aber relativ klar, dass Sie Ihre Anträge stellen, ohne zu wissen, wie es bei der Kita-Finanzierung überhaupt aussieht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Daniel Günther** [CDU]:

Frau Kollegin Erdmann, ich weiß ja, dass es im Moment Ihr Ziel ist, durch eine völlig verworrene Finanzierung der Kitas zu verschleiern, was in unserem Land passiert.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sollen wir extra verschleiern!)

Das versuchen Sie damit auch weiterhin. Ich stelle nur sehr nüchtern fest, dass der **Betriebskostenzuschuss des Landes** immer noch bei 70 Millionen € liegt, dass er nicht erhöht wurde. Sie mögen sich das hier im Parlament schönreden. Ich stelle aber fest, dass das Ergebnis nach fünf Jahren Ihrer Regierungszeit ist, dass die **Kommunen** - sie haben die Kita-Finanzierung am Ende zu tragen - eben nicht mehr ein Drittel der Kosten tragen, sondern dass sie heute unter 50 % der Kosten ächzen. Den Vorwurf mache ich Ihnen, Frau Kollegin Erdmann.

(Beifall CDU)

Aber wir waren gerade bei dem Umgang mit den Kommunen. Da frage ich mich: Auf welche Idee kommt eigentlich eine Landesregierung, dass sie, wenn der Bund den Kommunen in Schleswig-Holstein 100 Millionen € für Investitionen zur Verfügung stellen will, die Kriterien für die Vergabe der Mittel so sehr einengt, dass die Kommunen heute nur 10 % - das haben wir jetzt schon seit zwei Jahren - überhaupt investiert haben? In Bayern wurden 100 % ausgegeben; deutschlandweit sind es 50 %. In Schleswig-Holstein krebzen wir bei 10 % herum. Ich frage mich manchmal: Machen Sie so etwas eigentlich mit Absicht, damit die Kommunen in unserem Land nicht investieren können? Die Frage hätten Sie eben einmal beantworten sollen.

(Beifall CDU und FDP)

Beim Thema **Städtebauförderung** ist es genau das Gleiche. Schaffen Sie eigentlich mit Absicht personelle Engpässe, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Fördermittel an die Kommunen nicht auszahlen können? Wie viel Investitionsvolumen in unserem Land hätten wir entwickeln können, wenn Sie einmal ordentlich regieren und die Lage im Innenministerium wirklich in den Griff kriegen würden? Dann könnten die Kommunen in unserem Land endlich motiviert investieren.

(Beifall CDU und FDP)

Die **Polizisten**, über die heute viel gesprochen worden ist, haben in Ihrer Regierung leider überhaupt keine Lobby.

(Widerspruch SPD - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Alle Gesetze und Entscheidungen, die in dieser Zeit getroffen worden sind, haben das Misstrauen gegenüber der Polizei geschürt. Der Misstrauensbe-

(Daniel Günther)

auftragte der Landespolizei steht dafür nur symbolisch.

Herr Kollege Dr. Stegner, ich habe vorhin in der Aktuellen Stunde sehr aufmerksam zugehört. Wir bekennen uns auch zu der Verantwortung, die wir in Zeiten zu tragen hatten, als es dem Land schlechter ging. Ich glaube, niemandem von uns sind die Einschnitte, die wir da im Bereich der Polizei vorgenommen haben, leichtgefallen. Aber dass Sie sich allen Ernstes heute im Parlament hinstellen und mit dem Finger auf uns zeigen, obwohl Sie damals als Innenminister selbst Verantwortung getragen haben, das ist nun wirklich der größte Hammer, den Sie sich hier heute erlaubt haben.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben Einsparungen bei der Polizei beschlossen. Bei der Wasserschutzpolizei sind erste Ergebnisse zu verzeichnen gewesen. Erst im Zuge einer veränderten öffentlichen Diskussion haben Sie auf Druck von Gewerkschaften und Opposition hin Ihre Pläne vermeintlich begraben - wohlgermerkt „vermeintlich“; denn von den vielen Ankündigungen, die wir gehört haben, von den Perspektivpapieren des Innenministers ist im Zuge des Regierungshandelns bisher überhaupt noch nichts umgesetzt worden.

Die Finanzministerin hätte auch einmal etwas dazu sagen können, Frau Ministerin Heinold, was eigentlich mit den Plänen von Herrn Studt ist. Werden die irgendwann einmal in Ihre Finanzplanung mit aufgenommen? Was ist eigentlich mit den Ankündigungen, die Herr Studt überall kundtut, die aber in den Haushaltszahlen überhaupt keinen Widerhall finden? Wollen Sie die **Polizisten** jetzt bis zur Wahl mit solchen Lippenbekenntnissen hinhalten, oder sehen wir irgendwann auch einmal etwas Konkretes, was für unsere Polizisten in unserem Land getan wird?

Wie ein roter Faden durchzieht Ihre Finanzpolitik, dass Gelder, die Sie zur Verfügung stellen, keine Wirkung entfalten, weil Sie immer höhere Ansprüche formulieren. Das ist übrigens ein besonderes Versäumnis dieser Regierung; denn in Zeiten, in denen man so viele Haushaltsmittel hat, investiert man eigentlich und kümmert sich darum, dass man strukturell wieder in eine bessere Situation kommt, um sich am Ende auch auf schwierigere Zeiten vorzubereiten.

Das ist der Hauptgrund für die Situation in der **Schulpolitik**. Mit den vielen Lehrerplanstellen hätte man die Unterrichtsversorgung deutlich verbes-

sern können, wenn nicht zusätzlicher Bedarf geschaffen worden wäre.

Sie loben sich heute dafür, dass Sie im Bereich der **Justiz** zusätzliche Stellen schaffen. Es ist ja nicht falsch, was Sie in dem Bereich machen. Aber wenn Sie auf der anderen Seite durch ein Justizvollzugsgesetz viel mehr Bedarf schaffen, als Sie jetzt an Personalstellen nachliefern, dann hat niemand etwas davon. Wir machen Ihnen den Vorwurf, dass Sie dort die falschen Prioritäten setzen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich frage mich zugegebenermaßen auch, ob es eigentlich die richtige Prioritätensetzung ist, wenn das Land Schleswig-Holstein bei so wichtigen Kennzahlen wie in der Bildungspolitik, beim Straßenbau - wie weit kommen wir da voran? -, bei der Ausrüstung der Polizei überall die rote Laterne trägt. Das Einzige, womit wir im echten Norden werben können, ist, dass wir die zufriedensten Gefangenen in unseren Knästen haben. Das ist doch wohl nicht die richtige Prioritätensetzung, die Sie an der Stelle vornehmen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Nun hätten wir heute Nachmittag eigentlich die Gelegenheit gehabt, uns umfänglich mit der **Wissenschaftspolitik** dieser Landesregierung auseinanderzusetzen. Aber mit Verweis auf die heute „überraschend“ angesetzte Haushaltsberatung ist gestern die Absage erfolgt.

Frau Alheit, wir hatten in den letzten Tagen viel Mitgefühl mit Ihnen. Nachdem der Herr Ministerpräsident Sie ja schon zu Beginn Ihrer Amtszeit vorgeführt, das Ressort erst einmal nach Verwandtschaftsgraden zugeschnitten und Ihnen gleich den Auftrag erteilt hatte, die beste Wissenschaftsministerin in Schleswig-Holstein zu werden, hat er Ihnen dann auch noch zugemutet, heute zwei Jahre Untätigkeit der Regierung im Bereich der Wissenschaftspolitik zu rechtfertigen. Ich kann Ihnen aus meiner Lebenserfahrung nur sagen: Man macht es nicht besser, wenn man kurzfristig vor einer solchen Aufgabe kneift. Es wird in drei Wochen nicht leichter für Sie, hier im Plenum zur Wissenschaftspolitik Stellung zu beziehen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Der Ministerpräsident gibt ja immer kluge Ratschläge, wie andere Leute mit Krisen umgehen sollten. Vielleicht schickt er sich auch einmal selbst eine SMS. Aber in dem Fall hätten Sie ihm vielleicht vertrauen sollen, dass es klug gewesen wäre,

(Daniel Günther)

Wissenschaftspolitik im Schatten der Haushaltsberatungen durchzuführen. Im Oktober wird die Aufmerksamkeit hinsichtlich dessen, was Sie gemacht haben, deutlich größer sein.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

In Ihrer Amtszeit gibt es keine einzige Entscheidung, die die **Hochschulen** messbar auf die Zukunft vorbereitet hätte.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf SPD)

Bis heute kommt nur ein Bruchteil der Bafög-Millionen bei unseren Hochschulen an. Nur ein Bruchteil kommt bei den Hochschulen an, auch nachdem Sie jetzt plötzlich Beschlüsse gefasst haben. Sie wissen genau wie ich, dass die Jubelpressekonferenz der Hochschulen letztendlich nur das Ergebnis einer Erpressung durch die Landesregierung war: Kohle gegen Lob. Das war die Losung, weshalb diese Pressekonferenz überhaupt stattgefunden hat.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Sonst hätten Sie ihnen nämlich überhaupt kein Geld gegeben, weil niemand von Ihnen bei Hochschulen eine Priorität setzt.

(Beifall CDU)

Ihr neues **Hochschulgesetz** ist eine reine Farce. Hier wurde ausschließlich Gesellschaftspolitik gemacht. Bei der Vorbereitung auf die Herausforderungen der Zukunft zeigt sich eine glatte Fehlanzeige.

Infolge des Gesetzes, das Sie geschaffen haben, besteht die neue Hauptaufgabe der Hochschulen darin: Wie bekommt man es irgendwie hin, dieses neue Gesetz in den Hochschulen nicht umzusetzen? Die Hochschulen haben keine Lust, mit Senaten zu arbeiten, die größer sind als dieses Plenum. Wie wollen Sie denn an einer Hochschule so vernünftige Entscheidungen treffen? Was machen die Hochschulen nun? Sie versuchen, das Gesetz irgendwie auszuhebeln, damit sie zumindest einigermaßen handlungsfähig bleiben.

(Beifall CDU)

Keine Ideen von Ihnen, wie unsere Hochschulen im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen können. Selbst das unambitionierte Nordrhein-Westfalen zahlt unbürokratisch Innovationsprämien aus, um Forscher zu unterstützen. Andere Bundesländer schaffen Anreize, um die Anzahl der Studienabbrecher zu begrenzen. Wer kümmert sich denn in Schleswig-Holstein darum? Die neuen Diversity-Beauftragten, die Sie geschaffen haben? Oder die

Moralwächter für Drittmittel, die neu hinzugekommen sind?

Das sind die Folgen der Entscheidungen, die Sie getroffen haben. Fragen Sie doch einmal in den Hochschulen nach und hören zu, was die Ihnen sagen. Sie haben ihnen nichts an Rüstzeug an die Hand gegeben, um sich auf die wirklichen Herausforderungen der Wissenschaftspolitik des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Das hören Sie von den Hochschulen in unserem Land.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Heinold, Sie fragen uns immer wieder, warum wir **Investitionsquoten** so wichtig finden. Das würde eigentlich überhaupt nichts ausdrücken. Ich frage mich hingegen, warum Sie eigentlich so eine Investitionsphobie entwickelt haben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Manie“ heißt das Wort!)

Eigentlich ist eine Investitionsquote ganz einfach zu behandeln. An einer Investitionsquote bemisst sich, ob ein Land seine Zukunftschancen nutzt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist das!)

Wenn Sie bei steigenden Steuereinnahmen die Investitionsquote seit 2012 nahezu halbiert haben, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wer sich nicht für seine Zukunft interessiert und auch nicht glaubt, dass er eine Zukunft hat, der investiert nicht. Weil Sie wissen, dass Sie keine Zukunft haben, investieren Sie auch nicht in unser Land. Das ist die grandiose Fehlstellung, die mit Ihrem Haushalt vorgenommen wird, Frau Heinold.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben alle Haushaltsbereiche so sehr ausgereizt, dass die kleinste Konjunkturdelle bei uns Land unter bedeuten würde.

Frau Heinold, Sie haben gesagt, Sie hätten zum Teil Glück gehabt. Ich muss Ihnen sagen, Sie haben eigentlich nur Glück gehabt. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn Sie uns heute zumindest eine konkrete Maßnahme geschildert hätten, bei der diese Landesregierung eigene Einsparvorschläge umgesetzt hat. Eine einzige Maßnahme wäre schon ausreichend gewesen. Es ist mir jedoch nichts bekannt, was Sie umgesetzt haben. Vielleicht kann Herr Dr. Stegner, der nächste Redner, klarmachen, an welcher Stelle eingespart wurde. Sie haben doch laut geklatscht, als wir aufgefordert worden sind, uns zum Konsolidierungskurs zu bekennen. Zum Konsolidierungskurs der Landesregierung bekennt sich mit Sicherheit niemand von uns. Wir werden Ihnen zeigen,

(Daniel Günther)

wie man echte Haushaltspolitik in Schleswig-Holstein macht.

(Beifall CDU)

Sie lassen unsere Landesstraßen verrotten. Investitionen in unsere Krankenhäuser verhindern Sie sogar, indem Sie nicht möglich machen, dass dieses Geld überhaupt dafür genutzt wird.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Mittel, für die sich Frau Heinold im Hochschulbereich gelobt hat, kommen doch in Wahrheit in den Hochschulen überhaupt nicht an, weil Sie in Ihrem Ministerium viel zu langsam arbeiten. In unsere Sportstätten in Schleswig-Holstein investieren Sie zu spät und zu wenig Geld.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode 35 % mehr Bundesmittel für unsere **großen Verkehrsadern** bekommen. Mir graut vor der Vorstellung, dass Sie weitere fünf Jahre Verantwortung in unserem Land tragen, wenn wir solche zusätzlichen Mittel bekommen.

(Volker Dornquast [CDU]: Die Gefahr ist gering!)

Diese bleiben ungenutzt, weil wir einen Verkehrsminister haben, der sicherlich manche Kompetenz haben mag, aber leider vom Kerngebiet, nämlich von der Planung und Sanierung von Autobahnen, keinen blassen Schimmer hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Sie fragen immer, wie wir das gegenfinanzieren wollen und wie wir Planungskapazitäten schaffen wollen. Mir kommen immer die Tränen, wenn ich in Ihre Haushalte schaue und feststelle, dass den Kommunen immer noch 3,8 Millionen € gewährt werden, damit diese sich um die Umsetzung Ihres **Vergabegesetzes** und um die Pflege Ihres **Antikorruptionsregisters** kümmern können. 3,8 Millionen € überweisen Sie jedes Jahr für diesen Stumpfsinn an die Kommunen!

(Beifall CDU)

Wie viel sinnvoller wäre es, hierfür 76 Planungsingenieure einzustellen. Dann würden wir die A 20 bauen. Dann würden wir die A 21 bauen. Dann würden wir weitere Investitionsprojekte angehen. Das wäre möglich, wenn Sie andere Prioritäten setzen würden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, wir sind Ihnen dankbar, dass Sie der Debatte über Ihren Haushalt zumindest lauschen. Diese Regierung wird in die Annalen eingehen als die Regierung, die historisch hohe Steuereinnahmen nicht genutzt hat, um das Land auf die Zukunft vorzubereiten.

Wir brauchen jedoch eine Regierung, die bei den Kitas nicht auf fehlende Qualität und höchste Elternbeiträge setzt, sondern für gute Arbeitsbedingungen sorgt, die mehr Qualität und maßvolle Beteiligung der Eltern schafft. Das wäre eine richtige Prioritätensetzung. Wir brauchen eine Regierung, die wirklich etwas gegen den Unterrichtsausfall tut und keine neuen Bedarfe schafft, sodass Lehrplanstellen bei unseren Kindern nicht ankommen. Wir brauchen eine Regierung, die keine Bücher schreibt über den Investitionsstau. Wir brauchen eine Regierung, die keine Straßenzustandsberichte abheftet und sagt: Das ist unsere tolle Leistung, das sind tolle Investitionen für unser Land. - Vielmehr brauchen wir eine Regierung, die den Bau und die Sanierung unserer Straßen voranbringt. Wir brauchen eine Regierung, die sich nicht damit zufriedengibt, dass eine flächendeckende Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein erst 2030 Realität wird. Wenn der ländliche Raum bis 2030 warten muss, dann arbeitet dort keiner mehr. Dann leben dort keine Menschen mehr. Das muss vorgezogen werden. Dafür ist eine Landesregierung da.

(Beifall CDU und FDP)

Wir brauchen eine Regierung, die sich mit der Zukunft beschäftigt, und zwar während ihrer Amtszeit. Es sollte nicht über eine Landesentwicklungsstrategie diskutiert werden, die nur davon ablenken soll, dass in dieser Legislaturperiode nichts von diesen Themen angefasst worden ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie hätten heute die letzte Chance gehabt umzusteuern. Ihr Haushalt ist aber ein „Weiter so!“ geblieben. Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben Ihre letzte Chance verpasst. Dieses Umsteuern wird die nächste Landesregierung vornehmen müssen. Das wird eine CDU-geführte Landesregierung sein, die wieder die richtigen Prioritäten in Schleswig-Holstein setzt.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hier heute zugehört hat, der weiß, dass der klügste Rat ist, den man geben kann: Halten Sie sich an die Finanzministerin. Sie hat uns aufgezeigt, wie es um den Haushalt 2017 steht. Der Oppositionsführer hat versucht, eine Made zu finde. Das hat Herr Koch früher auch schon einmal gemacht. Was er für eine Made hielt, hat sich als eine Raupe entpuppt und ist heute ein schöner Schmetterling. Das ist das Ergebnis der Haushaltspolitik der Koalition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Liebe Monika Heinold, ich bekenne mich ja dazu, ein großer Fan Ihrer Amtsführung zu sein. Ich muss sagen, das war nicht nur eine fabelhafte Haushaltsrede, sondern das war auch das Dokument von guter Politik in Schleswig-Holstein. Ich bin froh, dass das protokolliert wird, weil man das so nachlesen und vergleichen kann mit dem, was wir gerade eben gehört haben.

Liebe Monika Heinold, Sie haben nicht nur die Unterstützung der Koalition für das, was Sie tun, sondern das ist gute Politik, und das werden wir mit Sicherheit auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil das so gut war, habe ich eine Passage mitgeschrieben, weil sie so besonders schön ist und so wunderbar das kontrastiert, was wir eben gehört haben. Sie singen ja immer das Lied, wir gäben zu wenig aus, wir gäben zu falsch aus. Sie meinen, wir sparten zu wenig. Sie hätten jedoch alles richtig gemacht. Sie seien so viel schwerer dran gewesen als wir. Sie hätten eine schwere Regierungskindheit gehabt. All diese Dinge haben wir gehört.

Vergleichen wir das einmal anhand der Fakten. Unter christdemokratischen Finanzministern stiegen die Steuereinnahmen von 2005 bis 2012 im Durchschnitt um 5 %.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Ich wiederhole es, damit Sie es hören, Herr Koch, weil es nämlich nicht stimmt, was Sie sagen.

Von 2012 bis 2016 stiegen die Steuereinnahmen um weniger als 5 %. Der Unterschied ist aber, dass Herr Finanzminister Wiegard von 2005 bis 2012 knapp 6 Milliarden € neue Schulden gemacht hat, während wir so gut wie keine Schulden gemacht haben.

Die Frage, wer mehr konsolidiert, beantwortet sich also von selbst. Ich freue mich, dass das protokolliert wird, damit die Menschen so die Fakten sehen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie hatten ja nicht nur eine schwere Regierungskindheit, sondern Sie haben übersehen, dass man vergleichen muss, was Sie getan haben und was wir getan haben. Sie haben gestrichen bei Krankenhäusern, bei der Polizei, beim Straßenbau, bei Hochschulen, beim Studentenwerk, bei Frauenhäusern und beim Landesblindengeld. Ich weiß zwar, dass heute der Welt-Alzheimerstag ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber es kann doch nicht die Politik in diesem Haus sein zu vergessen, was in diesen Jahren gewesen ist.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Oppositionsführer, Sie haben gefragt, was eigentlich mit den Menschen sei, was bei den Menschen ankomme. Sie haben von einem „schäbigen Umgang mit den Kommunen“ gesprochen. Wo die Schäbigkeit gegenüber den Kommunen liegt, wenn wir 12,8 % mehr haben im Kommunalen Finanzausgleich, wenn wir die Kita-Förderung verdoppeln, wenn wir Rechtsstreitigkeiten beenden, wenn die viel mehr für alles bekommen, dann müssen Sie uns einmal erklären, welche Wörterbücher Sie haben. Das ist nicht schäbig, das ist großartig. Das ist das Gegenteil.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie fragen, was bei den Menschen ankommt. Wenn wir mehr für Krankenhäuser, für Hochschulen, für Straßen, für Unterrichtsversorgung, für Kitas, für Lehrerstellen, für Schulsozialarbeit, für Minderheiten, für Frauenhäuser, für soziale Einrichtungen, wenn wir für all die mehr tun, dann frage ich Sie: Bei wem kommt das an, wenn nicht bei den Menschen in Schleswig-Holstein? Das macht die Koalition im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Günther, Sie sind ein großes Talent. Deswegen wird ja in Ihrer Partei auch diskutiert, wer den richtigen Platz hat. Ich habe einmal gelesen, der Unwahrheitsgehalt der Aussagen von Donald Trump liege bei etwa 70 %. Diese Quote haben Sie heute locker geschlagen mit dem, was Sie hier vorgetragen haben. Denn Ihre Daten haben

(Dr. Ralf Stegner)

nichts mit den Realitäten in Schleswig-Holstein zu tun, wirklich überhaupt nichts.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Günther, Sie haben deutlich gemacht, dass Sie aus Ihrer Regierungszeit nicht nur nichts gelernt haben, sondern dass man Ihnen nicht glauben kann, wenn Sie sagen, heute würden Sie alles ganz anders machen als damals. Erst werfen Sie uns vor, dass wir es anders gemacht haben, und jetzt kommen Sie selbst und sagen, Sie wollten es ganz anders machen. Was soll man davon eigentlich glauben?

Deutlich gemacht haben Sie, dass Sie zum Beispiel von guter Arbeit nichts halten. Denn Sie haben hier heftig kritisiert, dass wir die **Mitbestimmung**, das **Tariftreugesetz**, das **Korruptionsregister**, all die Dinge gemacht haben, die etwas mit guter Arbeit zu tun haben. Davon wollen Sie nichts wissen, das wollen Sie rückgängig machen. Da haben die Bürgerinnen und Bürger den Unterschied und können genau vergleichen, wer das eine will und wer das andere will.

Herr Kollege Günther, dass Sie sich nicht entblöden, sich hier hinzustellen und zu sagen: „Sie haben für die **Polizei** gar nichts getan, wir haben die viel besser behandelt“, fand ich wirklich scharf. Ich darf Ihnen noch einmal zum Mitschreiben sagen, damit Sie sich das einmal merken und sich nicht so blamieren müssen: Sie haben die Lebensarbeitszeit für die Polizei erhöht. Das ist Ihre Leistung für die Polizei gewesen. Wir haben die Eingangsbesoldung erhöht - das ist etwas anderes -, wir haben mehr Menschen eingestellt in der Ausbildung - das ist etwas anderes -, wir haben die Überstundenvergütung verbessert - das ist etwas anderes -, wir haben dafür gesorgt, dass verletzte Polizeibeamte besser behandelt werden - das ist etwas anderes -, und wir werden in diesem Bereich noch mehr tun. Sehr verehrter Herr Kollege Günther, das ist der Faktenvergleich. Insofern sollten Sie sich hier nicht hinstellen und solche Behauptungen aufstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege, ich dachte immer, Sie könnten es besser. Schneidig reden ist ja schön, aber wenn das nichts mit der Realität zu tun hat - des Kaisers neue Kleider, lieber Herr Kollege Günther -, seid ihr mit dem Liebling vielleicht doch besser dran. Ich weiß es nicht. Das müsst ihr selber wissen. Jedenfalls in dieser Form mit der Realität umzugehen, ist ziemlich traurig. Herr Kollege, das Pech für Sie ist, dass

da Protokollanten sitzen, die das alles mitschreiben, sodass selbst die, die das da oben nicht hören können und ParlaTV - was schade wäre - heute nicht verfolgen, nachlesen, wie Sie die Faktenlage in Schleswig-Holstein beschreiben, und mit der Rede der Frau Finanzministerin vergleichen können, die nicht nur eine gute Rede gehalten hat, sondern tatsächlich solide wirtschaftet.

Selbst da, wo Sie behaupten, Sie hätte nur Glück gehabt, bezieht sie sich auf Finanzminister Schäuble mit den Steuereinnahmen, der übrigens kein Sozialdemokrat ist. Das bei dem einen zu loben und bei dem anderen als Wolkenkuckucksheim zu bezeichnen, dazu gehört schon relativ viel „intellektuelle Spannbreite“. Dazu bin ich jetzt nicht imstande. Entweder ist das richtig, oder es ist falsch, aber das ist nicht richtig, weil der eine es tut, und falsch, weil es der andere tut. Herr Kollege Günther, das macht wenig Sinn.

Insofern ist es wirklich wunderbar, was wir heute für einen Haushalt haben. Ich freue mich schon auf die Dezember-Tagung. Da werden wir den Rest von den Dingen, die Sie hier fälschlicherweise behauptet haben, auch noch korrigiert haben. Denn wir werden als Küstenkoalition in den Haushaltsberatungen natürlich über das eine oder andere zu reden haben, zum Beispiel über die Frage, was man bei der Kita-Unterstützung der Kommunen an bestimmten Stellen tun kann.

(Zurufe CDU: Aha!)

Das werden wir machen, wie es üblich ist. - Ja, freuen Sie sich ruhig, Herr Kollege Koch. Dann werden Sie wieder behaupten, wir hätten nur dem Druck der Opposition nachgegeben und all die tollen Dinge umgesetzt, die Sie plötzlich entdeckt haben.

(Unruhe)

Sie sind schon richtige Oppositionskünstler: hier immer alles fordern, auch das Gegenteil, aber nichts beweisen müssen. Ich fürchte, die Chance kriegen Sie auch nach 2017 nicht. Dann werden Sie in der nächsten Legislaturperiode, wenn Sie wiederkommen sollten, das gleiche Spiel noch einmal aufführen können.

Ausweislich dessen, was die Finanzministerin vortragen hat, ausweislich von Zahlen, Daten und Fakten haben wir 2012 einen Politikwechsel eingeleitet mit der Regierung von Torsten Albig, mit der Koalition mit den Grünen und dem Südschleswischen Wählerverband. Das kann sich alles wirklich sehen lassen, was man auch anguckt, ob es das



(Dr. Ralf Stegner)

strukturelle Defizit ist, ob es die Neuverschuldung ist. Sie haben uns prophezeit, wir würden die Schuldenbremse reißen, wir würden das nicht schaffen, weil Ihre Kürzungen alternativlos seien. Wir reißen die Schuldenbremse nicht nur nicht, sondern der **Stabilitätsrat** wird feststellen: Wir werden aus der Finanzaufsicht entlassen, weil wir in diesem Haus zusammen gute, solide Politik gemacht haben. Das ist Fakt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Koch, die Begeisterung darüber, dass wir die schwarze Null erreichen können, könnte bei Ihnen ein bisschen größer sein. Statt Lob für die Regierung sagen Sie nur, das sei Glück gewesen, obwohl man feststellen muss, dass Schleswig-Holstein zwar hohe Steuereinnahmen und niedrige Zinsen hatte - wie alle anderen Länder auch -, sich aber im Vergleich strukturell verbessert hat. Wir sind nicht mehr bei Saarland, Bremen, Berlin, Sachsen-Anhalt, sondern wir sind jetzt auf der Höhe von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen angekommen. Das zeigt, wie gut die Finanzministerin und diese Koalition gewirtschaftet haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

Herr Kollege Koch, das müssen Sie einmal anerkennen. Lob, wem Lob gebührt. Sie müssen auch einmal anerkennen, dass Vorsorge getroffen wird, dass wir mitnichten einfach auf schönes Wetter setzen. Dass man bei den Zinsausgaben vernünftig und klug plant und sich auch auf schlechteres Wetter einrichtet - was ja immer kommen kann -, ist klug.

Formell gibt es vielleicht einen Punkt, die **Investitionsquote**, die in der Tat sinkt. Sie beschreibt allerdings, wie Sie wissen, nur das Verhältnis von investiven Ausgaben und Gesamtausgaben. Tun wir zum Beispiel etwas für das Personal, vor das Sie sich ja immer gern stellen, tun wir etwas für die Kitas, für die Hochschulen, für die Köpfe, für die Zukunft der Menschen, mag die Investitionsquote sinken, aber es ist in der Sache vernünftig, was wir tun. Wenn wir dann auch noch IMPULS auf das Dreifache erhöhen, tun wir auch da etwas für die Investitionen.

Es bleibt von Ihren Vorwürfen gar nichts übrig. Dass Sie da frustriert sind und hier laute Reden halten müssen, dafür habe ich als mitfühlender Sozialdemokrat Verständnis, Herr Kollege Günther. Es sei Ihnen gegönnt, dass Sie das tun. Die Fakten sprechen gegen Sie, und die Politik spricht für uns.

Das ist die Bilanz der Haushaltsdebatte am heutigen Tag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden das, was wir vor der Wahl gesagt haben, in dieser Legislaturperiode umsetzen: versprochen - gehalten. Das ist in Zeiten, wo die Menschen an der Glaubwürdigkeit der Politik gelegentlich zweifeln, ein sehr gutes Rezept. Wir haben uns von Ihrer Kritik nicht beirren lassen. Wir haben uns von Ihrem Hohn an bestimmten Stellen nicht beirren lassen. Wir waren zuversichtlich. Wir haben auch ein hohes Maß an gemeinsamem Fundament in dieser Koalition. Ich will mich bei den Kollegen Eka von Kalben und Lars Harms, aber auch beim Kabinett ausdrücklich dafür bedanken, dass das inhaltliche Fundament in dieser Koalition so groß ist, dass wir das gemeinschaftlich schaffen.

Natürlich macht eine Koalition auch Fehler, natürlich korrigiert man auch Dinge, und gelegentlich nehmen wir auch einmal einen Punkt auf, den Sie gefordert haben. Da Sie nahezu alles fordern, ist es ja gar nicht zu vermeiden, dass man ab und zu auch einmal etwas mitnimmt, was Sie gefordert haben. Im Kern ist es so, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes darauf verlassen können, dass wir sagen, was wir tun, und dass wir tun, was wir sagen. Dabei wird es auch bleiben. Damit werden wir uns den Wählerinnen und Wählern gut stellen können.

An manchen Stellen, sind wir sogar verlacht worden, zum Beispiel als wir die **Zahl der Flüchtlinge** deutlich höher als die Bundesregierung geschätzt haben. Da sind Sie hier aufgetreten und haben gesagt, das seien Horrorzahlen, das sei alles falsch.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt ja gar nicht!)

- Nicht jeder, Herr Kollege Kubicki. Guten Morgen, schön, dass auch Sie jetzt da sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich höre Ihnen schon die ganze Zeit zu! - Unruhe)

Wir haben Vorsorge getroffen und uns frühzeitig um Integration in diesem Land gekümmert. Wir haben das wirklich nicht schlecht gemacht. Das gilt für Stefan Studt und seine Leute, das gilt für ganz viele Menschen in diesem Land, die ehrenamtlich angepackt haben. Das gilt dafür, dass wir zusammen mit der Polizei und anderen rechtzeitig, auch was Sprachkurse, was Integrationspolitik angeht, etwas getan haben. Das kann sich sehen lassen. Als die Zahlen dann anstiegen und wir versucht haben, die Bundesregierung, insbesondere den Innen- und

(Dr. Ralf Stegner)

den Finanzminister, dazu zu kriegen, dass die Mittel auch kommen, haben Sie uns dafür teilweise kritisiert und nicht immer unterstützt. Dass das am Ende gut geworden ist, liegt auch an der Haltung dieser Landesregierung, die dafür vom ersten Tag an konsequent eingetreten ist. Das ist gut so.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Günther, Sie haben einen Punkt angesprochen, der morgen im Mittelpunkt steht, wenn wir über die **Kinderbetreuung** reden. Dass Sie es als schäbig bezeichnen, Familien zu entlasten, die weder reich sind noch Sozialtransfers bekommen, aber Hunderte von Euro für Kinderbetreuung bezahlen müssen, spricht wirklich Bände. Wir können gern darüber wetteifern, ob es schäbig ist, den Familien etwas zu geben oder - wie Sie es ankündigen - wieder wegzunehmen. Darüber diskutieren wir sehr gern. Wir diskutieren auch darüber, dass wir selbstverständlich sowohl den Kommunen helfen als auch in Qualität investieren als auch die Eltern entlasten.

Eins will ich an diesem Ort sagen, und ich werde es morgen wiederholen: Darauf können die Menschen sich verlassen. Das ist der Einstieg in die **Beitragsfreiheit**. Und wir werden nicht eher ruhen, als bis die Gebühren von der Krippe bis zum Studium weg sind. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist ein klarer Unterschied zu Ihnen. Die Menschen wissen das schon einzuschätzen, wenn wir diese schwierigen Kraftanstrengungen, auch die Unterrichtsversorgung auf 100 % zu bringen, auf uns nehmen, wenn wir Ihre Planungen korrigieren. Und dann stellen Sie sich hin und sagen: Wir hätten es ja auch ganz anders gemacht. - Wissen Sie: Das ist dann eben Pech. Sie werden an dem gemessen, was Sie gemacht haben, und wir werden an dem gemessen, was wir gemacht haben. Ich finde, das ist der Punkt, der billigerweise verglichen werden muss und nicht, dass Sie sagen: Wir hätten vielleicht...! - Hätte, hätte, Fahrradkette - das gilt auch für Sie! Insofern kann ich dazu, Sie hätten das alles ganz anders gemacht, nur sagen: Sie werden wahrscheinlich keine Gelegenheit bekommen, das unter Beweis zu stellen.

Und einen Punkt will ich auch noch einmal nennen: Sie stellen sich immer an die Seite des Personals und sagen: Wir tun ja alles für das Personal. Dann aber fragen Sie: Was ist eigentlich mit dem Geld geschehen? - Dann stellt Ihnen die Finanzministerin

das dar. Keinen der Punkte, den sie dargestellt hat, können Sie ernsthaft kritisieren, keinen! Oder: Ihre Aussage, die Sozialkürzungen, die wir zurückgenommen haben, würden Sie jetzt lassen, ist auch nicht die Wahrheit. Sie müssen sich wirklich entscheiden, was Sie eigentlich kritisieren wollen. Sie haben sich dazu entschieden, alles zu kritisieren. Das ist am Ende ziemlich wenig.

Ich will es heute dabei belassen, weil der Kollege Winter, der uns im Übrigen leider in Kürze verlassen wird, nachher ein paar Schwerpunkte unseres Haushalts noch einmal ausführlicher wird darstellen können, aber ich will es nicht tun, ohne zum Schluss noch einmal zu sagen: Diese Haushaltspolitik der Landesregierung und der Küstenkoalition, die das breite, inhaltliche Fundament dieser Koalition darstellt, ist gut, ist solide, die verbessert das Leben der Menschen. Das ist nämlich der Anspruch, den Politik hat: Sie ist gerechter als das, was Sie gemacht haben, und das, was Sie wollen.

Sie waren heute sehr laut, Sie waren heute sehr schrill, Sie waren heute sehr schwach: schwarz und schwach. Schwarzen Muckefuck nannte man das früher beim Kaffee, wenn der nicht echt war, und so wenig echt war Ihre Rede. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine richtige Freude, in dieser Koalition die nächste Legislaturperiode anzustreben. - Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegen die letzten Haushaltsberatungen dieser Wahlperiode. Wenn wir eine Bilanz ziehen, stellen wir fest, dass wir jetzt deutlich besser dastehen, als wir im Jahr 2012 zu hoffen gewagt hätten. Die Neuverschuldung sinkt auf 126 Millionen €, das strukturelle Defizit sinkt auf 147 Millionen €. Wir haben es in dieser Wahlperiode zum ersten Mal seit über 50 Jahren geschafft, einen Haushalt ohne Neuverschuldung abgeschlossen zu haben.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Lars Winter [SPD] und Flemming Meyer [SSW])

Voraussichtlich ab 2018 können strukturell ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden. Dabei hat Monika Heinold im Haushaltsentwurf auch noch mit Puffern im Flüchtlingsbereich geplant und das Land so aufgestellt, dass es aus Haushaltsrisiken wie steigende Zinsen vorbereitet ist. Diese Zahlen sind unsere Erfolgsbilanz, sie sind vor allem aber ein persönlicher Erfolg von unserer Finanzministerin Monika Heinold.

Trotzdem bleiben Risiken, und das größte Risiko - ich habe mich gewundert, dass das vor mir noch keiner genannt hat - ist die **HSH Nordbank**. Ich glaube, dass es wahnsinnig bitter ist, dass wir als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler alle für die Missbeschlüsse der Vergangenheit geradestehen müssen. Deshalb haben wir im Haushalt diesmal bereits eine Risikovorsorge eingestellt, um uns auch auf höhere Zinsbelastungen vorzubereiten. Allerdings - das gehört auch zur Wahrheit dazu - wissen wir noch nicht genau, was auf uns zukommt. Ich glaube, so ehrlich muss man auch in Haushaltsdebatten sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sandra Redmann [SPD] und Lars Winter [SPD])

Während im letzten Jahr die Herausforderungen für Geflüchtete die Beratungen dominiert haben, finden dieses Jahr die Beratungen vor dem Hintergrund reaktionärer Entwicklungen in unserer Gesellschaft statt. Hass und Gewalt gegen Minderheiten und eine grundsätzliche Ablehnung unserer **Demokratie und unserer Freiheitswerte** nehmen in der Bevölkerung zu. Niemand von uns kann mit Sicherheit sagen, wie es in ein oder zwei Jahren um unsere Demokratie bestellt sein wird. Diese Auseinandersetzung ist sehr grundsätzlich und wichtiger als jede Haushaltszahl. In Zeiten, in denen das Vertrauen in die Demokratie und den Staat massiv beschädigt wird, sind gut funktionierende öffentliche Institutionen besonders wichtig.

Der Haushalt muss der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Damit meinen wir ausdrücklich keine vorschnelle und teure Aufrüstung von Streifenwagen der Polizei mit Sturmgewehren, wie sie heute Morgen diskutiert worden ist, oder beispielsweise eine flächendeckende Videoüberwachung, die der CDU-Spitzenkandidat vor wenigen Tagen gefordert hat. Nein, das halten wir für falsch. Wir werden stattdessen **Polizei und Justiz** personell weiterhin stärken. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass wir eine

gut funktionierende, weiterhin aber auch eine bürgernahe Polizei und Justiz bei uns im Land haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beate Raudies [SPD] und Lars Winter [SPD])

Neben einer bürgernahen und gut ausgestatteten Polizei wollen wir Grüne unsere **Zivilgesellschaft** stärken und nicht Forderungen der Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten hinterherlaufen. Unser grüner Anspruch an den Haushalt ist es deshalb, Menschen zu unterstützen, die sich für unsere Demokratie und Freiheit engagieren. Deshalb finanzieren wir beispielsweise Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus, die Teile der Opposition vor Jahren noch als überflüssig bezeichnet haben. Deshalb unterstützen wir die ehrenamtliche Betreuung von Geflüchteten, und auch Mittel für die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund werden durch den Haushaltsentwurf der Landesregierung aufgestockt.

Es geht aber nicht nur um die Bereiche Migration und Flucht, sondern auch um andere wichtige gesellschaftspolitische Themenbereiche. Aktuelle Zahlen belegen beispielsweise, dass sich auch die Einstellung gegenüber homo-, trans- oder auch intersexuellen Menschen verschlechtert hat. Es ist deshalb richtig, Beratungsangebote oder auch Schulaufklärungsprojekte in diesem Bereich zu unterstützen. Als Küstenkoalition wollen wir unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Wir werden mit dem Haushalt 2017 die Integration und die Bildungschancen für alle weiter verbessern; denn eine offene Gesellschaft und gute Bildung sind die Maßnahmen, die wirklich nachhaltig zu mehr Sicherheit führen und dazu beitragen, rechte Populisten zu bekämpfen.

Die konjunkturelle Lage und die geringen Zinsausgaben werden nicht ewig auf diesem Niveau bleiben. Deshalb müssen wir uns natürlich auch damit auseinandersetzen, was ist, wenn wir vielleicht mal wieder eine etwas schlechtere Konjunktur haben. Ich persönlich und wir Grüne sind deshalb auch der Meinung, dass es darauf ankommt, über die **Steuerpolitik** mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt einen guten Abschluss bei den Verhandlungen zur Erbschaftsteuer bekommen. Monika Heinold kämpft da einen harten Kampf gegen Herrn Söder.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht reden Sie als CDU-Fraktion mit Ihren bayerischen Parteifreundinnen und -freunden oder

(Rasmus Andresen)

mit der bayerischen Schwesterpartei auch einmal über das Thema Erbschaftsteuer, und unterstützen Sie Monika Heinold und Wolfgang Schäuble bei diesen Verhandlungen. Das könnte helfen.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Aber natürlich wollen wir uns nicht nur im Bund für irgendetwas einsetzen, sondern auch im Land können wir konkret handeln. Wir finanzieren deshalb viele **soziale Beratungsangebote**, die Menschen in Not unterstützen, und auch das tun wir deutlich stärker als unsere Vorgängerregierung. Aber wir wissen, dass wir in dem Bereich gar nicht genug tun können. Gerade der Bereich Verbraucher- und Insolvenzberatung liegt uns Grünen auch in diesen Haushaltsberatungen besonders am Herzen. Wir glauben, dass wir da noch weiter nachsteuern müssen.

Wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner denken auch nachhaltiger, vielleicht nachhaltiger als in anderen Regionen. Das hat viel mit unserer Struktur zu tun. Wir treiben deshalb den **ökologischen Umbau** voran, und bei uns entstehen auch viele Ideen, durch energetische Sanierung, durch den Ausbau von erneuerbaren Energien, durch den Schutz unserer Meere, durch den Einsatz für eine nachhaltigere Landwirtschaft mit geringen Tierbeständen und durch die Förderung junger Start-ups, die mit kreativen Ideen mehr Nachhaltigkeit in die Unternehmenslandschaft bringen.

Mit dem Energie- und Klimaschutzgesetz, das sich noch in der Beratung befindet, werden wir neue Maßstäbe setzen, und da lohnt es sich auch jetzt schon, ganz genau zu gucken, welche Gebäude des Landes in den nächsten zehn oder 20 Jahren saniert werden müssen und welche energetischen Verbesserungen über die aktuellen Standards hinaus umgesetzt werden können. Selbst wenn sich einige Investitionen für Energieeinsparungen erst nach längerer Zeit finanziell amortisieren, bringen sie für unseren Klimaschutz auch jetzt schon einen hohen Effekt. Auch in den Haushaltsberatungen werden wir Grüne uns dafür einsetzen, dies noch stärker zu berücksichtigen. Denn wer das Klimaabkommen von Paris ernst nimmt, der muss auch bei Landesliegenschaften oder in der Energie- und Wärmeeffizienz liefern.

Schleswig-Holstein muss in die digitale Infrastruktur investieren. Das wird zukünftig viel wichtiger sein als jede Straße, zu denen Hans-Jörn Arp hier schon sämtliche Landtagsanträge gestellt hat, die man stellen kann.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Im Rahmen der Erstellung der **digitalen Agenda** waren der Kollege Koch und ich Anfang dieses Monats gerade mit der Staatskanzlei und der WTSH im Silicon Valley und in Washington DC, um uns über die Entwicklungen in den USA zu informieren. Natürlich sind die USA nicht mit uns vergleichbar, trotzdem glaube ich, dass man von dem Mut, Innovationen auszuprobieren und junge Menschen zu ermutigen, sich mit spannenden Projekten selbstständig zu machen, durchaus etwas lernen kann.

Das gilt beispielsweise auch für die Ausgründung innovativer Start-ups an unseren Hochschulen. Die Ausgründungszentren an unseren Hochschulen leisten bereits gute Arbeit. Wir müssen sie aber weiter stärken. Das hängt oft von wenigen Stellen und Projektfinanzierungen ab. Wenn unser Land auch wirtschaftspolitisch eine Zukunft haben will, dann sollten wir mehr für unsere jungen Start-ups tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Wolfgang Kubicki [FDP] und Uli König [PIRATEN])

Digitale Infrastruktur ist natürlich auch dafür die Grundlage.

Wir werden beim **Breitbandausbau** auch mit diesem Haushalt die nächsten Schritte gehen. Was uns besonders freut, ist, dass es endlich auch ein Ziel gibt, unsere Schulen besser mit Breitbandanschlüssen zu versorgen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Bisher haben nur 12 % unserer Schulen Breitbandanschlüsse. Das soll sich ändern. In den nächsten fünf Jahren wollen wir alle Schulen mit Breitband versorgen. Das ist genau der richtige Weg, das hat unsere Unterstützung.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Aber natürlich geht es uns nicht nur um Infrastruktur. Das ist - ich weiß nicht, ob ich für den Kollegen Koch sprechen kann - mir und anderen auf der Tour deutlich geworden. Digitalisierung ist natürlich ein Querschnittsthema.

Dazu gehört auch, **Datenschutz** stärker zu berücksichtigen. Genau deshalb wollen wir mit dem Landesdatenschutzzentrum über ethische Grenzen bei der Frage der Digitalisierung sprechen und sie für diese Auseinandersetzung fit machen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Andresen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten König?

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Uli König** [PIRATEN]: Vielen Dank. - Ich muss neidlos anerkennen, dass der Glasfaserausbau in Schleswig-Holstein im ländlichen Raum schon ganz gut ist, Herr Andresen. Wir dürfen aber die Städte nicht abhängen. Wie wollen Sie denn den **Glasfaserausbau** in den **Städten** voranbringen? Im Land haben wir schon an sehr vielen Orten Glasfaser. Das ist sehr gut. Was aber sehr schlecht ist, ist, dass wir in den Städten fast durchweg keine Glasfaser haben. Was wollen Sie machen, um das da auszubauen?

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es gibt durchaus Strategien. Wir haben diese Debatte auch schon einmal hier im Landtag geführt. Es gibt ein **Konzept** der Landesregierung zusammen mit verschiedenen Akteuren, auch mit privaten Akteuren, mit Fördermitteln auf unterschiedlichen Ebenen, bei dem das hineingehört. Die Landesregierung ist gerade dabei, die digitale Agenda aufzustellen. Es wird dieses Jahr, glaube ich, abgeschlossen. Dann werden wir hier im Landtag noch Gelegenheit haben, diese Fragen konkret zu erörtern. Dass in diesem Bereich gar nichts passiert, stimmt nicht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Unsere Koalition entwickelt auch ein neues Konzept zur **Medienkompetenz**. Das ist nötig geworden, weil es durch fehlende Rundfunkbeiträge zu Veränderungen in diesem Bereich kommt. Das Ganze nutzen wir, um die Medienkompetenz bei uns neu aufzustellen. Dafür werden wir Mittel in den Haushalt einstellen.

Menschen, unabhängig davon, in welchem Alter sie sind, müssen es stärker lernen, es besser bewältigen, sich digital genauso selbstverständlich zu bewegen, wie sie es offline tun. Dazu wollen wir Projekte stärken, die es schon gibt. Dazu gibt es beispielsweise Ansätze an einigen unserer Hochschulen, an der Universität in Flensburg, an der Fachhochschule in Lübeck oder beispielsweise ge-

meinsam mit dem Landesdatenschutzzentrum, aber auch mit dem Offenen Kanal.

Bereits jetzt ziehen kreative Unternehmerinnen und Unternehmer aufgrund unserer Landschaft, der Nähe zum Wasser und der Möglichkeit, zu segeln, nach Schleswig-Holstein. Das freut uns sehr. Wenn wir es schaffen, zukünftig Unternehmer durch eine gute digitale Infrastruktur noch stärker nach Schleswig-Holstein zu locken, und es möglich machen, dass man Unternehmen in Zukunft vom Strand aus managen kann, dann bin ich um die Zukunft unseres Landes nicht bange.

Aber auch große Unternehmen wie beispielsweise Apple oder andere, die stärker auf erneuerbare Energien setzen, sind interessant. Apple ist ein gutes Beispiel, weil es gerade ein Rechenzentrum in Dänemark baut und den Standortvorteil, den Dänemark mit seinen erneuerbaren Energien hat, für sich nutzt, weil das Unternehmen mehr über ökologische Nachhaltigkeit beim Energieverbrauch nachdenkt. Auch das sind sicherlich interessante Ansätze, die in unserer Wirtschaftspolitik ankommen dürfen.

Wir dürfen trotz diesem starken Schwerpunkt auf Digitalisierung andere Bereiche in der **Infrastruktur** nicht vernachlässigen. Das ist ganz klar. Wir setzen deshalb bei der Sanierung das um, was eigentlich schon längst hätte getan werden müssen. Gerade ich als etwas jüngerer Abgeordneter finde es unfassbar, wie fahrlässig und wenig nachhaltig in den letzten Jahrzehnten mit unserer Infrastruktur umgegangen wurde.

Ich bin deshalb auch unserer Finanzministerin dankbar, dass sie mit IMPULS ein Programm auf den Weg gebracht hat, mit dem unsere Infrastruktur Stück für Stück bis 2030 saniert werden kann. Natürlich kann es immer schneller gehen, das ist ganz klar. Aber man darf nicht vergessen, dass wir alle weniger Schulden machen müssen und gleichzeitig die Sanierung von Gebäuden oder Straßen nicht vernachlässigen dürfen.

Trotzdem ist unsere **Investitionsquote** gering. Die Kollegen haben schon etwas dazu gesagt. Das stimmt. Ich glaube aber, dass sie als alleiniger Gradmesser in diesen Debatten nicht mehr herhalten kann.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen werden durch die Haushaltssystematik nur ganz bestimmte Titel eingerechnet. Viel von dem, was wir für Bildung ausgeben, zählt nicht für die Investiti-



(Rasmus Andresen)

onsquote, ist aber ein super wichtiger Zukunftsbe-  
reich. Genau deshalb glauben wir, dass das ein  
Grund ist, aus dem die Investitionsquote kein wirk-  
licher Zukunftsindikator ist.

Das andere ist, dass Bauprojekte, wenn sie durch  
Werkverträge realisiert werden, beispielsweise  
beim Breitbandausbau, auch keine Berücksichti-  
gung in der Investitionsquote finden. Trotzdem sind  
wir uns alle einig, dass das ein guter Weg ist, und  
es wichtig ist, so vorzugehen.

Das Nächste ist, dass, wenn sich das Haushaltsvolu-  
men insgesamt vergrößert, etwa durch mehr Ein-  
nahmen oder durch durchlaufende Posten vom  
Bund an die Kommunen, die Investitionsquote  
sinkt, wir aber nicht weniger investiert haben - als  
hätten wir die Bundesmittel nicht erhalten, die wir  
an die Kommunen weitergeben müssen.

Das heißt, Infrastrukturpolitik kann man nicht nur  
an einer einzigen Zahl festmachen. Das wissen Sie  
eigentlich auch. Deswegen erwarte ich, dass Sie in  
diesem Bereich ehrlich agieren.

Trotz der guten Lage ist unser Land immer noch ein  
**Konsolidierungsland**. Wir werden absehbar einen  
ausgeglichenen Haushalt erreichen. Die Finanzpla-  
nung geht davon aus. Zu diesem Zeitpunkt muss  
man einmal daran erinnern, dass die Union uns  
mehrfach vorgeworfen hat - das war 2012 der  
Hauptvorwurf -, dass wir die Schuldengrenze rei-  
ßen würden. Es ist aber nie dazu gekommen. Trotz  
aller Fragestellungen, die wir hatten, beispielsweise  
Ausgaben für den Bereich Geflüchtete, ist es nie  
dazu gekommen.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Man muss einmal feststellen, dass Ihre Politik nicht  
funktioniert, dass Sie als Wahrsager gänzlich ver-  
sagt haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SPD)

Im Gegenteil, wir sind sogar besser aufgestellt. Wir  
haben sogar 2.000 mehr Lehrerstellen im System  
gelassen, als es Ihr Plan war. Der kommunale Fi-  
nanzausgleich wurde aufgestockt. Die Verschul-  
dung ist geringer geworden. Alles das ist passiert.  
Alles das sind Fakten in unserem Land.

Wir hören dann häufig: „Aber die Steuereinnah-  
men! Sie haben doch viel mehr Steuereinnahmen,  
als wir vor fünf Jahren hatten!“ Die Kollegen Steg-  
ner und Heinold haben schon eine ganze Menge da-  
zu gesagt. **Rekordsteuereinnahmen** gab es seit

dem Krieg in fast jedem Jahr. Es gab ein, zwei Aus-  
nahmen, in denen Bund und Land keine Rekord-  
steuereinnahmen hatten. Deswegen ist das keine  
Besonderheit, Herr Kollege Koch, dass Bund und  
Länder Rekordsteuereinnahmen haben.

Ich will die Zahlen gern wiederholen, weil ich bei  
Teilen der Rede von Herrn Günther den Eindruck  
hatte, dass Sie Frau Heinold nicht zugehört und  
ausgeblendet haben, was sie an Zahlen genannt hat.  
Was ist denn mit dem Geld passiert? Was ist mit  
den 3 Milliarden € Steuermehreinnahmen passiert,  
die wir mehr hatten und die Sie noch nicht hatten? -  
Davon gehen 1,24 Milliarden € in die Senkung der  
Nettoneuverschuldung. Ich frage mich: Was kriti-  
sieren Sie daran?

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Ist das etwas, was Sie kritisieren? Finden Sie das  
falsch? Ich glaube, nicht.

1,1 Milliarden € geben wir für Tarifsteigerungen,  
für Beihilfe, für Versorgung und für sozialgesetzli-  
che Leistungen aus. Das alles ist etwas, von dem  
ich von Ihnen gehört habe, dass Sie eigentlich noch  
viel mehr wollten. Auch da fällt unsere Bilanz nicht  
so schlecht aus.

500 Millionen € - das ist von Vorrednern schon ge-  
sagt worden - gehen in den kommunalen Finanz-  
ausgleich. Auch da erinnere ich mich nicht, dass  
Sie uns vorgeworfen haben, wir gäben den Kom-  
munen zu viel Geld. Das habe ich auch in Ihrer Re-  
de eben nicht gehört. Nein, im Gegenteil, es soll  
immer mehr sein.

Es bleiben noch 611 Millionen €, die wir mehr für  
den Asylbereich ausgegeben haben. Dazu hat Frau  
Heinold schon versöhnliche Worte gesprochen.  
Viele von Ihnen haben geklatscht. Insofern gehe ich  
davon aus, dass Sie da nicht dran wollen.

Ich frage Sie dann allerdings: Was davon war  
falsch? Das sind die Hauptblöcke bei den Ausgaben  
von den Steuermehreinnahmen. Was davon hätten  
Sie anders gemacht? Ich verstehe es schlichtweg  
nicht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SPD)

**Bildung** ist und bleibt unser Schwerpunkt in der  
Koalition. Deshalb geben wir trotz Haushaltskonsol-  
idierung auch wesentlich mehr für Bildung aus als  
vorher. Deswegen war es auch konsequent, dass die  
Bundesmittel für finanzschwache Kommunen, für  
Kitas und für Schulen eingesetzt werden sollen.  
Einmal ehrlich: Schaut man sich an, wie marode



**(Rasmus Andresen)**

unsere Schulen zum Großteil sind, sollten wir uns keine Schaukämpfe über Verwendungszwecke liefern, sondern lieber gemeinsam alles dafür tun, unsere Schulen zu sanieren.

Die Kommunen wissen, was ihnen zusteht, und müssen sich kein Wettrennen liefern, um möglichst schnell Anträge zu stellen. Das Geld soll nicht in kleinen Beträgen verpuffen, sondern spürbar wirken. Ich fand Folgendes ganz interessant: Frau Nicolaisen, Sie waren in Flensburg. - Sie ist gar nicht hier, oder? Dann erzähle ich es Ihnen einfach so. - Frau Nicolaisen war in Flensburg und hat bei unserem Kämmerer Unterstützung für die Position, die Sie als **CDU-Fraktion** formuliert haben, gesucht und hat sie nicht gefunden. Der Flensburger Kämmerer, Henning Brüggemann, hat sehr deutlich gemacht, dass er die Schwerpunktsetzung der Landesregierung in diesem Bereich richtig findet, und deutlich gemacht, dass Flensburg mit diesem Geld sehr gut etwas anfangen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe SPD: Hört! Hört!)

Anders sieht es bei Ihnen aus, Herr Kollege Günther. Sie haben überhaupt keine Linie. Die Versprechen, die Sie an einem Tag machen, müssen am nächsten Tag wieder einkassiert werden. Da die Zeit ja sehr schnelllebig ist, möchte ich an Herrn Bernstein erinnern, der im Februar 1.200 zusätzliche Stellen bei der Polizei gefordert hat und der Herr Kollege Koch ihn am nächsten Tag zurückpfeifen musste.

Auf der Wunschliste Ihrer Abgeordneten stehen aber auch noch ein paar andere Wünsche, beispielsweise zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, eine Mengenprämie für Milch, Stellen im Landesrechnungshof, eine sofortige Unterrichtsversorgung von über 100 % und mehr Geld für Kommunen zur Krankenhausfinanzierung, Kitas und eine Anhebung des kommunalen Finanzausgleichs. Das alles sind Forderungen von CDU-Abgeordneten aus dem letzten Jahr.

Seit Montag kommt dann auch noch der schnellere Breitbandausbau hinzu, den der Spitzenkandidat der CDU gefordert hat. Das alles sind viele sympathische Punkte. Wie das aber alles funktionieren soll, wie das in den Haushalt passen soll, das erklären Sie uns jedoch nicht.

Aber auch die **FDP** macht mitunter kostenintensive und interessante Vorschläge. Ich bin gespannt, ob Sie es schaffen, diese Anträge auch bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen. Ich denke zum Beispiel an die Forderung

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege, Sie kommen ja gleich an die Reihe -, die Sie im Februar 2016 in den „Lübecker Nachrichten“ erhoben haben, höhere Beamtengehälter zu zahlen, oder zum Beispiel an das Gutachten über eine Langzeitstudie zum Infraschall, die Sie gefordert haben, obwohl Sie uns oder der Regierung auf der anderen Seite vorwerfen, dass wir zu viele externe Beratungsleistungen in Anspruch nähmen. Auch das passt meiner Ansicht nach nicht zusammen.

Im Übrigen stellt der **Stabilitätsrat** - das ist für uns wichtiger als die Bewertung durch die Opposition - unserer Finanzministerin regelmäßig gute Zeugnisse aus, und zwar auch deshalb, weil wir mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer einen wesentlichen Beitrag für nachhaltig höhere Einnahmen geschaffen haben. Davon profitieren nicht nur das Land, sondern eben auch die Kommunen, die dadurch zurzeit mit 18 % beziehungsweise 23 Millionen € im Jahr erhebliche Einnahmesteigerungen verbuchen können.

Dem Land wurde dadurch ermöglicht, parallel zu dem Personalabbau, der natürlich weiterhin stattfindet, Schwerpunkte zu setzen und dort, wo es nötig ist, auch Personal einzustellen, beispielsweise bei den Lehrkräften oder auch im Polizeibereich.

Es gibt allerdings noch immer viel zu tun. Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt stellt sich inzwischen ein bisschen anders dar, als dies noch im letzten Jahr der Fall war. Dafür müssen wir weitere Investitionen vornehmen, und wir müssen unsere kluge Haushaltspolitik fortsetzen. Ich glaube, dass wir das in dieser Regierungskoalition mit der SPD, den Grünen und dem SSW sehr gut hinbekommen, zumal wir noch viele Jahre gemeinsam regieren werden. Darauf freuen wir Grüne uns, jetzt aber erst mal auf die anstehenden Haushaltsberatungen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat das Wort - - Nein, Moment! Für die FDP-Fraktion - selbstverständlich; das hätte ja schiefgehen können - hat das Wort der Herr Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki. - Herr Fraktionsvorsitzender, ich bitte um Entschuldigung.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, ich weiß die Verhandlungsführung bei Ihnen in guten Händen; deshalb muss ich mir insoweit auch keine Sorgen machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben auch in der heutigen Haushaltsdebatte wirklich Erstaunliches. Man muss sehen: Der Kollege Stegner hat seiner Ankündigung, es ist Wahlkampftag, sofort Taten folgen lassen. Ich weiß, dass er rhetorisch sehr anspruchsvolle und brillante Reden halten kann, aber heute war das ein bisschen wirr, Herr Kollege Stegner. Den Kollegen Günther in dieser Art und Weise anzugreifen, ist deshalb sinnlos, weil er nicht Spitzenkandidat der CDU ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es wäre vielleicht angemessen gewesen, wenn die Finanzministerin nicht eine Rede zum Abschied gehalten hätte, sondern eine Rede zur Zukunft des Landes Schleswig-Holstein.

Wir erleben also Erstaunliches. Heute Morgen bin ich fast aus dem Bett gefallen, als ich die Aussage der Finanzministerin gehört habe, die **Verkehrspolitik der Grünen** müsse sich völlig ändern, man müsse den Widerstand gegen Straßenbaumaßnahmen aufgeben, der dazu geführt habe, dass große Infrastrukturmaßnahmen in Schleswig-Holstein bisher nicht gebaut worden seien. Ich beglückwünsche Sie zu dieser Haltung, dass die A 20 nun kommen muss. Das gilt auch für das Thema Elbquerung.

(Beifall FDP und CDU)

Der Minister für Umwelt und Landwirtschaft erklärt eine 180-Grad-Wendung im Bereich der inneren Sicherheit und der Polizei. Wahrscheinlich ist das der Tatsache geschuldet, dass er auf Bundesebene Chef der Grünen werden will, weshalb eine Anpassung an die Notwendigkeiten erforderlich ist.

Aber ich sage Ihnen: In weiten Teilen zeigt die Landesregierung in diesem Haushalt eindrucksvoll auf, dass sie nicht in der Lage ist, eigenverantwortlich für die erfolgreiche Zukunft des Landes zu sorgen.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Hans-Jörn Arp [CDU])

So gibt es verschiedene Anhaltspunkte im und neben dem Haushaltsplan, wonach Probleme im Infrastrukturbereich wissentlich vernachlässigt und vergrößert werden.

Innenminister Studt rief das Jahr 2016 als Jahr der **Integration** aus, und es stellt sich die Frage, ob die Landesregierung das Thema Integration - insbesondere die Arbeitsmarktintegration - ernsthaft behandelt. Denn mangelnde, fehlende oder gar vernachlässigte Integration hat immense Folgen sowohl gesellschaftlicher als auch wirtschaftlicher Art.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mich perspektivisch dem Landeshaushalt 2017 zuwende, möchte ich unter Zuhilfenahme der aktuellen Bemerkungen des Landesrechnungshofs einen Rückblick auf die Landesfinanzen der Küstenkoalition vornehmen. Der Rechnungshof gilt ja gemeinhin und schon von Verfassung wegen als unabhängige Instanz. Unter der Rubrik „Aktuelle Haushaltslage“ titelt der Landesrechnungshof - ich zitiere -:

„Höchster Ausgabenanstieg seit 20 Jahren - Im Jahr 2015 flossen dem Land Mehreinnahmen von 1 Milliarde € zu. Davon steckte es den größten Teil - mehr als 700 Millionen € - in zusätzliche Ausgaben. Mit über 7 % ist dies der höchste Ausgabenanstieg seit über 20 Jahren. Gleichzeitig verharren die Investition auf einem historisch niedrigen Niveau.“

Die bereinigten **Ausgaben** haben sich seit 2010, Frau Finanzministerin, um 3,3 Milliarden € auf nunmehr 11,3 Milliarden € erhöht. Das bedeutet eine Steigerung in den letzten sieben Jahren um knapp 42 %.

Während die Landesregierung unter Schwarz-Gelb die positiven Einnahmeentwicklungen auch als Verantwortung angenommen hat, die Ausgaben zu senken, hat diese Landesregierung im Zeitraum 2012 bis 2017 eine Ausgabensteigerung in Höhe von 2,1 Milliarden € zu verzeichnen.

Während Schwarz-Gelb in den Haushaltsjahren Investitionsausgaben in Höhe von 2,7 Milliarden € insgesamt zu verantworten hatte - im Durchschnitt sind dies 910,3 Millionen € pro Jahr -, bringt es diese Landesregierung in ihrer Regierungszeit auf 3,7 Milliarden €, also im Durchschnitt auf 746,4 Millionen € pro Jahr. Das ergibt eine durchschnittliche Differenz von 164 Millionen € pro Jahr, die die jetzige Landesregierung weniger an Investitionen tätigt, obwohl die Einnahmesituation nicht nur bestens, sondern glänzend ist.

Eine **Investitionsquote** von unter 7 % ist nicht nur ein Armutszeugnis der Finanzpolitik, es ist die Verweigerung von Wirklichkeiten, die man selbst längst erkannt hat. Ich möchte hier nicht Peer Steinbrück zitieren, der hier von diesem Pult aus einmal gesagt hat, weniger als 10 % Investitionsquote sei-

(Wolfgang Kubicki)

en ein Verbrechen an der Zukunft des Landes. Immerhin ist er ja einmal Bundeskanzlerkandidat der SPD gewesen. Nein, ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten selbst zitieren, der in seiner Regierungserklärung „Zweieinhalb Jahre Rot-Grün-Blau - Erfolgreiche Arbeit für unser Land“ vom 12. November 2014 Folgendes erklärte:

„Wir wissen: Investitionen in unser Land sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg dieses Landes. Wir wissen, dass wir Geldschulden nicht länger durch Betonschulden ersetzen dürfen, etwa indem wir Straßen und Brücken nicht mehr reparieren. Deswegen war es mir ein besonderes Anliegen, dass es schon in der Nachschiebeliste gelungen ist, die Investitionsquote spürbar über 7 % zu erhöhen. Das ist ein wichtiges Zeichen.“

In der zweiten Lesung zum Haushalt 2015 am 11. Dezember 2014 wurde die Investitionsquote vom Ministerpräsidenten erneut pragmatisch und, wie ich finde, rhetorisch brillant analysiert. Ich zitiere:

„Eine Investitionsquote von 7,3 % kann nicht zufriedenstellen. Wie könnte dies auch sein? Eine Quote von 7,3 % ist eine Quote, die nicht zufriedenstellt.“

(Lachen und Beifall FDP)

Im Ergebnis zum Haushaltsabschluss 2015 hat die Landesregierung immerhin stolze 7,1 % erreicht. Als Erinnerungsstütze: Im Haushaltsentwurf 2017 peilt die Landesregierung ambitionierte 6,8 % an. Wenn also 7,3 % nicht zufriedenstellend sind, Herr Kollege Rasmus Andresen, was sind dann 6,8 %?

Diese Finanzpolitik hat nichts mit der Zukunftsentwicklung dieses Landes zu tun. Es ist die in einen Haushalt gegossene Zukunftsverweigerung.

Kommen wir zum sogenannten **Infrastrukturmodernisierungsprogramm** des Landes „IMPULS 2030“. Der neue Einzelplan 16 ist ein Sammelsurium an Positionen, die der finanzpolitische Sachverständige nicht als Sonderprogramm deklarieren muss, sondern als zwingend erforderliche Investitionen in einem laufenden Haushalt unterbringen würde.

(Beifall FDP)

Was diese Landesregierung als Investitionsbonbon bezeichnet, ist reines Blendwerk. Ein Programm, das langfristig in der Finanzplanung eine Investitionsquote von unter 7 % vorweist, ist kein Investitionsprogramm, sondern ein Investitionsverhinderungsprogramm.

Fünf Jahre rot-grün-blaues Regierungshandeln haben die soliden Finanz- und Konsolidierungsgrundlagen, die von Schwarz-Gelb geschaffen worden sind, ausgehöhlt. Ihr Anteil an der Konsolidierung beschränkt sich lediglich auf die Erhöhung von Steuern und die Senkung der Investitionsausgaben. Wer hier gesagt hat, er könne Haushalt, der sollte lieber schweigen.

(Beifall FDP)

Nicht nur die Finanzgrundmauern des Landes sind durchlöchert, es sind auch unsere **Straßen**. Neuerdings gibt es hierzulande nicht nur Schlaglöcher in den Straßen, sondern auch Wellen - falls Sie noch nicht fündig geworden sind: auf der neu asphaltierten A 210 zwischen Kiel und Rendsburg.

Der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ vom 14. September 2016 konnten wir Folgendes entnehmen:

„Zwischen Kiel und Rendsburg: Neuer Asphalt auf A 210 schlägt Wellen.“

In dem Artikel heißt es:

„An mehreren Stellen auf der rund 7 km langen Strecke ist die Oberschicht nicht vollständig eben. Die neue Straßendecke ist dort wellig. Bereits jetzt ist klar: Repariert werden die Stellen nicht.“

Der Erlebnisfaktor Straße in Schleswig-Holstein ist nun endlich perfekt. Ob Stau, Geisterbaustellen, marode Brücken, Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund niedrig fliegender Fledermäuse, aufgrund von Löchern oder Wellen - ganz gleich: In Schleswig-Holstein bekommen die Verkehrsteilnehmer etwas geboten.

(Zurufe)

Dies ist vielleicht ein Aspekt, um den der Verkehrs- und Tourismusminister die Imagekampagne „Der echte Norden“ erweitern sollte.

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was bedeuten die schlechten Straßen für die Menschen und Unternehmen in Schleswig-Holstein? - Der Landesstraßenzustandsbericht, Drucksache 18/2066 - er ist übrigens von der Regierung, nicht von uns, der Opposition -, wird bei diesem Punkt mehr als deutlich. Ich zitiere:

„Der schlechte Zustand der Landesstraßen bewirkt erhebliche volkswirtschaftliche Nachteile. Allein aus Reisezeitverlusten aufgrund von Verkehrsbeschränkungen ergeben

(Wolfgang Kubicki)

sich nach überschläglicher Ermittlung bei einer durchschnittlich belasteten Landesstraße jährlich zusätzliche Nutzerkosten im Wirtschaftsverkehr in Höhe von 50.000 € je km schadhafter Landesstraße ...“

Wir haben insgesamt 3.670 km **Landesstraßen**. Davon waren nach Angaben des Landesstraßenzustandsberichts im Jahre 2014 ein Drittel, nämlich 1.223 km, in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Damit entstand schon damals ein **volkswirtschaftlicher Schaden** in Höhe von 61 Millionen €.

In dem Bericht heißt es weiter:

„Die resultierenden Folgeschäden durch Verlust von Arbeitsplätzen und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des Landes sind deutlich weitreichender.“

Ist das Ihre Art der Wirtschafts- und Standortpolitik? Sorgen Sie so für gute Arbeit?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Landesregierung den Ansatz des Titels für Investitionen beim **Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr** um 10 Millionen € für das nächste Haushaltsjahr auf knapp 53,1 Millionen € erhöht, ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbst wenn wir noch den Ansatz aus IMPULS 2030 in Höhe von 13,6 Millionen € für das Jahr 2017 hinzurechnen, erreichen wir eine Gesamtinvestitionssumme für die Landesstraßen von 66,7 Millionen €, Kollege Andresen. So weit kann man folgen. Doch laut dem Landesstraßenzustandsbericht dieser Landesregierung ist der jährliche Bedarf, um die Landesstraßen zu erhalten, weitaus höher. Ich zitiere:

„Nach den Hochrechnungen des PMS“

- Pavement Management System -

„werden in den kommenden 10 Jahren Bauinvestitionen in die Erhaltung der Landesstraßen in Höhe von 90 Millionen €/Jahr ... erforderlich, um den Erhaltungsstau abzubauen.“

Sie können berechnen, dass uns da jedes Jahr 30 Millionen € fehlen. Das ist allein die Prognose, da das Erreichen des Jahres 2030 schlicht und ergreifend Unsinn ist, weil Sie nach eigenen Berechnungen mit den Mitteln gar nicht auskommen.

(Beifall FDP)

Die Landesregierung investiert also trotz Mehreinnahmen immer noch etwa ein Drittel zu wenig in die Landesstraßen. Die volkswirtschaftlichen Schä-

den, die damit verbunden sind, werden in Kauf genommen und einfach auf die künftigen Generationen abgewälzt. Herr Andresen, das hätten Sie in Ihrem Alter doch auch sagen müssen, denn das ist das, was Sie belasten wird. Das ist nicht sozial, das ist nicht wirtschaftlich, das ist unter dem Strich wirklich verantwortungslos.

(Beifall FDP)

Wie kann man marode Straßen oder Brücken reparieren? Bevor die Maschinen und Großgeräte anrücken, müssen fleißige Ingenieure die Projekte planen. Es überrascht nicht im Geringsten, dass das Verkehrsministerium in seinem Bericht zum Erhaltungskonzept für Brücken im Zuge der Landesstraßen vom 8. April 2016, Umdruck 18/5846, festhält:

„Weiterer Personalabbau ist nicht zielführend, um den Erhalt beziehungsweise die Verbesserung der Straßeninfrastruktur zu gewährleisten.“

Darauf reagierte Staatssekretär Nägele gegenüber den „Lübecker Nachrichten“ vom 25. Mai 2016 optimistisch in puncto Regierungswechsel. Ich zitiere:

„Bis zur Landtagswahl im Mai 2017 habe man alle Aufgaben im Griff. Dann aber müsse eine neue Regierung in der Tat neu darüber debattieren, ob die Stellen beim LBV tatsächlich weiter gekürzt werden sollen.“

Das stammt aus dem Mai dieses Jahres. Wirklichkeitsverweigerung ist das Markenzeichen dieser Regierung. Die FDP-Fraktion hat stets durch Kleine Anfragen oder Initiativen auf die **fehlenden Planungskapazitäten** beim Landesbetrieb Straßenbau hingewiesen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, ich komme noch darauf, denn der Herr Wirtschaftsminister hat in seiner unnachahmlichen optimistischen Art gesagt: Wo soll ich die Ingenieure denn hernehmen? Ich sage: Wie wäre es mit Einstellen? - In Bayern hat man beispielsweise keine Probleme bei der Rekrutierung von Planungsingenieuren. Warum haben wir diese? - Diese Frage müssen wir doch beantworten.

Am 10. September 2016 titelte der „sh:z“:

„Meyer fordert mehr Personal für Verkehrsplanung“

Darin wird der Minister wie folgt zitiert:

„Notwendig sei eine Diskussion über den Stellenabbaupfad bei unserem Landesbetrieb.“

(Wolfgang Kubicki)

Diese Aussage ist - gelinde formuliert - eine Farce. Weniger Rückgrat kann man als Minister nicht beweisen, Herr Minister Meyer. Sechs Monate vor der nächsten Landtagswahl mit wichtigen, sogar entscheidenden Struktur- und Ablaufdiskussionen beginnen wollen, zeugt von wenig Weitsicht und von sehr viel Wahlkampf kalkül.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wo waren Sie in den letzten viereinhalb Jahren? Waren Sie nicht der Verkehrsminister dieses Landes?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erwähnte zu Beginn meiner Rede, dass sich Schleswig-Holstein im **Jahr der Integration** befindet. Ich finde es tatsächlich bemerkenswert, dass - anders als anderswo - bei uns im Parlament über die Frage der Bewältigung der Flüchtlingskrise keine Fundamentaldebatten geführt werden, sondern dass wir pragmatisch an die Sache herangegangen sind. Spracherwerb und Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt sind entscheidende Faktoren zur Integration der vielen Flüchtlinge, die in den letzten beiden Jahren zu uns gekommen sind. Schauen wir uns an dieser Stelle den Haushaltsentwurf zum Thema Arbeitsmarktintegration, genauer gesagt das Kapitel 06 13, „Arbeit und Qualifikation“, etwas genauer an, Herr Kollege Dr. Stegner.

Im Jahr 2016 betrug der Ansatz für Maßnahmen zur **Arbeitsmarktintegration** 4 Millionen €. Die bereinigten Ausgaben des Landes betragen 2016 etwa 11 Milliarden €. Das heißt, der Anteil für Arbeitsmarktintegration beträgt demnach 0,036 % der Landesausgaben, wohlgermerkt im Jahr der Integration.

Für das Jahr 2017 gibt es nun eine eigene Maßnahmengruppe 01 „Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“. Deren Ansätze verwundern angesichts der doch unmissverständlichen Schwerpunktsetzung Integration in einem nicht unerheblichen Ausmaß. Das Soll für 2017 - wohlgermerkt das Jahr nach dem Jahr der Integration - der besagten Maßnahmengruppe beträgt nun 5,3 Millionen €. Damit beträgt der Anteil an den Gesamtausgaben dann immerhin schon stolze 0,046 %. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 0,01 % bei einer Herkulesaufgabe, die über den weiteren Zusammenhalt unserer Gesellschaft bestimmen wird. Diese Landesregierung meint es wirklich ernst beim Thema Integration.

Dank unserer Kleinen Anfrage, Drucksache 18/4579, wissen wir, dass im Bereich der Arbeitsmarktintegration nicht getrödeln werden darf. Ich zitiere:

„In Schleswig-Holstein waren im August 2016 13.217 Personen mit dem Kontext Fluchtmigration arbeitsuchend gemeldet.“

Weiter heißt es:

„Nach Einschätzung der Landesregierung dürfte die Zahl aber in dem Umfang, in dem das BAMF die anhängigen Verfahren bei aktuell ansteigender Tendenz abarbeitet, zum Jahresende merklich steigen.“

Das dürfte jedem klar sein. Das heißt, der Anteil derjenigen, die bei uns mit Migrationshintergrund arbeitsuchend sind, wird aufgrund der Aktivitäten des BAMF, die Asylverfahren schneller zu erledigen, deutlich ansteigen.

Das einzige **arbeitsmarktpolitische Integrationsinstrument** der Landesregierung ist das sogenannte Programm „Begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung in Schleswig-Holstein“, kurz BÜFAA.SH, das aus den eben genannten Haushaltstiteln finanziert wird und aus dem bis zu 2.000 Teilnehmer gefördert werden können.

Nun ist die FDP-Fraktion sehr interessiert an der Wirksamkeit und dem Erfolg dieses Programmes, denn Effizienz ist immer eine unserer wesentlichen Fragestellungen gewesen. Es reicht ja nicht aus, Geld zu verteilen, sondern man muss auch gucken: Kommt es an, ist es zielgenau ausgegeben worden? Hat sich das, was wir damit erreichen wollten, bewährt?

Wir haben uns erkundigt mit Drucksache 18/4503 und haben folgende Antwort erhalten, aus der ich zitiere:

„Von Trägern gestellte Anträge konnten für circa 1.600 Teilnehmer/-innen berücksichtigt werden ... Es ist davon auszugehen, dass die im Haushalt insgesamt veranschlagten Fördermittel nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden. Konkrete Zahlen liegen nicht vor.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Jahr der Integration war offenkundig ein voller Erfolg. Wenn die Landesregierung nicht einmal selbst weiß, wie stark die Nachfrage nach den eigenen Instrumenten ist: Wie kann sie dann wissen, ob diese Maßnahmen sinnvoll sind oder was man machen muss, um sie sinnvoll zu gestalten?

Dass sich aufgrund der Zurückhaltung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie nun andere Häuser, ich meine hier im Speziellen das Ministerium für Energiewende, Landwirt-

(Wolfgang Kubicki)

schaft, Umwelt und ländliche Räume, aufgerufen fühlen, sich bei der **Integration von Flüchtlingen** einzubringen, ist eigentlich löblich. Ich frage mich aber dennoch, was Minister Habeck konkret mit einer zusätzlichen A-12-Stelle im **MELUR** anfangen will, die mit folgender Bemerkung im Haushaltsentwurf 2017 zu finden ist: „Integration von Flüchtlingen in den ländlichen Raum“? Dafür brauchen wir eine Stelle im Ministerium. Wir werden in den Haushaltsberatungen gespannt den Ausführungen von Herrn Habeck zu diesem Punkt folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich die Landesregierung in Teilen durch die Flüchtlingskrise personell verstärken musste und auch muss, ist unstrittig. Doch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einige Ministerien und Abteilungen die Gunst der Stunde erkannt und sofort ergriffen haben. Es muss im Zuge der Entspannung im Bereich der Flüchtlingszahlen eine nachvollziehbare und erkennbare **Bedarfsanalyse** geben, inwieweit die neu geschaffenen Stellen, und wir reden hier über 1.001 neu geschaffene Stellen, überflüssig sind beziehungsweise in anderen Bereichen besser zum Einsatz kommen können.

Dasselbe gilt für manchen **Haushaltstitel**, der im Zuge der **Flüchtlingskrise** geschaffen worden ist. Die Landesregierung darf nicht wie bisher nach dem Gießkannenprinzip vorgehen. Wir brauchen gezielte und erfolgreiche Integrationsmaßnahmen.

(Beifall FDP)

Es ist jetzt endlich an der Zeit, Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise stehen, zu kontrollieren und zu analysieren. Darauf hat die Gesellschaft, darauf haben alle einen Anspruch.

Unabhängig vom Personaleinsatz ist es dringend notwendig, dass die Arbeitsmarktintegration endlich und vor allem kraftvoll beginnt. Wenn es uns gelingt, die Flüchtlinge sinnvoll zu beschäftigen und ihnen eine berufliche Perspektive zu bieten, sinkt die Gefahr der Desintegration und der Separierung. Gute **berufliche Perspektiven** sind das beste Mittel, um **Parallelgesellschaften** zu verhindern. Herr Kollege Dr. Stegner, gute berufliche Perspektiven für die Flüchtlinge sind das beste Mittel, um die AfD aus diesem Parlament herauszuhalten, woran uns allen gelegen sein muss.

Die FDP-Fraktion hat schon lange darauf hingewiesen, dass Schleswig-Holstein im Bereich der **inneren Sicherheit** noch erheblichen **Nachholbedarf** hat. Die Menschen in Schleswig-Holstein sind auf eine sächlich und personell gut ausgestattete Polizei dringend angewiesen. Wir brauchen angemessene

polizeiliche Reaktionszeiten, was zur Konsequenz haben muss, dass die Schließung von Polizeidienststellen im ländlichen Raum ein Ende hat. Wir brauchen eine Landespolizei, die den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung steht.

Herr Kollege Peters, es ist den Menschen völlig egal, ob es an der Leitstelle oder an der Geschwindigkeit der Polizeiautos gelegen hat, warum die Reaktionszeiten schlechter geworden sind. Sie sind schlechter geworden. Das Empfinden der Menschen ist: Die Polizei ist langsamer vor Ort. - Dem müssen wir begegnen.

Herr Minister Studt, ich finde, wir hatten eine zielführende Diskussion bei der GdP; das sage ich auch hier in aller Deutlichkeit. Aber auch in diesem Zusammenhang müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht gleichzeitig zwei Dinge versprechen, die sich gegenseitig ausschließen: Wenn Sie 500 Menschen mehr in den Dienst bekommen wollen, um dem **Sicherheitsbedürfnis** der **Bevölkerung** zu entsprechen und den Herausforderungen der aktuellen Lage gerecht zu werden, können Sie nicht gleichzeitig erklären, das zusätzliche Personal dafür verwenden zu wollen, die Arbeitszeit zu reduzieren.

Wenn Sie bei **mehr Personal** die **Arbeitszeiten** reduzieren, bekommen Sie nicht mehr Sicherheit auf der Straße und keine bessere Bekämpfung von Kriminalität. Sie erzeugen zwar bei der Polizei ein Glücksgefühl, das ich nachvollziehen kann und den Beamtinnen und Beamten auch wünsche. Aber unsere vordringlichste Aufgabe ist es, mit den Herausforderungen, die da sind, fertig zu werden. Dafür brauchen wir zunächst einmal die Polizeikräfte. Alles Weitere wird später zu leisten sein.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es hilft niemandem, mit wohlgesetzten Worten ständig zu behaupten, die **größeren Einsatzgebiete** hätten keinerlei Auswirkungen auf polizeiliche Reaktionszeiten. Wer solche Märchen ständig wiederholt, ohne sich den Sorgen der Menschen vor Ort zu stellen, der braucht sich nicht zu wundern, wenn sich die Menschen enttäuscht von uns allen abwenden. Mit „von uns allen“ meine ich insbesondere die demokratischen Kräfte.

Auch mit Blick auf die hohen **Einbruchzahlen** gilt: Wir alle bekommen ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn es uns nicht gelingt, das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort zu stärken. Dann verlieren die Menschen das Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaates und nehmen schlimmstenfalls das Recht selbst in die Hand. Das kann in ei-



(Wolfgang Kubicki)

nem demokratischen Rechtsstaat ernsthaft niemand wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Schauen wir uns die Bilanz der Jahre 2012 bis 2017 an, müssen wir feststellen, dass es eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen den Worten und den Taten dieser Landesregierung gibt. Vordergründig hat der Ministerpräsident die Probleme des Landes erkannt: die schlechte Infrastruktur, die zu geringe Investitionsquote und die Notwendigkeit der beruflichen Integration von Flüchtlingen. Tatsächlich sind Ankündigungen zur Verbesserung der Situation höchstens rudimentär umgesetzt worden. Nicht ohne Grund sind seit 2012 die Haushaltstitel für Repräsentation ständig erhöht worden. Es ging dieser Landesregierung in erster Linie darum, ihre schlechte Politik möglichst gut zu verkaufen, nicht aber darum, gute Politik zu machen.

Ich habe mir die gewichtige Frage gestellt: Wenn die Menschen in Schleswig-Holstein in ein paar Jahren auf die Regierung Albig zurückblicken - mit welchen politischen **Maßnahmen** werden sie diese **Landesregierung** verbinden? Was bleibt von dieser Koalition im Gedächtnis der Menschen dieses Landes? Was haben Sie persönlich erreicht, Herr Ministerpräsident? Was waren Ihre Richtungsentscheidungen, von denen die Menschen dieses Landes sagen werden: „Das hat er gut gemacht“? Dass Sie sich in der jüngsten „KN“-Umfrage zum beliebtesten Ministerpräsidenten nur knapp vor Uwe Barschel eingereiht haben, sollte Ihnen zu denken geben.

(Christopher Vogt [FDP]: Immerhin!)

Das Ergebnis der Rückschau wird sein: Schleswig-Holstein hat in den Jahren 2012 bis 2017 wichtige Richtungsentscheidungen unterlassen. Die Regierung Albig hat die Infrastruktur so deutlich unterfinanziert, dass das Beheben dieser Versäumnisse noch teurer geworden ist. Die Regierung Albig hat die Integration von Flüchtlingen viel zu halbherzig betrieben und für erhebliche Nachfolgeprobleme gesorgt. Sie hat die personelle Verstärkung der Landespolizei viel zu spät in Angriff genommen. Die Bilanz wird sein, Herr Ministerpräsident Albig: Ihre Landesregierung hat den Menschen in Schleswig-Holstein ständig eine goldene Zukunft versprochen, aber niemals selbst dafür gesorgt. Dieses Land wurde seit 2012 schlecht verwaltet, nicht regiert. Niemand wird in 15 oder 20 Jahren sagen: Das hat Torsten Albig gut gemacht. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende, Dr. Patrick Breyer, das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir beraten heute über den Haushaltsentwurf, mit dem Sie, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, in das Wahljahr 2017 ziehen wollen. Ich muss sagen, dieser Haushaltsentwurf ist symptomatisch für die Vogel-Strauß-Politik dieser Landesregierung und dieser Koalition, die wir in allen Bereichen beobachten: Sie beschäftigen sich mit ihren Lieblings-, mit ihren Wohlfühlthemen. Aber bei unbequemen Themen schauen Sie weg, da verdunkeln Sie, da verschleppen Sie.

Erstes Beispiel ist das Thema **digitale Revolution**. Schon einmal gehört, Frau Finanzministerin? Fragen Sie lieber nicht Ihren Kollegen Dr. Stegner, was das heißt; er weiß es nämlich auch nicht. Er glaubt noch, dass sein täglicher Musiktipp über Twitter die digitale Revolution sei. Fakt ist, dass die digitale Revolution unser Land in allen Bereichen umwälzen wird, sei es im Bildungsbereich, sei es im Gesundheitsbereich, sei es im Wirtschaftsbe- reich - wohin man auch schaut.

(Beate Raudies [SPD]: Das ist aber ein anderes Thema!)

Wo, Frau Raudies, kommt das Thema in Ihrem Haushaltsentwurf eigentlich vor? In der Rede der Finanzministerin kam es überhaupt nicht vor. Auch im Entwurf selbst findet man allenfalls etwas zu dem Thema Breitbandausbau. Aber viel Geld wurde sinnlos verpulvert, um veraltete Kupferleitungen zu fördern, obwohl wir von Anfang an Anträge zum Glasfaserausbau gestellt hatten. Erst kürzlich hat auch diese Koalition gemerkt, dass nur Glasfaser die nötige Geschwindigkeit bietet, um mit dem digitalen Wandel Schritt halten zu können.

Hinzu kommt, dass der **Internetzugang** bis heute nicht als **Grundversorgung** anerkannt ist. Bis heute haben Tausende Menschen in Schleswig-Holstein keinen Breitbandzugang, auch wenn sie das wollen. Bisher ist das alles Flickschusterei, die hinter den Erfordernissen zurückbleibt. Im Zeitalter der digitalen Revolution aller Lebensbereiche gilt es doch, Schleswig-Holstein fit zu machen für die Herausforderungen, die damit einhergehen, die Chancen zu nutzen, die das bedeutet, aber auch den

(Dr. Patrick Breyer)

Risiken zu begegnen. Wir PIRATEN stellen den Menschen in den Mittelpunkt dieser Entwicklung. Der Mensch muss aus unserer Sicht in einer Informationsgesellschaft vier grundlegende Rechte haben: zu wissen, teilzuhaben, selbst zu bestimmen und mitzubestimmen.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen reicht es nicht, Kürzungen der Medienkompetenzförderung abwenden zu wollen. Wir sprechen davon, die **Bürger** bei der **Gesetzgebung** und der **Planung von Großvorhaben** mitentscheiden zu lassen. Wir sprechen davon, ein Hotspot-Programm für Schleswig-Holstein einzurichten, damit wir endlich vorankommen bei dem Vorhaben, das unser Ministerpräsident mit den Worten „WLAN auch im Bauernhof in Bönningstedt und Gammellund“ beschrieben hat. Was ist denn da passiert? Nichts!

Wir sprechen davon, **Vorlesungen** über das Internet zu übertragen, damit Menschen, die wegen überfüllter Vorlesungssäle außen vor bleiben, diese trotzdem mitverfolgen können.

(Beifall PIRATEN)

Wir sprechen davon, ein **Whistleblower-Portal** einzurichten, damit Menschen, die Hinweise auf Missstände geben wollen, dies aber in Anbetracht der unsicheren Rechtslage nicht tun können, ohne Angst vor Verfolgung haben zu müssen, diese Hinweise loswerden und wir Abhilfe schaffen können.

Was machen Sie aber? Sie nutzen das Netz nicht einmal mehr, um die Genehmigungsanträge für Windkraftanlagen und deren aktuellen Status zu veröffentlichen. Sie arbeiten an einer digitalen Agenda, die analog ausgearbeitet wird. Sie nutzen das Internet nicht einmal mehr, um die Menschen mitreden und mitgestalten zu lassen. Was ist das für ein Armutszeugnis für eine digitale Agenda, die im letzten Jahr einer Regierungszeit kommt? Sie stellen übrigens auch kein Geld dafür bereit. Sie haben die Digitalisierung als Priorität längst beerdigt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du weißt, dass das nicht stimmt!)

Ich kann Ihnen auch sagen, warum: weil Sie Digitalisierung als Angstthema verstehen, als Thema, das Strukturen und Arbeitsplätze bedroht. Ich sage Ihnen: Die digitale Revolution wird kommen. Der Wandel wird kommen. Es hilft nichts, nach Vogel-Strauß-Manier wegzuschauen, zu verschleppen und zu vertagen.

(Beifall PIRATEN)

Wenn wir beim Thema **Vogel-Strauß-Politik** bleiben wollen: Der frühe Vogel fängt den Wurm. Deswegen ist es höchste Eisenbahn, dass wir insoweit endlich vorankommen. Wir haben schon im vergangenen Jahr viele Haushaltsanträge gestellt. Aber Sie haben alles ersatzlos abgelehnt.

Digitale Revolution bedeutet auch Verantwortung, zum Beispiel für den **Datenschutz**. Das Unabhängige Zentrum für Datenschutz bekommt immer mehr Kontrollaufgaben, auch dank Ihrer verstärkten Internetüberwachung. Aber die finanzielle und die personelle Ausstattung kommen eben nicht hinterher. Die Datenschützer betteln doch seit Langem darum, endlich die Stellen zu bekommen, mit denen sie ihre neuen Kontrollaufgaben auch wahrnehmen können. Sie aber stecken den Kopf in den Sand; mehr Stellen sind nicht vorgesehen.

Ein anderes Beispiel für die Vogel-Strauß-Politik dieser Koalition ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in unserem Land. In kaum einem anderen Land in Deutschland müssen die Bürger einen so hohen Teil ihres Einkommens für Mieten ausgeben. Was ist Ihre Antwort darauf? Sie wollen neu bauen!

Fakt ist: Trotz all Ihrer Anstrengungen zum Neubau gibt es immer weniger **Sozialwohnungen** in unserem Land, und die Mieten steigen immer weiter an. Ihre Neubaubemühungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein; sie reichen bei Weitem nicht aus. Wenn Sie den Mietern helfen wollen, wenn Sie verhindern wollen, dass Wohnraum unbezahlbar wird, dass Menschen aus ihrer Heimat regelrecht verdrängt werden - wie auf Sylt -, dann müssen Sie den Bestand schützen. Die Wohnungen, die heute noch bezahlbar sind, müssen bezahlbar bleiben.

Es geht nicht, dass Sie Verordnungen zum Beispiel zur Mietpreisbremse erlassen, die gerade einmal für 1 % der Gemeinden in Schleswig-Holstein gelten. Der Mieterverband bezeichnet das zu Recht als „Geschenk an die Vermieter“.

(Beifall PIRATEN)

Sie kommen seit Jahren mit dem Wohnraumpflegegesetz nicht voran, Herr Studt. Das Zweckentfremdungsverbot wird verschleppt. Sie versprechen uns immer, dass das kommt. Letztes Jahr lag es am Flüchtlingsthema, dass Sie keine Zeit hatten. Heute geben Sie überhaupt keine Begründung mehr. Wir haben schon im letzten Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt. Wir werden es nicht tolerieren, dass er bis Ultimo verschleppt und vertagt wird.

(Dr. Patrick Breyer)

Ein weiteres Beispiel für die Vogel-Strauß-Politik ist der **Zustand** unserer **Landesstraßen**. Fakt ist - das ist heute schon angesprochen worden -: Die Straßensanierungen, die heute gemacht werden, reichen nicht einmal mehr aus, um den jetzt schon schlechten Zustand unserer Landesstraßen auch nur zu erhalten. Er verschlechtert sich noch weiter. So wenig tun Sie für die Landesstraßen.

Dabei geht es doch um Landeseigentum. Eigentum, das lehrt uns schon das Grundgesetz, verpflichtet. Da wundert es mich schon, dass Sie unser aller Eigentum dermaßen haben herunterkommen lassen - das waren übrigens alle Vorgängerregierungen -, dass landauf und landab die Menschen über den Zustand unserer Straßen zu Recht empört sind. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben und sanieren Sie die Straßen nach dem Grundsatz: Sanierung vor Neubau. - Dann sind auch wir PIRATEN sofort an Bord.

Umso mehr verwundert es, dass für **Subventionen** für **Unternehmen** immer Geld da ist. Es ist sicherlich einer der größten Lobby-Erfolge in Schleswig-Holstein, dass der Koalitionsvertrag in dem Punkt, in dem einzelbetriebliche Subventionen abgeschafft werden sollten, völlig ignoriert worden ist. Ein Hotelinvestor hat dem NDR Bezeichnendes gesagt. Er hat ausgeführt, dass gute Kontakte sehr nützlich gewesen seien, diese Bestimmungen und Versprechungen, die im Koalitionsvertrag stehen, nicht auszuführen und zu ignorieren.

(Uli König [PIRATEN]: Unglaublich! Unglaublich!)

Da wir beim Vogel sind, muss ich sagen: Die **Finanzministerin** hat mit ihrer **Sommertour** den Vogel abgeschossen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gut! Dann ist da kein Vogel Strauß mehr! Dann ist der Vogel Strauß weg!)

Die Finanzministerin - sie ist gerade nicht da - hat auf ihrer Sommertour einen Energie-Erlebnispark, eine Ökobäckerei, ein grünes Klassenzimmer und einen Steinzeit-Park in Dithmarschen besucht. Ihre Begründung dafür war, sie wolle sich davon überzeugen, dass Mittel von EU, Bund und Land zielgenau eingesetzt würden.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Frau Finanzministerin, wo fahren Sie als Nächstes hin? Wollen Sie demnächst in Hotels in diesem Land übernachten, die das Land subventioniert, um

sicherzustellen, dass die Qualität des Buffets stimmt, oder was kommt als Nächstes?

(Beifall PIRATEN - Zurufe Lars Harms [SSW] und Sandra Redmann [SPD])

Mit dieser Begründung können Sie alles rechtfertigen. Da können Sie auf Konzerte und in Hotels gehen.

Beim Straßenzustand geht es auch um die Frage: Was fährt eigentlich auf unseren Straßen? Wie ist es bestellt um die **Mobilität** in unserem Land? Fakt ist: Obwohl Millionen vom Bund zusätzlich kommen und obwohl mehr Geld in den Busverkehr gesteckt werden soll, werden Lücken bleiben. Auch weiterhin werden viele Orte auf dem Land abgehängt sein. Dort sind **ehrenamtliche Initiativen** nötig, etwa Bürgerbusse.

Trotzdem lassen Sie diese ehrenamtlich engagierten Menschen im Regen stehen. Es gibt bis heute keinen Katalog von landeseinheitlichen Kriterien, der die Finanzierung von Bürgerbus-Initiativen sicherstellen würde. Die Quittung ist, dass es hier so wenige Initiativen gibt wie in kaum einem anderen Land.

(Zuruf PIRATEN: Unglaublich)

Auch beim HVV-Beitritt des Kreises Steinburg haben Sie keinen Euro für das beste Wirtschaftsförderungsprogramm übrig, das es für diesen Kreis überhaupt geben kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall PIRATEN und Christopher Vogt [FDP])

Sie können sich darauf verlassen, dass wir das zum Wahlkampfthema machen werden.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Ja schön! - Weitere Zurufe SPD)

Stichwort „Verbraucherzentrale“: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es oft genug gesagt, dass das Verbraucherberatungsangebot in Schleswig-Holstein auf einem historischen Tiefstand angekommen ist - sowohl was die Zahl der Beratungsstellen im Land als auch was die Öffnungszeiten angeht. Noch nie gab es so wenig **Verbraucherberatung** bei uns wie jetzt. Nachdem das Ministerium das durch einen externen Gutachter hat untersuchen lassen, waren sich doch alle Verbraucherpolitiker einig, dass wir von der Abhängigkeit von Projektmitteln für die Verbraucherzentrale weg müssen, um ihre Finanzierung dauerhaft sicherzustellen und um Ruhe hereinzubringen. Auch Kos-

(Dr. Patrick Breyer)

tensteigerungen, die jedes Jahr anfallen, müssen aufgefangen werden.

Was macht die Landesregierung? Sie schließt eine Vereinbarung, die nichts davon erreicht, die keine Unabhängigkeit von Projektmitteln schafft, die diese Abhängigkeit erhält, die keine Kostensteigerungen auffängt, sondern die Jahr für Jahr die Verbraucherzentrale weiterhin zur Bittstellerin macht - wahrscheinlich, damit sie Ihnen nicht auf der Nase herumtanzt.

Das heißt: Sie sehen weg von den Problemen der Verbraucherberatung in diesem Land und agieren nach dem Motto: Friss, Vogel, oder stirb! Nach unserem Gutdünken kannst du das annehmen - oder gar nicht.

Ich schweige ganz zu den Verbesserungen, die nötig wären. Wir würden uns wünschen, eine kostenfreie Erstberatung über das Internet anzubieten.

(Beifall PIRATEN)

Oder man könnte arme Menschen, die von Abzocke besonders schwer betroffen sein können, von Beratungsgebühren befreien, weil sie sich diese nicht leisten können. Das ist ein wichtiges sozialpolitisches Thema.

Man könnte weitere Beratungsstellen schaffen, damit auch Menschen in Neumünster eine solche Beratung erhalten können. Davon ist schon gar nicht zu reden. Wir werden auch in diesem Jahr wieder darauf dringen und entsprechende Anträge stellen, dass das Land seiner Verantwortung für die Beratung der Verbraucher gerecht wird.

(Beifall PIRATEN)

Ein Posten im Landeshaushalt sind die Einnahmen des Landes aus der Erdölförderung. Denn das Land verdient kräftig mit daran, dass in Schleswig-Holstein im Wattenmeer Erdöl gefördert wird. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass der **Energiewendeminister** nicht nur auf Bundesebene im Bundesrat keinen Einspruch gegen das Fracking-Erlaubnisgesetz eingelegt hat, sondern dass er sich auch auf Landesebene weigert, endlich ein landesgesetzliches Fracking-Verbot zu verankern.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! - Weitere Zurufe)

Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass sich der Energiewendeminister weigert, die Anträge der Central Anglia für verschiedene Bereiche, in denen nach Erdöl und Erdgas gesucht werden soll, abzulehnen.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Er entscheidet erst gar nicht darüber, obwohl die Finanzierung erwiesenermaßen nicht gesichert ist.

Vielleicht ist das auch der Grund dafür, warum der Energiewendeminister auch die Entscheidung über den Antrag der DEA vor sich herschiebt, neue Bohrungen in unserem Wattenmeer vornehmen zu wollen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Warum entscheiden Sie darüber eigentlich nicht, Herr Energiewendeminister?

Wir haben in unserem Gesetz über den Nationalpark verankert, dass dort keine Bohrungen zugelassen sind. Der Wissenschaftliche Dienst bestätigt, dass das auch ein Verbot von Explorationsbohrungen ist. Was macht Herr Habeck? Er verschleppt die Entscheidung über den Wahltermin hinaus. Jeder kann sich denken, warum er dieser Verantwortung entgehen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist nicht nur der Welt-Alzheimer-Tag - vielleicht haben Sie es vergessen -, sondern morgen ist auch der Welttag des Meeres. Deswegen rufe ich den Energiewendeminister auf: Schützen Sie das Meer vor einer Erdölkatastrophe, indem Sie diese Anträge entscheiden und ablehnen!

(Beifall PIRATEN - Uli König [PIRATEN]: Er ist gar nicht da!)

Es gibt keine Unterstützung für weitere **Erdölbohrungen**.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Frau Kollegin Redmann, es geht um die neuen Erdölbohrungen, die beantragt sind.

(Sandra Redmann [SPD]: Es waren auch die alten! Dagegen können wir gar nichts mehr machen! Das wissen Sie ganz genau!)

Es gibt einen Antrag für drei neue Erdölbohrungen, der unbedingt abgelehnt werden muss.

Fakt ist auch, dass dieser Haushalt und dieser Energiewendeminister keine Unterstützung der Kommunen bei der **Suche nach Bohrschlamm** vorsehen, der vor Jahrzehnten bei uns verklappt worden ist. Bis heute ist unklar, ob dieser hochgiftige und krebserregende Bohrschlamm Gefahren für unser Grundwasser mit sich bringt.

(Sandra Redmann [SPD]: Auch das stimmt nicht!)

(Dr. Patrick Breyer)

- Das sagt Herr Habeck selbst.

(Sandra Redmann [SPD]: Nicht der Bohrschlamm!)

Das heißt: Auch hier wird weggeschaut, wird verdunkelt und wird vertagt auf ein Gutachten, das erst nach der Wahl vorliegen soll.

Auch hier ist der Grund dafür offensichtlich: Der Vogel ist ausgeflogen. Herr Habeck will nach Berlin und kümmert sich nicht mehr darum, was hinter ihm liegt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er kommt ja gar nicht nach Berlin!)

Das ist übrigens genauso wie beim Thema CETA, beim Freihandelsabkommen. Dabei sprechen die SPD und Herr Stegner von **Glaubwürdigkeit**. Wenn Sie so das Meinungsbild Ihrer eigenen Partei sowie Ihre eigenen Beschlüsse und Kriterien verraten, indem Sie solche Freihandelsabkommen beschließen, gehen Sie einfach darüber hinweg und gefährden die Demokratie in unserem Land.

(Beifall PIRATEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der **Schuldenberg** schwebt über uns wie ein Damoklesschwert, von der HSH Nordbank gar nicht erst zu sprechen.

(Heiterkeit SPD)

Dass die Koalition gar Überschüsse erwirtschaftet hätte, verehrte Frau Finanzministerin, ist wirklich ein Märchen. Von erwirtschaftet kann da gar keine Rede sein. Das Land befindet sich durch die derzeitige Einkommens- und Zinslage in der glücklichen Situation, finanziell entspannter zu sein. Was aber machen Sie daraus? Sie machen Wahlgeschenke. Thema **Kinderbetreuung**: Auf einmal bekommen alle Eltern von unter Dreijährigen 100 € pro Monat Rabatt auf **Krippengebühr**. Das klingt toll, könnte aber unsozialer nicht sein. Alle, die Putzfrau und der Bankdirektor, bekommen dasselbe Geld. Dass sich der Bankdirektor die Krippengebühr vom Munde absparen müsste, das glauben Sie doch wohl selber nicht. Ist es vielleicht das, was die SPD mit sozialer Gerechtigkeit meint,

(Unruhe - Glocke Präsident)

ein Rabatt für Besserverdienende, den die Putzfrau mit ihren Steuern mitbezahlt? Das ist Ungerechtigkeit und keine Gerechtigkeit.

(Beifall PIRATEN)

Es geht hier immerhin um 24 Millionen €. Da hat sich die SPD wirklich etwas Tolles ausgedacht, und die Grünen gehen einfach mit, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass sie für ihre Wählerschaft auch noch ein Geschenk verteilen können. Ich sage Ihnen aber: Die Wähler lassen sich nicht kaufen. Sie lassen sich auch nicht für dumm verkaufen.

Was könnte man stattdessen alles mit dem Geld machen? Wie könnte man es klug und mit Weitblick investieren? Wir PIRATEN haben vorgeschlagen, einen Teil - nehmen wir 10 Millionen € - als **Betriebskostenzuschuss** direkt an die Träger zu geben. Sie stehen nämlich kurz vor dem Kollaps. Mit den verbleibenden 14 Millionen € könnte man etwas für echte soziale Gerechtigkeit tun, beispielsweise gegen die Kinderarmut in Schleswig-Holstein. Auf die Idee ist die SPD offenbar nicht einmal mehr gekommen. Sie ist viel zu weit entfernt von den Problemen vor Ort. Sie hat sich offenbar in ihrem Elfenbeinturm eingeschlossen und die Schlüssel weggeworfen.

(Zuruf: Aber die Heerscharen von PIRATEN sind überall vor Ort!)

Beim Thema Finanzen denken die Bürger aber auch an die **Einkommen** und **Nebeneinkommen** der **Abgeordneten** selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das mag ein kleiner Posten im Haushalt sein, ist aber ein großer Posten für die Glaubwürdigkeit der Politik. Nicht umsonst gehen wir PIRATEN deshalb mit gutem Beispiel voran und verzichten als einzige Fraktion auf einen Dienstwagen mit Chauffeur. Ich zahle meine Zulagen als Fraktionsvorsitzender zurück, weil ich davon überzeugt bin, dass das Land das Geld dringender nötig hat als gut bezahlte Abgeordnete.

Dann las ich letzte Woche in der Zeitung, Herr Dr. Stegner fordert den gläsernen Steuerbürger für alle. Dazu kann ich nur sagen: Was ist denn das für ein schräger Vogel? Er fordert, dass alle Bürger ihre Steuerbescheide offenlegen, ist aber selbst als Abgeordneter nicht dazu bereit. Was ist denn das für ein Armutszeugnis? Herr Günther, Eka von Kalben und ich waren bereit, unsere Steuerdaten offenzulegen, und wir sind auch dagegen, das allen Bürgern aufzudrücken. Aber Herr Dr. Stegner fordert, dass es für alle öffentlich sein soll, veröffentlicht aber nicht einmal seine eigenen Daten. Das ist unglaubwürdig.

Ich sage Ihnen: Der Bürger hat einen Anspruch darauf, für sein Geld zu erfahren, ob das Mandat im Mittelpunkt unserer Tätigkeit steht oder ob wir aus anderen Quellen sehr viel mehr verdienen. Deswe-

(Dr. Patrick Breyer)

gen ist es anderswo, in anderen Ländern wie im Bund, Standard. Sie haben in Ihren Koalitionsvertrag eine Offenlegungsregelung versprochen, was Sie bis heute nicht eingelöst haben. Sie stecken vor diesem unbequemen Thema den Kopf in den Sand. Das ist Vogel-Strauß-Politik.

(Beifall PIRATEN)

Was bleibt als **Bilanz**? Fakt ist, dass nach einer Studie von vier Landtagen keiner so intransparent ist wie unserer. Fakt ist, dass Schleswig-Holstein bei der Zahl der Breitbandnutzer gerade einmal im Mittelfeld liegt. Fakt ist, dass wir im Bildungsmonitor fast das Schlusslicht unter allen Ländern bilden. Die Videüberwachung grassiert. Die Mieten steigen. Der Straßenzustand verschlechtert sich immer weiter. Nur ein Flächenland ist pro Einwohner noch höher verschuldet und verbürgt als Schleswig-Holstein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Schleswig-Holstein ein Kind wäre, wäre es an vielen Stellen nett anzuschauen und herausgeputzt, aber nur, solange man nicht nahe herangeht, solange man nicht die ungeschnittenen Zehennägel unter den Socken sieht, solange die ungewaschenen Ohren unsichtbar bleiben. Das Land, das Ihnen anvertraut ist, ist heute teilweise verwahrlost, weil Sie bei unbequemen Themen wegschauen, weil Sie verdunkeln und verschleppen. Das ist es, was wir PIRATEN Vogel-Strauß-Politik nennen. Wir werden auch nicht aufhören, solche Missstände aufzudecken und auf ihre Beseitigung zu drängen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Haushaltsberatungen werden wir PIRATEN auch dieses Jahr wieder Schwerpunkte setzen, insbesondere um das Land fit zu machen für die digitale Revolution und um die Transparenz des Staates und Datenschutz für die Bürger zu gewährleisten.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und zitiere zum Abschluss Konfuzius mit den Worten:

„Du kannst den Hahn zwar einsperren, aber die Sonne geht doch auf.“

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt kommt der Hahn im Korb!)

**Lars Harms [SSW]:**

Und die Sonne scheint trotzdem!

(Heiterkeit - Zurufe)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, jetzt kommt der Harms im Korb. Nach der düsteren Endzeitprognose jetzt vielleicht wieder ein bisschen mehr zum Thema.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein **solider Haushalt** hat nicht besonders viel mit Glück zu tun, wie es von dem einen oder anderen gesagt wird. Zufall und Glück haben keinerlei Auswirkungen auf die Haushaltsführung - das ist von einigen Vorrednern ja auch schon gesagt worden -, sondern ein tragfähiger Haushalt ist vor allem eines: gute Planung. Die haben wir von der rot-grün-blauen Koalition wieder einmal bewiesen. Der Haushalt zeichnet sich vor allem durch Kontinuität aus.

Durch die **Rücknahmen** des schwarz-gelben **Streichkonzerts** haben sich viele politisch wichtige Bereiche nun langsam von den Kahlschlägen wieder erholt. Das gilt vor allem im Kultur- und Minderheitenbereich. Die Wege, die wir 2012 gegangen sind, führen nun nach und nach zu den Früchten unserer Arbeit.

**Kernpunkt** der Küstenkoalition ist zweifelsfrei die **Bildung**, von der Kita bis zur Volkshochschule, von den Universitäten bis zu den Grundschulen. Auch Gedenkstätten gehören für uns als SSW klar zum Bildungsangebot in Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was neben den fortlaufenden Investitionen im Bildungsbereich hinzukommt, ist der **Zuschuss** für alleinerziehende Mütter, Väter oder auch für Eltern, die ihr Kind in eine **Kindertagesbetreuung** oder bei einer Tagesmutter in Obhut geben. Pro Kind steht ab dem kommenden Jahr ein Zuschuss in Höhe von 100 € monatlich zur Verfügung. Das ist ein Riesenschritt für diese Familien.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kopfpauschale!)

Das Ziel für uns vom SSW ist dabei klar: Gleiche Startchancen für alle Kinder. Bildung darf unserer Meinung nach kein Kostenfaktor sein. Von daher ist das Krippengeld eine konkrete Maßnahme, die Familien in unserem Land auch tatsächlich zu entlasten.



(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlen belegen eindeutig, dass über 90 % der **Kinder** ab drei Jahren ein **Betreuungsangebot** nutzen. Bei den Kindern unter drei Jahren sind es immerhin schon mehr als 30 %. Aber da darf es auch gern mehr werden. Die Entwicklung in den letzten Jahren spricht da eine eindeutige Sprache. Diese Betreuungsangebote sind unmissverständlich Dreh- und Angelpunkt im Alltag vieler junger Familien in Schleswig-Holstein. Sie gilt es zu unterstützen.

Da mag mancher einwenden, dass durch die Sozialstaffel, die ja auch vom Land mitgetragen wird, viele richtig arme Familien schon eine Unterstützung hatten und diese Familien ihre Kinder schon kostenlos in eine Kita schicken konnten. Aber was ist mit denjenigen, die zwar wenig bis durchschnittlich verdienen und nicht auf Sozialstaffeln angewiesen sind? Haben sie nicht auch das Recht darauf, durch den Staat unterstützt zu werden? Haben diese Leistungsträger der Gesellschaft nicht auch einen Anspruch darauf, dass ihre Kinder eine Unterstützung bekommen? Wir vom SSW und auch als Küstenkoalition sagen ganz klar: Ja, auch die Kinder von Normalverdienern müssen unterstützt werden. Das ist kein Luxus, sondern eine dringende Notwendigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Unterstützung der Normalverdiener sollte auch nicht durch die Kommunen mit höheren Kita-Beiträgen wieder abgeschöpft werden. Schließlich haben die Kommunen und Träger durch das Land erhebliche Summen für **Betriebskosten** und **Sprachförderung** in den **Kindertagesstätten** bekommen. Noch in 2010 betrug die Förderung des Landes hierfür 76 Millionen € jährlich. In 2017 werden es voraussichtlich mindestens 185 Millionen € sein. Das Land gibt, wo es kann, und unterstützt sowohl die Familien als auch die Kommunen und Träger.

Auch im **Schulbereich** wird investiert. Die Mittel für die Schulsozialarbeit werden fortgeführt. Somit wird das qualitative Niveau auch im kommenden Jahr aufrechterhalten. Zudem wird das Land mehr Lehrerinnen und Lehrer beschäftigen. Wir lassen somit an die 1.500 Stellen mehr im System als ursprünglich geplant. Wir stehen zudem kurz davor, eine Unterrichtsversorgung von 100 % zu erreichen. Für dieses Ziel wollen wir uns auch weiterhin einsetzen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten Jahren haben wir **Lehrerstellen** geschaffen, die die Vorgängerregierung abgeschafft hätte. Wer heute, wie CDU und FDP, den Abbau des Unterrichtsausfalls propagiert, war sich noch vor einigen Jahren nicht zu schade, bei Lehrerstellen kürzen zu wollen. Das eine ist, was man fordert, und das andere ist, was man tut. Wir sagen ganz klar: Wir lassen uns an dem messen, was wir tun. Wirklich getan für die Bildung haben nur wir etwas, aber nicht unsere Vorgänger.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind es, die die Anzahl der Lehrerstellen erhöht haben. Wir sind es, die Lehrer an den weiterführenden Schulen finanziell gleich behandeln. Wir sind es, die die Lehrerbildung an den Hochschulen endlich so strukturiert haben, dass diese auch der Lebensrealität entspricht.

Nachdem das alles gemacht wurde und man vonseiten der CDU festgestellt hat, dass rot-grün-blaue Bildungspolitik gar nicht so verkehrt ist, ruft nun der Spitzenkandidat der CDU eine verstärkte Hinwendung zur Bildungspolitik aus. Surprise, surprise! Bleibt nur abzuwarten, ob die Union bei dem ganzen internen Hin und Her um die Bildung nicht auch noch ein Schleudertrauma erleiden muss.

Meine Damen und Herren, wir von der Küstenkoalition reden nicht nur über die Bildungspolitik, sondern wir fördern sie auch. Das ist der Unterschied zur Opposition.

(Beifall SSW)

Dazu zählt auch der **Hochschulbereich**, welcher nicht nur unsere Lehrerinnen und unsere Lehrer im Land ausbildet, sondern auch zahlreiche andere zukünftige Akademiker. Im vergangenen Wintersemester waren mehr als 57.000 Studierende an einer Hochschule in Schleswig-Holstein eingeschrieben. Für das jetzt anstehende Wintersemester werden wieder an die 10.000 Studierende ihr Studium bei uns im Land beginnen. Die Zahlen unterscheiden sich daher kaum von denen in den vergangenen Jahren. Ein Studium in Schleswig-Holstein bleibt also weiterhin beliebt.

2016 haben wir die Grundfinanzierung der Hochschulen um 10 Millionen € erhöht. Für das kommende Jahr wird der Betrag um 5 Millionen € nochmals aufgestockt. Für 2018 und 2019 sind weitere Erhöhungen geplant. Die Finanzierung wird also

(Lars Harms)

kontinuierlich verbessert. Die Hochschulen können sich auch da auf die Küstenkoalition verlassen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem wurde bereits das Sondervermögen für den Hochschulbereich auf den Weg gebracht. Darüber hinaus ist für das kommende Haushaltsjahr eine Aufstockung im Bereich der Hochschulmedizin von rund 1,3 Millionen € vorgesehen. Die Besoldungs- und Tariferhöhungen gehören selbstredend zum Gesamtpaket dazu.

Die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein wird fortschreitend ausgebaut und den jeweiligen Herausforderungen entsprechend angepasst. Bildung ist eine ganz entscheidende Investition, an der wir auch in Zukunft festhalten werden. Dabei bleibt es auch nach 2017.

(Beifall SSW)

Auch die **Kultur** gehört selbstredend dazu. Denn Kultur ist Bindeglied für so vieles. Kultur fördert Identität, Kreativität, Wissen und Toleranz. Es ist für uns vom SSW daher völlig klar, dass der Kulturerat kein Sparposten ist. Wir wollen daher auch für das kommende Haushaltsjahr 20.000 € zusätzlich für die Gedenkstätten ausgeben, um diese wichtigen historischen Lernorte mit Leben zu erfüllen und weiterzuentwickeln.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das Wikinger-Museum in Haithabu wird für insgesamt 3,4 Millionen € saniert. Die Arbeiten sind längst im vollen Gange, damit das Museum ab 2018 wieder gänzlich für seine zahlreichen Besucher geöffnet werden kann. Auch das ist gut so; denn Schleswig-Holstein steht zu seiner Geschichte.

In dieser Legislaturperiode wurde bereits vieles auf den Weg gebracht. Dazu gehört etwa die Auseinandersetzung mit der Politik der Nachkriegszeit hier im Landtag, die Modernisierung der Gedenkstätten, die Vorbereitungen zum Jubiläum anlässlich des Kieler Matrosenaufstandes, das Auseinandersetzen mit Extremismus sowie auch die 70-Jahr-Feier zum Bestehen des Landes. All dies gehört zu einem modernen Bundesland dazu. Dafür nehmen wir von Rot-Grün-Blau auch gerne Geld in die Hand. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass Zukunftsfragen ausgeschlossen werden. Im Gegenteil, meine Damen und Herren. Der Blick in die Vergangenheit ist fest mit den Gedanken und Ideen für die Zukunft verknüpft.

Natürlich ist die Gleichung mit der Zukunft immer auch eine Gleichung mit Unbekannten. Das gilt insbesondere für die zu uns kommenden **Flüchtlinge**. Wir können nicht genau wissen, wie viele es sein werden. Doch wir sind in Schleswig-Holstein auf alle Eventualitäten sehr gut vorbereitet und haben in vielen Arbeitsbereichen wertvolle Erfahrungen machen können.

In der Tat haben wir die Zahlen in der Vergangenheit sehr hoch eingeschätzt. Das vergangene Jahr hat allerdings auch gezeigt, dass dies klug war. Auch wenn die Zahlen der Flüchtlinge jetzt wieder zurückgehen, ist dies keine Garantie dafür, dass das auch so bleibt.

Wir müssen also weiterhin vorsichtig planen und mit Dingen rechnen, von denen wir heute noch nicht wissen, ob sie kommen und wie sie sich auswirken. Wir müssen verstärkte Anstrengungen unternehmen, dass diejenigen, die jetzt da sind, auch gut integriert werden. Wir haben da schon gute Anfänge gemacht. Aber wir müssen noch über Jahre am Ball bleiben und auch hier richtig Geld in die Hand nehmen, damit **Integration** auch richtig funktioniert.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als regierungstragende Fraktionen haben aber auch den **Klima- und Küstenschutz** besonders im Auge und werden auch in diesem Bereich weiterhin investieren zum Schutz von Natur und Mensch. Das heißt dann aber auch, dass man ein nachhaltiges Naturschutzgesetz beschließt, wie wir es getan haben. Das heißt dann auch, dass wir die Planungsgrundlagen dafür schaffen, dass wir die Windenergie so weiterentwickeln, dass alle etwas davon haben. Das ist bisweilen im Einzelfall schwierig. Aber auch hier zeigen wir als Küstenkoalition, dass wir mit den Menschen vor Ort gemeinsam Lösungen finden können und wollen.

Ein anderes Thema sind die noch abstrakteren Gefahren, denen wir in Schleswig-Holstein ausgesetzt sind. Wir stärken die **innere Sicherheit**, und das schon seit 2012. So wurden Landespolizei und Verfassungsschutz besser ausgestattet, und zwar personell und materiell. Gleiches gilt für die Gerichte. Wir sind im Land also gut aufgestellt.

Nichtdestotrotz bleibt es die derzeit wohl größte Herausforderung, was ja auch schon ganz zu Anfang dieser Tagung ausführlich debattiert wurde. Dabei gilt es, wachsam zu sein und vorausschauende Politik zu machen. Auch das kostet Geld. Für uns ist die innere Sicherheit aber nicht verhandel-

(Lars Harms)

bar. Die Ausstattung von Polizei und Verfassungsschutz muss top sein. Auch im Justizbereich dürfen wir nicht nachlassen.

Das ist kein Plädoyer für eine massenhafte anlasslose Überwachung der Bürger oder gar für massive Verschärfungen der Sicherheitsgesetze, sondern wir wollen, dass innerhalb der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen, die die Strafverfolgung ohne Schwierigkeiten ermöglichen, ohne die Bürgerrechte massiv einzuschränken, unsere Polizei, unseren Verfassungsschutz und unsere Justiz maximal handlungsfähig sind.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu unseren Vorgängern sind wir als Küstenkoalition haushaltstechnisch nicht nur mit dem Flickern von Löchern beschäftigt. Schließlich geht es auch um eine langfristige Perspektive für das Land, und zwar mindestens bis 2030. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr ein milliarden-schweres **Infrastrukturmodernisierungsprogramm** auf den Weg gebracht. Wir haben die Ärmel hochgekrempt und wollen den Sanierungsstau endlich angehen und minimieren. Zudem ist im IMPULS-Paket auch Platz für neue Investitionen im Umfang von 115 Millionen € zum Beispiel für kommunale Sportstätten, klimaneutrale Liegenschaften und den Ausbau der Barrierefreiheit.

Nun haben Sie gehört, welche Schwerpunkte es bei uns gibt. Außerdem haben Sie gehört, dass wir all dies machen können, weil wir eine vorausschauende Planung machen und weil wir unseren Haushalt sparsam führen. Wir haben nämlich nicht so viel Geld, wie von manch einem immer suggeriert wird. Betrachtet man den Anstieg der Steuereinnahmen und die Einsparungen des Landes aufgrund von niedrigen Zinsen, stellt man fest, die Steuereinnahmen sind von 2010 bis 2017 um etwas mehr als 3 Milliarden € gestiegen. Die Zinszahlungen sanken im gleichen Zeitraum um 360 Millionen €.

Insgesamt steht das Land somit im Jahr 2017 auf der Einnahmeseite rund 3,4 Milliarden € besser da als noch 2010. Allerdings muss man natürlich auch die andere Seite der Medaille sehen. Tarifsteigerungen, Versorgungsausgaben, Beihilfeausgaben, kommunaler Finanzausgleich, flüchtlingsbedingte Ausgaben, gesetzlich vorgeschriebene Sozialausgaben und Ausgaben für Betriebskosten im Kita-Bereich stehen dem mit knapp 2,35 Milliarden € entgegen. Hinzu kommt dann noch der Abbau der Neuverschuldung, der allein im Jahr 2017 mit 1,25 Milliarden € zu Buche schlägt. Insgesamt sind es 3,5 Mil-

liarden € unabwendbare Aufwendungen, die 3,4 Milliarden € Mehreinnahmen entgegenstehen. Insofern ist das zwar kein Minusspiel, aber zumindest eine Nullsumme. Es ist also mitnichten so, dass wir aus dem Vollen schöpfen können. Für politische Wünsche gibt es nur dann Spielräume, wenn wir einen soliden Haushalt führen, und das tun wir ja auch.

Wir als Küstenkoalition werden uns auch weiterhin den wichtigen Herausforderungen, die auch viel Geld kosten werden, stellen. Wir zeigen mit unseren Schwerpunkten in der Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik, dass wir das Land weiterentwickeln wollen. Die heutige Lage des Landes zeigt, dass wir auch auf dem richtigen Weg sind. Noch nie ging es dem Land Schleswig-Holstein haushaltstechnisch so gut wie unter der Küstenkoalition.

Meine Damen und Herren, dieser Weg wird weiterverfolgt - darauf können sich die Menschen verlassen -, auch nach 2017.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen die Haushaltsberatungen und kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 4:

### **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/3749

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/4593

Ich erteile das Wort dem stellvertretenden Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Vielen Dank für diesen Bericht.

(Unruhe)

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, den Gesetzentwurf anzu-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

nehmen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist die Piratenfraktion. Enthaltungen? - Das ist die FDP-Fraktion.

Ich unterbreche die Sitzung bis zur Fortsetzung der Haushaltsberatungen um 15 Uhr. Guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:52 bis 15:03 Uhr)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Nachmittags. Begrüßen Sie mit mir Mitglieder der IG Bergbau, Chemie und Energie. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort.

**Gemeinsame Beratung****a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/4355

**b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/4356

**c) Infrastrukturbericht fortschreiben**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4427

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/4605

**d) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2016 bis 2020, Finanzplan Fortschreibung 2021 bis 2026 und Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits gemäß Artikel 67 Landesverfassung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/4592

Ich verkünde die noch verbliebenen Redezeiten. Dazu sind die Dreiminutenbeiträge natürlich noch zu addieren. Für die CDU-Fraktion stehen noch

5 Minuten zur Verfügung, für die SPD-Fraktion 10 Minuten. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6 Minuten, die FDP-Abgeordneten haben noch 5 und die PIRATEN 3 Minuten, die SSW-Abgeordneten 11 Minuten Redezeit. Das sind die verbliebenen Redezeiten, darüber hinaus gibt es selbstverständlich die Zeiten für Ihre persönlichen Dreiminutenbeiträge. - Das noch einmal zum weiteren Ablauf.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Tobias Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind alle schon ganz gespannt auf die groß angekündigte Rede des Kollegen Winter, des Mannes, der den legendären Spruch prägte: „Wir können Haushalt!“ Ich weiß gar nicht, wie die Koalition ab dem nächsten Jahr ohne den Kollegen Winter zurecht kommen will.

(Lars Winter [SPD]: Ich weiß das auch nicht!)

Aber vielleicht gelingt es ihm ja, sich etwas mehr auf die Zukunft zu konzentrieren und sich nicht derartig in der **Vergangenheit** zu verlieren, wie es bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden heute Morgen der Fall war.

Es ist schon bezeichnend: Da bringt die Landesregierung mittlerweile ihren fünften Haushaltsentwurf ein, den letzten vor der Landtagswahl, und Finanzministerin und SPD-Fraktionsvorsitzender ergötzen sich einzig und allein daran, dass ihre Zahlen besser aussehen als die der Vorgängerregierung.

Im nächsten Jahr befindet sich Schleswig-Holstein im siebten Jahr eines ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Vorgängerregierung hatte es 2009/2010 mit der größten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

und musste gleichzeitig aus dem Stand heraus die ersten Schritte für die Einleitung der Schuldenbremse leisten. Welch Wunder, dass Ihre Zahlen heute besser aussehen als 2009/2010. Das erklärt aber leider auch, weshalb Sie leider jede eigene Konsolidierungsanstrengung vermissen lassen.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Aber mit dem Rückblick auf 2010 war es nicht genug, es ging bei der Frage der Steuereinnahmen sogar bis zum Jahr 2005 zurück. - Wenn der Kollege

(Tobias Koch)

Stegner jetzt da wäre, hätte ich ihm gern den Unterschied erläutert. Der Unterschied war nämlich, dass Monika Heinold einen CDU-Finanzminister Rainer Wiegard als Vorgänger hatte, der einen gut geordneten Haushalt hinterlassen hat. Die schwarze Null war ja im Jahr 2012 schon erreicht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Neuverschuldung lag nur noch im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rainer Wiegard hatte das Pech, dass er einen SPD-Finanzminister als Vorgänger hatte, der damals Ralf Stegner hieß, der mit 1,5 Milliarden € das größte Haushaltsdefizit hinterlassen hat.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Wenn man dann der Logik von Rasmus Andresen folgt, dann waren das vor 2005 auch alle Jahre mit Rekordsteuereinnahmen.

(Zuruf)

Da muss man sich ja wirklich fragen, wie es der Kollege Stegner in seiner Verantwortung damals geschafft hat, das Land derartig herunterzuwirtschaften, wie er es damals getan hat.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lars Winter [SPD]: So viel zum Thema „Nicht in die Vergangenheit!“)

- Aber das mit der Vergangenheit war ja nur der eine Versuch von Ihnen heute Morgen. Daneben befand sich ja noch die eine oder andere unwahre Behauptung in Ihren Ausführungen. Da sagte die Finanzministerin, die CDU-Fraktion hätte die zusätzlichen Lehrerstellen aus **BAföG-Mitteln** damals abgelehnt. Frau Heinold, eine solche Verdrehung der Tatsachen haben Sie doch überhaupt nicht nötig. Sie wissen doch ganz genau: Die CDU-Fraktion hat damals gefordert, die Hälfte der BAföG-Mittel den Hochschulen zukommen zu lassen, so, wie es auf Bundesebene vorgesehen war. Wir haben aber gleichzeitig mehr Lehrerstellen beantragt, als die Landesregierung vorgesehen hat, und zwar aus Landesmitteln finanziert und das auch mit einem Haushaltsantrag gegenfinanziert. Also stellen Sie nicht solche unwahren Behauptungen auf.

(Beifall CDU)

Der Kollege Andresen freute sich darüber, dass diese Koalition tatsächlich die Schuldenbremse nicht gerissen habe, wohl wissend, dass das einzig und allein daran liegt, dass diese Regierung mitten auf dem Weg der Schuldenbremse auch die Berechnungsmethode geändert hat. Hätten Sie das nicht getan, dann hätten Sie die Schuldenbremse gerissen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum denn haben wir das gemacht?)

Und genau das hat der Landesrechnungshof Ihnen auch gerade erst ins Stammbuch geschrieben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Dann waren da noch die Ausgaben für **Investitionen in Landesstraßen**: Sowohl die Finanzministerin - das erstaunt besonders - als auch der SPD-Fraktionsvorsitzende sprachen da von einer Verdreifachung. Diese Zahl ist nun frei erfunden, Frau Heinold. Ich hätte Ihnen ja zugestanden, dass Sie den Haushaltsansatz von 37 Millionen € 2012 auf jetzt 64 Millionen € in der Summe von Einzelplan 04 in Einzelplan 16 immerhin verdoppelt haben. Von einer Verdreifachung kann überhaupt keine Rede sein. Wenn Sie dann noch zu einer solchen Übertreibung greifen, dann wahrscheinlich deshalb, weil Sie wissen, dass es mit Ihren Zahlen doch nicht so weit her ist. Wenn man nämlich in den Wirtschaftsplan des Landesbetriebes schaut, stellt man fest, dass die tatsächlichen Ist-Ausgaben des Jahres 2012 für Landesstraßen 29 Millionen € betragen, im kommenden Jahr sind 34,9 Millionen € vorgesehen. Das ist dann nur noch eine Steigerung von 20 %, also weder eine Verdopplung noch eine Verdreifachung.

Wenn man auf die Investitionen insgesamt schaut, dann kommt das große Erwachen, denn die Investitionen liegen im nächsten Jahr niedriger als 2012. Statt 785 Millionen € im Jahr 2012 wollen Sie nur noch 777 Millionen € investieren, 8 Millionen € weniger. Das erklärt auch, weshalb in Ihrer Vorrechnung, was Sie mit den ganzen Milliarden Mehreinnahmen gemacht haben, die Investitionen mit keinem einzigen Euro vorkamen; denn Sie haben keinen einzigen Euro mehr investiert.

Bleibt zu guter Letzt noch der Vorwurf, die CDU würde mit einem Füllhorn von Versprechungen durchs Land gehen, die alle nicht finanziert seien. Auch da wissen Sie, dass wir alle unsere Forderungen jedes Jahr in einem Haushaltsantrag auch entsprechend gegenfinanziert haben. So werden wir das auch in diesem Jahr machen. Unberechtigte

(Tobias Koch)

Forderungen sind es ja auch nicht gewesen, weil man ja feststellen konnte, dass die Landesregierung - wenn auch mit gewissen Verzögerungen - die meisten dieser Forderungen im Laufe der Zeit übernommen hat, zumindest in der Ankündigung. So will jetzt auch die Bildungsministerin für eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung sorgen - etwas, was wir seit Jahren fordern und weswegen wir immer mehr Lehrerstellen beantragt haben. Unsere Forderung nach mehr Investitionen hat sich im IMPULS-Programm niedergeschlagen; unsere Forderung nach mehr Polizeistellen hat mittlerweile auch die Landesregierung übernommen - mit mehr Anwärterstellen. Heute Morgen konnten wir auch hören, dass sich unsere Forderung in einer stärkeren Unterstützung der Kommunen bei den Betriebskosten für die Kitas - wohlgermerkt: der über Dreijährigen - vielleicht in diesem Haushalt auch noch niederschlagen wird.

Das letzte Beispiel zeigt, dass wir jetzt einen Haushaltsentwurf haben werden, der das Papier nicht wert ist, auf dem er steht; denn eine Ministerin, die vor der ersten Lesung ankündigt, dass es eine Nachschiebeliste mit einem ungeahnten Umfang geben werde, wie es sie noch nie gegeben habe, räumt selber ein, dass wir hier die nächsten zwei Monate auf einer vollkommen falschen Grundlage beraten werden. Insofern werden wir doch eher auf den November und Dezember schauen als jetzt auf die Rede des Kollegen Winter. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Lars Winter das Wort.

**Lars Winter [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Koch, Sie haben recht:

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es wird sehr spannend werden im November und im Dezember. Da kommt, wie die Ministerin gesagt hat, Butter bei die Fische. Da wollen wir doch einmal gucken, was dabei herkommt.

Zu Ihren Vorwürfen oder Anwürfen: Dass das alles gar nicht so schlimm gewesen sei, was Sie in der vorigen Regierungszeit gemacht haben

(Tobias Koch [CDU]: Notwendig!)

und dass es andere Umstände waren, entschuldigt aber nicht alles das, was Sie getan haben.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Birte Pauls [SPD]: Genau!)

Das muss man dabei dann auch festhalten.

Wir debattieren heute zum ersten Mal über den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das kommende Jahr. Ich selbst darf zum fünften Mal zu einem Haushaltsentwurf der rot-grün-blauen Regierung sprechen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Und zum letzten Mal!)

Es war in den vergangenen Jahren ein Genuss, und es ist es auch in diesem Jahr. Wenn ich mir die Entwicklung der Haushalte von 2013 bis zum heutigen Entwurf 2017 ansehe, dann muss ich sagen, nein, dann darf ich sagen: Es ist eine Erfolgsgeschichte. Mit den letzten fünf Haushalten haben wir es im Vollzug mit zwei Haushalten geschafft, Überschüsse zu erzielen. Mit diesen Überschüssen konnten wir Schulden tilgen, und wir konnten für die zukünftigen Investitionen unser Sondervermögen IMPULS 2030 füllen. Ich sagte: eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD - Zuruf Rasmus Andersen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Genau, Rasmus.

Ich habe schon beim Schreiben meiner Rede Ihre Empörung gehört, werte Kolleginnen und Kollegen der Opposition - das war auch heute Vormittag der Fall -: „Noch nie so viele Steuereinnahmen“, „Zinsen auf dem Tiefstand“, und, und, und.

In der Tat ist es so, dass uns die **Steuereinnahmen** in den letzten Jahren durch die gute Konjunktur in die Karten gespielt haben. Ebenso hat uns der **Niedrigzins** unsere Haushaltsplanung nicht schwieriger gemacht. Doch Ihr ganzes Gemoser läuft ins Leere. Die anderen Bundesländer hatten die gleiche Ausgangslage. Und wenn wir betrachten, wie weit Schleswig-Holstein mit den Rahmenbedingungen gekommen ist und wie weit viele andere Bundesländer, dann brauchen wir uns nicht zu verstecken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Finanzministerin hat es uns heute Vormittag vorgerechnet, dass in Ihren Regierungsjahren, werte Kolleginnen und Kollegen von der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die Einnahmesteigerungen prozentual nicht schlechter waren als die unseren. Alleine, Sie haben daraus nichts gemacht und sind



(Lars Winter)

stattdessen weiter mit dem Rasenmäher durch die Budgets gegangen. Gestaltungswille? - Null!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

2013 hatte meine Haushaltrede die Überschrift „Wir nehmen unsere Budgetverantwortung ernst“. Es folgten 2014: „Mit Haushaltspolitik die Zukunft gestalten“, 2015: „Konsolidierung funktioniert - politisches Gestalten auch“ und im letzten Jahr: „Konsolidierung, Investitionen und humanitäre Verantwortung sind kein Widerspruch“. Und heute sage ich: „Den Haushalt gestalten“. Auch in diesen Überschriften spiegelt es sich wider: Die Küstenkoalition hat etwas daraus gemacht, halt eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit der Übernahme der Haushaltsverantwortung haben wir auch weitere Verantwortungen übernommen. Wir haben uns nicht gescheut, die blinde Kürzungsorgie von Schwarz-Gelb zu beenden. Wir haben unsere Schwerpunkte gesetzt und diese unbeirrt verfolgt.

Einer dieser Schwerpunkte war und ist die **Bildung**. Das ist heute schon mehrfach gesagt worden. In einem ersten Schritt haben wir die Stellenkürzungen im Bildungsbereich halbiert, mit den BAföG-Mitteln haben wir zunächst 200 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und im kommenden Jahr folgen in einer zweiten Tranche weitere 200 Stellen aus den BAföG-Mitteln. Zusätzlich dazu stehen noch einmal 254 Lehrerstellen im Haushaltsentwurf 2017. Meine Damen und Herren, die 100-prozentige Unterrichtsversorgung ist in greifbarer Nähe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Opposition ist immer darauf herumeritten, dass wir unsere Haushaltspolitik auf Messers Schneide vollziehen würden, das wurde heute auch schon wieder gesagt, dass jede kleine ungeplante Erschütterung der Todesstoß unserer Politik sei. Nichts davon ist eingetreten, ganz im Gegenteil.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit der **Flüchtlingssituation**, die uns alle überrascht hat, die langfristig haushaltstechnisch nicht eingeplant werden konnte, sind wir sehr gut klargekommen. Mit einem guten Frühwarnsystem, mit weisen Entscheidungen und mit sehr viel Geld konnten wir die Herausforderungen bestehen. Kei-

ne Welt ist zusammengestürzt, nicht die finanzielle und auch keine andere. Ich erinnere an die Überschrift meiner Rede vom letzten Jahr: „Konsolidierung, Investitionen und humanitäre Verantwortung sind kein Widerspruch“.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die neueste Sau, die die CDU durchs Dorf treibt, ist die Behauptung, die Küstenkoalition lasse die Kommunen im Stich. Da bekommt man beim Frühstück in der Landespresse Zeilen zu lesen wie diese - ich zitiere -:

Für CDU-Fraktionschef Daniel Günther ist diese Lastenverschiebung symptomatisch für die Politik der Küstenkoalition. „Die Kommunen sollen ausbluten und der Frust der Kommunalvertreter und Bürgermeister weiter wachsen mit dem Ziel, den Widerstand der Basis gegen eine Kommunalreform zu brechen“, vermutet Günther.“

Oder es heißt:

„CDU-Fraktionschef Daniel Günther führte gestern als exemplarisches Beispiel für dieses Verhalten den Rückzug des Landes aus der Kita-Finanzierung an.“

(Zuruf SPD: Das sind doch Schauermärchen!)

Und als letztes Beispiel:

„Ich habe Rücken ...“, sagte der CDU-Fraktionschef im Landtag, Daniel Günther, gestern. Auslöser dieser ‚Klagen‘ war eine Fahrt über die Buckel-Piste der ‚sanierten‘ Landesstraße ...“

- 176 nicht 174, wie es in Ihrer Pressemitteilung hieß -

„am Ortseingang von Hutfeld. ‚Die CDU will mehr in die Landesstraßen investieren - schneller und früher in allen Teilen des Landes‘, sagte Daniel Günther.“

(Beifall CDU)

„In den nächsten zehn Jahren müssten 900 Millionen € ... investiert werden“. Das Geld sei auch vorhanden.“

Und Herr Günther verweist auf die 2,5 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen.

(Tobias Koch [CDU]: Genau!)

(Lars Winter)

Es ist ungeheuerlich, so durchs Land zu ziehen, Kollege Günther, Sie haben nicht Rücken, Sie haben Kopf.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In Ihrer Pressemitteilung vom 6. September 2016 warfen Sie der Ministerin Heinold vor, in Wolkenkuckucksheim zu leben. Das haben wir hier ja auch schon gehabt. Ich glaube aber, dass Sie der einzige sind, der den Realitätssinn verloren hat.

Dass die Einnahmeentwicklung sehr positiv war, darin habe ich Ihnen bereits Recht gegeben. Wir haben aber im Gegensatz zu Ihnen gezeigt, dass wir damit nicht nur die „Schwarze Null“, sondern auch einen Gestaltungswillen verbinden. Bei Ihnen kann ich dagegen nichts erkennen: kein Ziel, keinen Plan, nur wilde Luftschlösser.

Richtig ist, dass die Grundfinanzierung der **Kitas** seit 2011 auf 70 Millionen € eingefroren ist. Sie haben diese Deckelung in Ihrer Verantwortung für den Haushalt 2012 auch nicht zurückgenommen.

(Tobias Koch [CDU]: Wir haben erhöht 2012!)

Es wäre wünschenswert, zumindest die Tarifsteigerungen aufzufangen, keine Frage. Doch wir haben immer angekündigt, Prioritäten zu setzen. Und eine lag bislang bei der U-3-Betreuung. In unserer Regierungszeit haben wir die Zuschüsse für die Kitas, die Krippen und die Sprachförderung verdoppelt. Auch das ist schon mehrfach gesagt worden.

Durch unseren Mut, die Grunderwerbsteuer und den Erdölförderzins anzuheben, haben wir den Kommunen eine zusätzliche Einnahme von jährlich 20 Millionen € gesichert. Wir sind in die auslaufende Bundesförderung zu Schulsozialarbeit eingesprungen. Allein im kommenden Jahr erhalten die Kommunen über 17 Millionen €. Das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs ist in unserer Regierungsverantwortung um knapp 500 Millionen € auf rund 1,7 Milliarden € gestiegen. Und Sie reden vom Ausbluten der **Kommunen**? Ungeheuerlich!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kommen wir zum **Straßenbau**, da, wo Sie Rücken bekommen haben wollen, Kollege Günther. In Ihrer Regierungszeit haben Sie die Straßenbaumittel um 12 Millionen € gekürzt. Der Kollege Koch hat hier eben gerade etwas anderes gesagt mit der Verdopplung und der Verdreifachung. Das können Sie im

Finanzausschuss ja einmal aufarbeiten. Ich bin davon überzeugt, dass wir sie verdreifacht haben, dass es jetzt also dreimal so viel gibt. Wer kann dann noch solche Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU ernst nehmen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in all den Jahren immer ausreichende **Risikopuffer** in den Haushalt eingebaut. So haben wir das Zinsrisiko abgesichert, die mit dem Stabilitätsrat vereinbarten Sicherheitsabstände zur Verfassungsgrenze eingehalten, und in der Finanzplanung ist das Zinsrisiko für die Restrukturierung der HSH Nordbank abgebildet. Alle zu denkenden Unwägbarkeiten sind abgebildet. Wir unternehmen keinen Ritt auf der Rasierklinge.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte noch den ganzen Nachmittag so weitermachen: beim Arbeitsmarkt, im Bereich Innen, Justiz und Sport, bei den Themen Gesundheit und Pflege, Umwelt, Kultur. Überall haben wir Erfolge erzielt und Mehrwerte, mal kleinere, mal größere. Wie die Ministerin heute schon sagte: Es geht nicht alles auf einmal. Aber sie sagte es zutreffend: „Stück für Stück geben wir unserem Land eine neue Perspektive.“ Das ist eine sehr schöne und zutreffende Formulierung, Frau Ministerin. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe es in meiner ersten Haushaltsrede gesagt, und viele haben gelacht, insbesondere die Opposition, und ich sage es heute wieder bei dem letzten Haushalt, den ich begleiten darf, weil es stimmt: Wir können Haushalt!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Am internationalen Tag der Dankbarkeit, der ist nämlich heute auch, danke ich der Finanzministerin und ihrem Team für die gute Arbeit und für die Zusammenarbeit. - Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Lars Winter, irgendwie fange ich jetzt schon an, dich zu vermissen. Ich freue mich für die Plöner, aber für uns ist das ein echter Verlust.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auf einige Vorwürfe der Opposition eingehen. Vorweg möchte jedoch auch ich Monika Heinold, ihrem Ministerium und allen, die dazu beigetragen haben, dass uns dieser Haushaltsentwurf vorliegt, herzlich danken.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gern auf fünf Vorwürfe eingehen, die heute genannt worden sind. Vorwurf Nummer eins von Herrn Günther lautet, es komme nichts von dem, was wir im Haushalt haben, bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Lieber Herr Günther, wo landet das Geld denn? - Meinen Sie, Frau Heinold schmeißt es in die Förde und die Euros gehen unter?

(Zurufe CDU)

- Ich habe mich schon gewundert. Ich hoffe, dass Sie nicht unterstellt haben, dass wir das Geld einsacken. - Das Geld fließt ab, und es kann sein, dass Ihnen die eine oder andere Maßnahme nicht gefällt. Ich nenne hier zum Beispiel die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, die Biotop-Kartierung oder den Bau von Fahrradwegen. Keine Ahnung, es mag sein, dass Sie das alles nicht mögen. Das Geld dafür kommt natürlich trotzdem bei den Bürgerinnen und Bürgern an, die davon Nutzen haben.

Ein zweiter Vorwurf: Sie sagen, es werde zu viel Geld ausgegeben, es sei kein solider Haushalt, der uns vorliegt. Dazu wurden schon einige Zahlen genannt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht jedoch nicht, dass Sie - wie der kleine Häwelmann - ständig mehr und mehr fordern, egal in welcher Debatte wir sind. Wenn wir sagen, wir machen etwas für eine bessere Lehrerversorgung, dann sagen Sie: Wir haben aber mehr beantragt. Wenn wir sagen, wir wollen die Krankenhäuser sanieren, dann sagen Sie: Wir wollten das aber schon viel eher, und wir wollen mehr. Wenn wir sagen, wir sanieren die Straßen, dann sagen Sie: Wir wollen aber noch viel

mehr. - Das funktioniert so nicht, denn auch Sie können den Euro nur einmal ausgeben. Das ist genannt worden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der dritte Vorwurf lautet, es werde zu wenig investiert. Wir haben schon einige Hinweise auf **Investitionsquoten** gehört. Es bleibt dabei: Diese Quote ist eine rechnerische Größe, die aus unserer grünen Sicht zumindest nicht das wiedergibt, was nötig ist. Wenn man in die Zukunft investiert, dann muss man auch in Bildung investieren. Dann muss man auch in Sicherheit investieren. Sie können mir nicht erklären, dass irgendeine Uferpromenade eine sinnvollere Investition sei als zum Beispiel Investitionen in die Hochschulen, an denen wir gut für die Zukunft ausbilden. Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht wird nicht zu wenig investiert, sondern in die richtigen Bereiche investiert.

Dann kommt immer der Vorwurf, es werde zu wenig gebaut. Frau Raudies und ich haben uns eben nur angesehen. Wir laden Sie herzlich ein zur Besichtigung der A 7 mit dem Herrn Verkehrsminister, der ja gar keine Ahnung hat von Autobahnsanierung. Sie können sich gern einmal mit uns gemeinsam auf der Autobahn, die wir auch Stau-7 nennen, anstellen. Wenn man immer nur in den Norden fährt, dann kriegt man das nicht mit. Im Hamburger Randgebiet aber wird gebaut, und zwar so viel, dass man auf der Straße kaum noch herkommen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte gern wissen, wo Sie noch bauen wollen, Herr Koch. Wie wollen Sie denn Ihr Haus verlassen, wenn noch mehr gebaut würde? Das ist doch absurd.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Garg, ich verspreche es Ihnen. Wenn Sie wollen, dann nehme ich Sie in meinem Auto mit, dann machen wir eine Rundtour von meiner Haustür hierher. Dann kann ich Ihnen zeigen, wie viel bei uns gebaut wird. Frau Ostmeier weiß das auch.

Der Vorwurf Nummer vier war aus meiner Sicht der absurdeste Vorwurf. Er war vor allem absurd, weil er auch noch von Herrn Breyer bestätigt wurde; von den PIRATEN, die immer so tun, als sei es so wichtig, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen.

**(Eka von Kalben)**

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Den nehmen Sie noch ernst?)

- Sie von den PIRATEN tun doch immer so, als sei es so wichtig, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. Ausgerechnet Sie werfen es Frau Heinold vor, wenn sie, statt hier am grünen Tisch Politik zu machen, in den Sommerferien **Besuche im Land** macht. Es ist mir wirklich schleierhaft, was das für ein Politikverständnis ist. Es ist doch total sinnvoll, sich vor Ort zu zeigen. Das ist doch genau das, worüber wir hier stets gesprochen haben, nämlich dass wir mehr mit den Menschen reden wollen und uns nicht nur miteinander hier in diesem Glasbau unterhalten wollen. Diesen Vorwurf finde ich so bescheuert - Entschuldigung, diesen Vorwurf finde ich unglaublich.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Fraktionsvorsitzende, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Dr. Stegner?

(Zurufe)

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Mit Biobauern darf man auch reden.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Liebe Frau Kollegin von Kalben, ich finde, Sie sollten ein bisschen nachsichtig mit dem Kollegen Dr. Breyer sein.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

- Das ist doch eher Ihre Stärke.

- Das ist richtig erkannt. Wenigstens eine, die mich gut kennt. Liebe Eka von Kalben, Sie müssen es dem Kollegen Breyer nachsehen, wenn es ihm nicht gefällt, dass die Finanzministerin so viel unterwegs ist und so positive Resonanz bekommt. Diese bleibt ihm versagt. Das kann ich nachvollziehen. Insofern würde ich das eher so einordnen und ein bisschen Mitleid mit dem Kollegen haben und dies nicht kritisieren.

- Danke, Herr Stegner. - Ich bin jedenfalls der Meinung, dass es gut ist, wenn wir so viel wie möglich mit Menschen reden. Ja, auch wenn wir mit Biobauerinnen und Biobauern reden. Ich weiß gar nicht, was der Zuruf sollte. Natürlich reden wir mit allen Menschen.

Der Vorwurf Nummer fünf ist auch lustig: Wir machen, was Sie fordern. Warum loben Sie uns nicht

dafür? Entweder finden Sie das, was Sie fordern, selbst bescheuert - war das auch unparlamentarisch? -, entweder war das schlecht, was Sie fordern, oder aber Sie finden es richtig. Dann müsste es Sie doch freuen, wenn wir diese Dinge umsetzen. Insofern ist dieser Vorwurf von allen Vorwürfen, die Sie gebracht haben, der absurdeste.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke Ihnen für den Haushalt. Ich bin sicher, dass wir auf dem richtigen Weg sind. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich finde es immer schön, wenn die Abgeordneten die Ausdrücke selbst zurücknehmen. Dann kann ich gar nichts dazu sagen. Alles ist gut. - Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Ministerin, so viel Glück wie Sie habe ich leider nicht. Mein Fraktionsvorsitzender hat mir nur 3 Minuten Redezeit gelassen. Frau Ministerin, allerdings kann ich nicht verstehen, warum Sie angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, so entspannt sind. Ich glaube fest, dass Sie trotz der Euphorie über die sprudelnden Steuereinnahmen völlig vergessen haben, was eigentlich auf uns zukommt:

Wir haben Schulden in Höhe von 27 Milliarden €. Die Rechnung der HSH Nordbank steht noch aus. Das UKSH kann auch noch zu einem Millionengrab werden. Wir haben einen Sanierungsstau von 2,1 Milliarden €. Die Pensionslasten sind auch noch nicht angesprochen worden. Hinzu kommt, dass die Zinsen in der Zukunft steigen können. Gerade wenn wir die Schulden der HSH Nordbank einbeziehen, haben wir einen ziemlichen Schuldenberg, was das Zinsrisiko ins Unermessliche steigen lässt.

Wir kommen also auf knapp über 40 Milliarden €, über die wir uns mittelfristig Gedanken machen müssen. Das sind immense **Schulden**. Das ist ungefähr viermal so viel, wie unsere jährlichen Steuereinnahmen ausmachen. Diese Schulden sollten unsere Handlungsfähigkeit bestimmen. Frau Ministerin, seien Sie doch ehrlich: Ich glaube nicht, dass Sie sich so sicher sind, wie Sie all das in der Zukunft wuppen wollen.

(Torge Schmidt)

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich glaube nicht, dass Sie so entspannt sein können. Das nehme ich Ihnen einfach nicht ab. Eines ist auch klar: Mit einer solchen Schuldenlast bleibt nicht viel Raum für Wahlkampfgeschenke und für heimlich gestrickte Einsparungen.

(Beifall PIRATEN)

Das Gebot der Stunde lautet nach wie vor: Kluge Investitionen in die Zukunft, Sparen, Sparen, Sparen, und ein klares Bekenntnis zum Schuldenabbau.

Bei aller Ohnmächtigkeit, die wir angesichts dieses Schuldenbergs haben, dürfen wir nicht vergessen, dass dieses Land Schleswig-Holstein eine Zukunft haben soll. Deshalb haben wir PIRATEN uns zum Beispiel auch mit der Flüchtlingssituation auseinandergesetzt. Wir tragen die Ausgaben mit. Vor allen Dingen tragen wir auch die Ausgaben für die Lehrerstellen mit, denn das ist wichtig: Wenn wir nicht in unsere Köpfe investieren, werden wir diesen Schuldenberg in der Zukunft definitiv nicht abbauen können.

Ich komme zu einem nächsten Punkt, den ich ansprechen möchte: Die klugen Köpfe fehlen uns.

(Beifall PIRATEN)

Das sieht man momentan wieder. Wir konnten heute in der Zeitung lesen: **KoPers** wird zum Millionengrab. - Daraus schließe ich: Die Landesregierung hat sich ein Projekt vorgenommen, mit dem sie zum Leuchtturm moderner Verwaltung im Norden werden wollte. Sie hat sich ambitionierte Ziele gesetzt. Leider hat sie sich dabei total überhoben.

(Beifall PIRATEN)

Das sieht man auch daran, dass die Landesregierung einen externen IT-Manager eingestellt hat, um die Sachen geradezurücken.

Das ist halt das Problem. So sieht es mit Sparmaßnahmen in diesem Land aus: Man steckt sich ambitionierte Ziele - KoPers sollte Millionen im Landshaushalt einsparen -, aber am Ende ist es ein Millionengrab geworden, und wir zahlen sogar noch drauf. So funktioniert Sparen nicht!

(Beifall SSW)

Das ist das, was bleibt: Sie hatten nicht das Know-how für dieses Vorhaben.

(Beate Raudies [SPD]: Wir hatten noch keine PIRATEN!)

- Vielleicht hätte es dann besser geklappt; denn wir hätten uns wahrscheinlich nicht für ein solches

Softwareprojekt entschieden, ohne uns vorher Gedanken darüber zu machen, was wir eigentlich haben wollen.

(Beifall PIRATEN)

Das mag nicht Ihre Schuld, sondern die Schuld der Vorgängerinnen und Vorgänger gewesen sein.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende!

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Nichtsdestotrotz bleibt es bei der Feststellung: Genauso, wie es sich mit KoPers verhält, verhält es sich mit dieser Landesregierung. Sparen sieht definitiv anders aus. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich schaue noch einmal in die Runde. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung über die Ausschussüberweisung - -

(Volker Dornquast [CDU]: Hier!)

- Bitte? Sie haben sich gemeldet?

(Volker Dornquast [CDU]: Ja!)

- Das ist bei mir nicht angekommen; aber jetzt kommt es an. Herr Abgeordneter Dornquast, Sie haben selbstverständlich, wenn Sie es wünschen, noch das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

(Volker Dornquast [CDU]: Sie haben mir vorhin so nett zugelächelt, dass ich dachte, Sie hätten es gesehen!)

- Wenn ich Sie sehe, Herr Abgeordneter, dann lächle ich freundlich. - Aber jetzt dürfen Sie auch noch etwas sagen.

**Volker Dornquast [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur etwas richtigstellen: Hier wurde mehrfach behauptet, in der Zeit der CDU-FDP-Regierung wären die Steuereinnahmen kontinuierlich gestiegen - wie jetzt auch. Das ist völliger Quatsch!

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Ausnahme!)

- Nein, zwei Ausnahmen!



**(Volker Dornquast)**

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zwei in zweieinhalb Jahren! - Heiterkeit FDP)

Zweimal in zweieinhalb Jahren - das sind Ausnahmen? Nein! Das war ein Hauptmerkmal jener Zeit. Wir hatten im Jahr 2009 **Steuermindereinnahmen** von 6,7 %. Die absolute Zahl ist zwar gleich den Steuermehreinnahmen von 6,8 % im Jahr 2011; leider stimmen die Vorzeichen nicht überein. - Wo ist denn jetzt der Finanzexperte Winter? Ich weiß es nicht.

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter - -

**Volker Dornquast [CDU]:**

Man muss schon darauf achten, dass die Vorzeichen der Zahlen gleich sind, wenn man über die Gleichheit von Einnahmen redet. Im Jahr 2010 hatten wir Steuermehreinnahmen von 1,4 % und erst im Jahr 2011 wieder die absolute Zahl von 2008 erreicht. Das sollten auch Sie bitte bedenken.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, lassen Sie - -

**Volker Dornquast [CDU]:**

Das habe ich aus dem Internet abgeschrieben. Die Zahlen müssen also richtig sein.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Erlauben Sie eine - - Sie erlauben nicht. Gut.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was wahr ist, muss auch wahr bleiben!)

Jetzt hat die Ministerin noch etwas anzumerken. Bitte, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf den wunderschönen Umdruck 18/6078, weil darin die Steigerung der **Steuereinnahmen** verzeichnet ist: 2006 plus 9,6 % - ich glaube, damals haben Sie regiert -, 2007 plus 8,9 %, 2008 plus 5,5 %, 2009 der Einbruch um 4,8 %; das war also ein Minus. Dann waren es einmal minus 0,4 %. Weiter ging es mit 5,5 %, dann mit 9,6 %.

Ich habe auf den Durchschnitt verwiesen. Dieser ist in Ihrer Zeit bisher besser als in unserer Zeit gewesen, wenn man das so sagen darf. Aber ich setze darauf, dass die Steuereinnahmen weiter sprudeln.

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin - -

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Auch wir hatten eine Minussteuereinnahme - wenn wir schon beim Minus sind -, nämlich im Jahr 2014. Sie von der Opposition reden immer so viel von „Glück“, scheinen also auch das Minus im Jahr 2014 als Glück eingepreist zu haben. Letztlich kommt es auf den Durchschnitt an.

Ich darf noch eines sagen. Es irritiert und schmerzt mich, dass Sie so viel Kritik daran üben, dass ich mit den Menschen vor Ort rede. Ich sage es noch einmal in die Richtung von CDU und FDP: Ich verstehe diese Kritik einfach nicht. Ich verstehe nicht, warum es einer Finanzministerin nicht erlaubt sein soll, vor Ort darzulegen, wie **europäische Fördermittel** wirken. Fast alle Projekte, die ich besucht habe - bis auf die Halligen; dort sind es andere Fördermittel -, erhalten europäische Fördermittel. Wir sagen doch immer, dass wir Europa auch vor Ort positiv darstellen wollen. Daher ist es wichtig, auch mit den Menschen vor Ort über europäische Fördermittel zu reden.

Eines noch zu dem grünen Klassenzimmer. Es ist ja der beliebteste Kritikpunkt seitens der CDU, ich hätte ein grünes Klassenzimmer besucht. Herr Sönichsen von der CDU, Sie waren an meiner Seite!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube, wir beide können bestätigen, dass dieser Besuch des grünen Klassenzimmers kein heimlicher schwarz-grüner Wahlkampfauftakt in der Sommerpause war.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf SPD: Das hoffen wir!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Anmerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Ja.



**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Frau Ministerin, eigentlich hätten Sie noch viel länger reden sollen; da tun sich Abgründe auf.

(Heiterkeit FDP)

Ich glaube, Kollege Dornquast wollte eigentlich sagen - er hat sich nur nicht getraut, es so deutlich auszudrücken -, dass die Union erst die FDP gebraucht hat, um tatsächlich ordentliche, solide Haushaltspolitik hinzubekommen.

(Heiterkeit und Beifall FDP und SPD)

In der Tat begann der harte Konsolidierungskurs erst mit dem Kabinett Carstensen zwei, weil die Sozialdemokraten von 2005 bis 2009 von der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung noch nicht wirklich überzeugt waren. Ich glaube, das wollte Herr Dornquast eigentlich sagen. Deswegen ist es immer eine wichtige Frage, welche Perioden man betrachtet. Ich kann verstehen, dass Sie eine etwas langfristige Betrachtung angestellt haben, da der Finanzminister derselbe war. Ich würde das aus unserer Perspektive immer etwas anders betrachten.

(Beifall FDP - Volker Dornquast [CDU]: Ich finde es nett, dass Sie einem alten Mann geholfen haben!)

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Ich würde das alles ungern kommentieren wollen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe Drucksachen 18/4355 und 18/4356 sowie den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4592 dem Finanzausschuss zu überweisen, den Bericht zur abschließenden Beratung. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig beschlossen. - Danke schön.

Dann kommen wir jetzt zu dem Tagesordnungspunkt mit der - -

(Zuruf CDU: Es gibt noch den Antrag unter Tagesordnungspunkt 45, über den wir abstimmen müssen! Da geht es um eine Empfehlung des Finanzausschusses!)

- Ja, genau.

Wir kommen noch zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/4427. Das war das, was Sie meinten? - Richtig. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/4427 anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so angenommen. Weitere Abstimmungen sind nicht vorgesehen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 34:

**Verantwortung übernehmen - Einsatzkräfte schützen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4535

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/4662

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Herr Abgeordnete Dr. Bernstein.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer wieder ereilen uns Nachrichten darüber, dass Polizeibeamte Opfer von gewalttätigen Angriffen geworden sind - auch hier in Schleswig-Holstein. Ich erinnere nur an das letzte Wochenende im Juli, als sieben Polizeibeamtinnen und -beamte zum Teil schwer verletzt wurden. Wenn man in die Statistik schaut, dann stellt man fest, dass nicht nur die Schwere solcher Angriffe, sondern auch deren Häufigkeit zunimmt. Statistisch gesehen wird nahezu jeden Tag ein Polizeibeamter in unserem Land Opfer eines tätlichen Angriffs. Wir wollen dagegen ein Zeichen setzen.

Wir meinen, dass der Respekt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten, aber auch gegenüber anderen, die im Dienste unserer Gesellschaft tätig werden, beispielsweise Rettungskräften, jeder Förderung bedarf, die wir leisten können. Wir unterstützen ausdrücklich die Bundesratsinitiativen, die vom

(Dr. Axel Bernstein)

schwarz-grün regierten Hessen und von der Landesregierung des Saarlandes in den Bundesrat eingebracht worden sind. Das ist jetzt allerdings schon eine ganze Weile her. Sie liegen dort seit dem vergangenen Jahr.

Man hat in diesem Frühjahr vereinbart, dass der Bundesjustizminister einen Vorschlag unterbreiten soll. Wir wünschen uns, dass es neben Worten langsam Taten gibt, denn wir sind der Überzeugung: Die Erhöhung eines Strafrahmens ist an dieser Stelle nicht nur angemessen, sondern wird auch Wirkung zeigen.

Nun ist am heutigen Tag ein Änderungsantrag von den Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW eingegangen, der eine Reihe weiterer Punkte enthält und in dem ergänzend auf die Überprüfung strafrechtlicher Regelungen hingewiesen wird. Sie sprechen von Überprüfung. Ich wünsche mir, dass Sie, wie der Innenminister, ein klares Signal setzen würden. Der Innenminister hat sich ja nun endlich durchgerungen und gesagt: Ja, ich halte das für den richtigen Weg. - Vielleicht können Sie ihm im Bereich der **inneren Sicherheit** einmal den Rücken stärken.

Sie haben in Ihren Antrag eine Reihe weiterer Punkte hineingebracht, beispielsweise die strukturierte Befassung dieses Themas in der **Landespolizei**. - Das ist bestimmt eine ganz innovative Neuerung. Sie haben das Einsatztraining hervorgehoben. - Ja, das ist richtig. Sie haben die persönliche Ausstattung von Beamten hervorgehoben. - Das kann man machen. Sie reden auch vom Respekt gegenüber Einsatzkräften und der Prävention. - All das kann man machen.

All das hätten Sie aber auch in den letzten einhalb Jahren längst beantragen können. Deswegen sage ich: Wir werden Ihrem Antrag heute nicht zustimmen, auch wenn diese Punkte in der Sache nicht alle falsch sind, weil es in Wahrheit nicht darum geht, dass Sie diese Punkte umsetzen wollen, sondern dass Sie gegenüber der Öffentlichkeit vertuschen wollen, dass Sie keine Mehrheit finden, den Strafrahmen bei **Angriffen auf Polizeibeamte** zu erhöhen. Das ist der Hintergrund.

(Beifall CDU)

Anstatt dem Antrag der CDU klar zu folgen, der sagt: „Wer einen Polizeibeamten oder ein Mitglied eines Rettungsdienstes angreift, muss mit einer höheren Strafe als in der Vergangenheit rechnen“, sagen Sie: „Wir wollen uns das alles einmal angucken und prüfen“, während der Innenminister an dieser Stelle Gott sei Dank ein Stück weiter ist.

Ich hoffe, das gilt für die Landesregierung insgesamt. Wenn ich mir die Äußerung der Justizministerin anschau, die sie hier im Hohen Hause bei einer Beratung zu dem Thema im April 2015 getan hat, wird mir angst und bange. Zu der Frage, ob Polizeibeamte und Einsatzkräfte einen besonderen strafrechtlichen Schutz brauchen, gibt es nämlich die Aussage von Frau Spoorendonk:

„Wenn es uns um die Sache geht, lautet die Antwort nein, und sie kann auch nicht anders lauten. ... Für bloße Symbolpolitik ist dieses Thema nun wirklich zu ernst.“

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das! - Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Peters, ich freue mich über Ihre klare Meinungsäußerung. Von Ihnen ist das unrühmliche Zitat überliefert: Überdies werde das Problem übertrieben, meinte Peters. Dass Polizeibeamte Gewalt ausgesetzt sind, sei Teil ihres Berufes.

Lieber Kollege Peters, Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern Sie sind ein Teil des Problems,

(Beifall CDU und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

wenn wir über mangelnden **Respekt gegenüber Polizeibeamten** sprechen.

Deswegen noch einmal ganz klar meine Forderung: Stimmen Sie heute dem Antrag der CDU zu! Setzen Sie ein klares Zeichen für mehr Respekt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten! Versuchen Sie nicht, sich mit Ihrem Änderungsantrag vor einer Entscheidung zu drücken! Sie können es heute klarmachen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Simone Lange das Wort.

**Simone Lange [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und **Polizeibeamte** nimmt zu - sowohl in ihrer Anzahl als auch in ihrer Intensität. Gewalttaten nehmen mittlerweile Formen an, die einem die Sprache verschlagen. Auch in Schleswig-Holstein wurden im vergangenen Jahr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte beleidigt, bespuckt und in einem Fall sogar

(Simone Lange)

mit Kot beworfen. Schlimmer geht es wohl kaum, darin sind wir uns alle wohl einig.

Doch wenn es um die Frage geht, wie diese Gewaltentwicklung gestoppt und wie der Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten sichergestellt werden kann, scheiden sich durchaus die Geister. Auf der Suche nach dem richtigen Rezept stehen nach wie vor die Fragen im Raum, ob zur Eindämmung von Gewalt eine Spezialnorm notwendig ist, ob Strafen zum wiederholten Male aus Gründen der Abschreckung verschärft werden müssen oder ob nicht vielmehr andere Fragen auf die Tagesordnung gehören.

Der Auftrag der deutschen Landespolizeien ist die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und die Abwehr von Gefahren für die Öffentlichkeit. Es gehört zum Berufsalltag von Polizeibeamtinnen und -beamten, in akuten Konfliktlagen zu agieren, und es ist das Wesen des Polizeiberufes als Träger des Gewaltmonopols, im erforderlichen Fall Gewalt auszuüben. In jeder Polizeiuniform steckt ein Mensch, und es gilt, diesen Menschen ganz besonders vor Gefahren und Verletzungen im Beruf zu schützen.

Den strafrechtlichen Schutz bietet das Strafgesetzbuch in der Sondernorm des § 113 unter dem Titel „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“. Das Strafmaß beläuft sich auf bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Darüber hinaus sind Polizeibeamtinnen und -beamte durch das Strafgesetzbuch und die Tatbestände der Straftaten gegen die **körperliche Unversehrtheit** geschützt. Je nach Intensität der Tat handlung drohen einem Angreifer unter anderem Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Damit ist die körperliche Unversehrtheit auch von Polizistinnen und Polizisten vorrangig durch die Paragrafen zu den Körperverletzungsdelikten des Strafgesetzbuches geschützt, die schon immer gegenüber dem Widerstand die weit höheren Strafandrohungen vorsehen.

Besonders schwerwiegende Folgen einer solchen Tat können sogar einen Verbrechenstatbestand begründen, bei dem die Freiheitsstrafe im Mindestmaß ein Jahr beträgt.

Da es mittlerweile auch häufig dazu kommt, dass Polizistinnen und Polizisten angegriffen und verletzt werden, ohne dass sie in Ausübung ihrer Gewaltbefugnisse einschreiten oder irgendeinen Anlass für einen unvermittelten Angriff gegen sie gesetzt hätten, gilt es zu prüfen, ob hier im Strafgesetzbuch im Zusammenhang mit § 113 eine Schutzlücke besteht, die es tatsächlich zu schließen gilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Abschreckung potenzieller Täter aber soll erreicht werden, wenn nun schon wieder die Erhöhung eines Strafrahmens auf eine Mindeststrafe von sechs Monaten gefordert wird? 2010 erreichte es eine Bundesratsinitiative aus Bayern, eine Strafverschärfung für den Tatbestand des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte auf den Weg zu bringen. Das ist gerade einmal sechs Jahre her, und die damaligen Befürworter, die auch heute noch im Landtag sitzen, sind den Nachweis schuldig geblieben,

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

dass die schon damals als Hauptargument ins Feld geführte Abschreckung auch nur einem Kollegen genutzt hätte.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verzeihen Sie mir deshalb die Skepsis gegenüber einem weiteren Drehen an der Verschärfungsspirale, weil dies in fast sträflicher Weise die tatsächlichen Ursachen verdeckt.

Ob es Ihnen gefällt oder nicht, gegen **Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte** hilft am Ende nur gute Sozial- und Gesellschaftspolitik auf der einen Seite und eine moderne, gut ausgestattete und gut ausgebildete Landespolizei mit der richtigen Landesregierung, die das beherzigt.

Einer grundsätzlichen Diskussion, ob wir neben dem bestehenden § 113 StGB noch eine besondere Strafvorschrift für Angriffe auf Polizeibeamte außerhalb der eigentlichen Einsätze brauchen, verschließen wir uns nicht. Alle bisher aufgeführten Fälle allerdings waren von § 113 abgedeckt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU - das konnten wir vorhin in der Haushaltsdebatte hören -, auf Ihre nicht müde werdenden Vorwürfe, dass die Landesregierung der **Landespolizei** ihre Unterstützung versage, antworten wir munter und selbstbewusst, dass wir es waren, die 2012 die Stellenanhebungen auf zahlreichen Dienstposten vorgenommen, die Jubiläumszuwendungen wieder eingeführt, die Polizeizulage angehoben, die Erschwereniszulage aufgestockt, den Schmerzensgeldfonds eingeführt, zusätzliche Zusatzurlaubstage für geleistete Nachtdienststunden erhöht, Nachtdienststunden in das Folgejahr übertragbar gemacht, den Stellenabbau gestoppt und die Einstellungszahlen auf nie da gewesene Höhe erhöht haben. Wir haben das Einstiegsamt umgesetzt, die Dienstvereinbarung „Garantiertes 72-Stunden-Wochenende inner-

(Simone Lange)

halb 4 Wochen“ erreicht, neue Dienstwaffen angeschafft, neue Schutzschilder, neue Teleskopschlagstöcke, neue Außentragehüllen, einen modernen Fuhrpark geschaffen, Videoüberwachung an Fahrzeugen eingeführt. Wir haben den „Stopp-Stick“ angeschafft. Wir haben persönliche Schutzausstattungen um einen Stichschutz ergänzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stehe für Anregungen, Kritik und Fragen gern zur Verfügung, liebe CDU. Aber nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass wir mindestens 19 Schritte voraus sind und weitere Schritte gehen werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestatten Sie mir einen Satz in Anlehnung an ein Zitat der Kanzlerin, das mich durchaus ein bisschen beeindruckt hat: All diejenigen, die ihre Argumentation allein auf Gefühlen aufbauen, werde ich wohl nicht mit Fakten überzeugen können. Darum lassen Sie mich mit einem Gefühl antworten: Ich bedaure es, Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, das sagen zu müssen. Aber Sie treten auf der Stelle mit Tendenz zur Seite. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie gemeinsam mit mir den Gründer der internationalen Konferenzreihe IHC, Mr. Stan Thompson, aus Charlotte, USA. Sie waren gestern auf der InnoTrans in Berlin, und wir freuen uns besonders über Ihren Besuch in unserem Hause. Denn die 9<sup>th</sup> International Hydrail Conference fand 2014 in Neumünster bei uns in Schleswig-Holstein statt, und Sie fühlen sich uns verbunden. Danke, dass Sie uns besuchen.

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede Gewalttat gegen Polizeibeamtinnen und -beamte oder andere Einsatzkräfte ist ein schlimmes Ereignis. Wenn Sie, Herr Bernstein, behaupten, ich hätte an diesem Satz in der Vergangenheit jemals irgendetwas infrage gestellt, ist das eine bodenlose Unverschämtheit!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Oft sind diese Angriffe für die Betroffenen mit schwerem körperlichen und psychischen Leid verbunden. Ihnen gelten unsere uneingeschränkte Solidarität und unser Mitgefühl.

Auch daran, dass diese Angriffe in den letzten Jahren zugenommen haben, dürfen wir uns unter keinen Umständen gewöhnen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nie!)

Uns alle in diesem Haus eint die Überzeugung, dass wir gegenüber der Polizei und den Einsatzkräften die Pflicht und Schuldigkeit haben, Verantwortung zu übernehmen und sie mit geeigneten - das betone ich - Mitteln zu schützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf das Wie kommt es an. In dieser Hinsicht, liebe CDU, stehen Sie mit Ihrem Ansinnen einer **Strafrechtsverschärfung** nach dem Muster der Bundesratsinitiative aus Hessen auch in diesem Jahr und heute hier wieder ganz allein da.

Ich darf an die lebhafte Debatte dazu in diesem Landtag im Mai 2015 erinnern. Zwei Redebeiträge stammten von Frau Kollegin Lange und von Herrn Dudda. Beide sind Vollstreckungsbeamte. Niemand konnte Ihrem damaligen Antrag, Hessen im Bundesrat zu unterstützen, irgendetwas abgewinnen. Das wird auch heute so sein. Ich bringe noch einmal die wesentlichen Gegenargumente.

Erstens. Zunächst ist es juristisch schwierig, einen solchen Sondertatbestand gegenüber der normalen **Körperverletzung** zu rechtfertigen. **Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten** ist schlimm, aber sie ist nicht schlimmer als Gewalt gegen gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger. Körperliche Unversehrtheit ist ein Gut, auf das jeder gleichermaßen ein Recht hat. Der Unrechtsgehalt ist derselbe.

Dass sich Angriffe auf Amtsträgerinnen und Amtsträger gegen die Allgemeinheit und grundlegende Werte des Zusammenlebens richten - so ist es zu lesen in den Initiativen -, wäre ein völlig neu konstruiertes strafrechtliches Schutzgut. Wenn damit auch gemeint sein soll, dass das staatliche Gewaltmonopol selbst zum Schutzgut der Strafnorm erhoben wird, wird es endgültig absurd. Es wäre das fatale Eingeständnis staatlicher Schwäche und völliger Hilflosigkeit.

Zweitens. Die vorhandenen Mittel des Strafrechts sind ausreichend. Wenn ein Polizeibeamter wie im Juli bei einem Angriff schwere Kopfverletzungen



(Burkhard Peters)

erleidet, dürfte das der Tatbestand des § 224 StGB - gefährliche Körperverletzung - sein. Der hat bereits einen Strafraumen von - Frau Kollegin Lange wies bereits darauf hin - sechs Monaten bis zehn Jahren. Daneben sind mindestens noch Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte erfüllt - jeweils mit Strafverschärfung in besonders schweren Fällen.

Damit komme ich zum dritten Punkt. Wenn diese Tatbestände nicht alle Straftaten verhindern können, wieso sollte es dann ein weiterer tun? Er tut es natürlich nicht. Härtere Strafen nutzen hier nicht das Geringste.

(Beifall PIRATEN)

Kriminologisch ist ohne Zweifel, dass härtere Strafen im Bereich der Gewaltkriminalität nahezu keine abschreckenden Wirkungen haben. Denn es handelt sich nicht um Delikte, von denen sich die Täter irgendeinen Vorteil versprechen, sondern das sind hochgradig affektive und irrationale Entgleisungen. Die Täter stellen keine Rechtsfolgeabwägungen an, wenn sie ausrasten. Aus genau diesem Punkt nutzt das Drehen an dieser Stellschraube im Grunde genommen nichts.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Besonders wichtig ist dabei der besondere **Respekt vor Polizei und Einsatzkräften** und dafür, wofür sie stehen. Er lässt sich nach meiner sicheren Überzeugung durch das Strafrecht nicht verordnen. Wir müssen stattdessen den Ursachen des sinkenden Respekts und für geringe Hemmschwellen für Gewalt in bestimmten Milieus gegenüber Polizei und anderen Einsatzkräften auf den Grund gehen.

Respekt wird durch Erziehung und Bildung erzeugt. Verbesserte Einsatztrainings, bessere Schutzausstattung wie eine Spuckhaube für solche Täter, die dazu neigen, die Polizei anzuspucken, ein Fonds zur Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen oder die Vermittlung eines positiven Bildes in Kindergärten und Schulen sowie die Stärkung der kriminalpräventiven Räte - das sind Lösungsansätze, die Erfolg versprechen. Ihre Symbolpolitik tut dies nicht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die hohe Zahl von **Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte** ist alarmierend, mehr noch ist es die Brutalität, mit der Polizeibeamte zum Teil angegriffen werden. Das war zum Beispiel erst kürzlich bei einem Fall in Kiel-Gaarden so. Einen Handlungsbedarf in dieser Frage muss man deshalb bejahen.

Die Frage ist, ob der von der Union vorgelegte Antrag zur Änderung des Strafrechts eine angemessene Reaktion auf die bekannte und bedauernde Entwicklung darstellt. Daran hat die FDP-Fraktion - dies haben wir bereits bei früheren Gelegenheiten deutlich gemacht - erhebliche Zweifel.

(Beifall FDP, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Die Initiativen der Union und insbesondere der beiden Länder, auf die Sie abheben, dienen nicht dazu, etwaige Gesetzeslücken zu schließen, sondern sie führen im Ergebnis zu völlig unterschiedlichen strafrechtlichen Konsequenzen - je nachdem, ob das Opfer ein „normaler“ Bürger oder eine Amtsperson ist. Geht es um einen Polizeibeamten, würde in Zukunft bereits ein angedeuteter Remppler oder der Zusammenstoß einer Demonstrantenkette mit der Polizei zu einer Freiheitsstrafe führen können. Nach dem hessischen Entwurf ist der Strafraumen damit weiter als bei einer einfachen und qualifizierten **Körperverletzung**. Eine Handlung, deren Voraussetzungen teilweise unter denen einer Körperverletzung liegen, soll demnach schärfer bestraft werden als eine Körperverletzung selbst - jedenfalls wenn der Geschädigte ein Polizeibeamter ist. Dagegen würde zum Beispiel der Schlag in das Gesicht eines „normalen“ Bürgers in der Regel bei Ersttätern weiterhin mit einer Geldstrafe geahndet. Das bloße Ausholen zum Schlag gegen einen Polizeibeamten müsste dagegen mit einer Freiheitsstrafe nicht unter sechs Monaten bestraft werden.

Solche Formen von Ungleichbehandlung erscheinen mir als unangemessen und unverhältnismäßig. Absehbar ist, dass neue Gesetzesvorschriften dieser Art wieder vor den Verfassungsrichtern in Karlsruhe landen würden. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie dort kassiert werden, wie es bei ähnlichen Fällen von Sicherheitsgesetzen, die aus der schwarzen, aber auch aus der roten Ecke gekommen sind, geschehen ist, ist nicht gering.

Die Initiative der Union ist damit allen lautstarken Bekundungen zum Trotz weder in der Sache hilfreich noch sonderlich aussichtsreich, die Belange

(Dr. Ekkehard Klug)

von Polizeibeamten und anderer Einsatzkräfte, die Opfer von Gewaltdelikten werden, wirklich wirksam zu vertreten und ihnen in Zukunft tatsächlich dauerhaft besseren Schutz zu gewähren. Entscheidend für die Entfaltung einer Abschreckungswirkung ist doch, dass solche Delikte rasch zur Anklage kommen und dann vor allem zu entsprechenden Urteilen führen. Dann sind die normalen strafrechtlichen Bestimmungen etwa in Fällen von Körperverletzung sehr wohl ausreichend. Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte könnte man zum Beispiel besonders geschulten Sachbearbeitern bei den Staatsanwaltschaften zuweisen. Für den Anschluss des Geschädigten als Nebenkläger könnte man dienstlichen Rechtsschutz gewähren.

Das ginge als aktive Unterstützung vonseiten des Dienstherrn über das hinaus, was Sie für Prävention und Öffentlichkeitsarbeit - das halten wir durchaus für wichtig - in Ihrem Alternativantrag beschreiben.

Ich meine, die Verantwortung des Dienstherrn, seine Fürsorgepflicht, kann in der Praxis durchaus so wahrgenommen werden, dass der Staat im Falle einer Schädigung seiner Mitarbeiter ein besonderes Augenmerk darauf richtet, dass die Täter vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden, dass er also hier im Verfahren eine aktivere Rolle spielt, als es sonst der Fall ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre ein Weg, um vielleicht auch eine Brücke zu dem Anliegen der Union zu bauen, das ja im Prinzip lobenswert ist, nämlich dass man die Polizeibeamten in Zukunft vonseiten des Dienstherrn besser unterstützt.

Wie gesagt, den Verweis auf die Initiativen der beiden anderen Bundesländer halten wir aus den von mir genannten Gründen nicht für zielführend. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Kollegin Lange und Herr Kollege Peters, ich habe mit großem Interesse Ihren Ausführungen gelauscht. Nur, sie passen so gar nicht zu dem Antrag, den Sie uns heute vorlegen.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Die CDU fordert mit ihrem Antrag, Einsatzkräfte zu schützen. Auch die Koalition suggeriert hier, es gehe darum, Angriffe zu verhindern, und deswegen müssten mögliche **Schutzlücken** geschlossen werden. Dieser Zusammenhang wird in Ihrem Antrag hergestellt. Genau da muss ich sagen: Wer das suggeriert, will unsere Polizeibeamten für dumm verkaufen; denn die **Strafrechtsverschärfung** kann gerade keinen Schutz bieten. Das haben wir heute schon mehrfach gehört. Gerade weil es so wichtig ist, dass wir die Beamtinnen und Beamten unterstützen, die ihren Kopf für uns und für unseren Schutz hinhalten, ist hier kein Platz für eine Symbolpolitik, die gerade nicht weiterhilft. Die Verschärfung einer Strafandrohung hat noch nie etwas verhindert oder verhütet, und das wird sie auch in Zukunft nicht tun.

Ein **Sonderstrafrecht** für eine **einzelne Berufsgruppe** einzuführen, würde auch Ungerechtigkeiten im Verhältnis zu vergleichbaren Fällen schaffen, zum Beispiel zu Menschen, die Zivilcourage zeigen und bei Gewaltstraftaten dazwischengehen und dabei verletzt werden. Die sind doch nicht weniger Wert. Es muss uns darum gehen, den Respekt vor Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einzufordern beziehungsweise wiederherzustellen. Aber dabei dürfen wir nicht mit falschen Zahlen arbeiten.

Wer sich die Mühe macht, einmal die Antworten der Landesregierung auf die jährlichen Anfragen zum Thema Widerstandshandlungen anzusehen, der sieht, dass die **Zahl der Gewaltdelikte** mitnichten in den letzten Jahren gestiegen ist, sondern dass die Zahl im Jahre 2015 im Vergleich zu 2014 leicht gesunken ist. Es gibt auch weniger Verletzte bei Gewaltdelikten gegenüber Polizeibeamten. Im Vergleich zu 2012 sind die Zahlen sogar erheblich zurückgegangen. Es besteht also überhaupt kein Anlass für Hysterie. Die entgegenstehende Behauptung - auch im Antrag der Koalition - mit der steigenden Gewalt ist falsch.

Unser Ziel muss es sein, sehr verehrte Damen und Herren, nach Möglichkeit zu erreichen, dass es erst gar nicht zur Gewalt gegen Polizeibeamte kommt. Es geht also darum, nicht erst hinterher zu sehen, dass jemand vielleicht ein oder zwei Jahren bestraft wird, sondern möglichst zu verhindern, dass überhaupt solche Übergriffe stattfinden und Erfolg haben.

Damit hat sich etwa das **Kriminologische Forschungszentrum in Niedersachsen** in einer ausführlichen **Studie** befasst, die auch im Auftrag der



(Dr. Patrick Breyer)

Gewerkschaft der Polizei erstellt wurde. Es unterbreitet eine ganze Reihe von Empfehlungen, die zwar Geld kosten würden, aber tatsächliche Hilfe bewirken könnten - im Gegensatz zu einem bloßen Stück gedrucktes Papier -, nämlich unter anderem die Aus- und Fortbildung in diesem Bereich zu evaluieren, verstärkt auch weibliche Beamte einzusetzen, den Einsatz besser vor- und nachzubereiten, Nachschulungen in deeskalierender Kommunikation oder bei der Schutzausstattung nachzubessern. All das kann helfen, anders als eine Strafrechtsverschärfung. Deswegen ist es auch falsch, wenn die Koalition im dritten Absatz ihres Antrages ein Signal einfordert. Das ist ja nur ein anderes Wort für ein Symbol. - Einsatzkräfte schützen, ja, aber das geht anders.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun der Kollege Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits seit Jahren verzeichnen wir eine zunehmende Entwicklung im Hinblick auf Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, und es ist ja auch nicht das erste Mal, dass wir uns hier im Landtag mit dem Thema Gewalt gegen Polizeibeamte befassen. Die Bandbreite der Delikte, denen unsere Polizei dabei ausgesetzt ist, reicht von Widerstand, Attacken bis hin zu Verletzungen, von den Beleidigungen ganz zu schweigen. Das erleben nicht nur Polizeibeamtinnen und -beamte in ihrem Alltag, sondern auch Zugbegleiter, Kontrolleure in Bussen und Bahnen oder Politessen. Aber es sind insbesondere unsere Polizeibeamten, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit besonderen Einsatzlagen ausgesetzt sind. Es handelt sich häufig um Einsätze mit hohem Konfliktpotenzial. Dabei geht es beispielsweise um häusliche Gewalt oder Gewalt im öffentlichen Raum. Häufig weisen die Täter psychische Auffälligkeiten auf oder sind als drogen- oder alkoholabhängig auffällig.

Wir verzeichnen einen **Wertewandel** in Teilen der Gesellschaft, verbunden mit einem **Akzeptanzverlust** gegenüber der Polizei, sowie eine zunehmende Bereitschaft, Konflikte mit Gewalt zu lösen; dabei nimmt der Respekt vor der körperlichen Unversehrtheit des Mitmenschen ab. Doch woraus resultiert ein solcher Wertewandel? Liegt es an der Perspektiv- und Mutlosigkeit mancher Menschen, die

keine beruflichen Perspektiven haben, in der Integration gescheitert sind oder keine ausreichende Erziehung erhalten haben? Es geht hier um Menschen, die wütend sind auf die Gesellschaft, in der sie scheitern, und deshalb ein Kräftemessen mit dem Staat in Person der Polizeibeamten suchen.

Es kann daher nicht allein um die Frage gehen, wie wir die Polizei durch Ausstattung besser schützen. Hier muss aus Sicht des SSW mindestens zweigleisig gefahren werden. Wir brauchen eine **gesellschaftliche Debatte** zum Umgang mit Gewalt in unserer Gesellschaft, über mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften und über die Verhinderung von Übergriffen. Damit einher muss aber auch gehen, dass von vornherein versucht wird, Gewalt zu verhindern. Das heißt, auch die Präventionsarbeit muss weiter gestärkt werden.

Zum anderen müssen die **Beamten geschützt werden**, die Gewalt ausgesetzt sind; das ist klar. Denn auch Polizeibeamte haben ein Anrecht auf körperliche Unversehrtheit. Als Dienstherr hat das Land hier gegenüber seinen Beamten, die ihren Dienst tun, immer eine Verantwortung. Das möchte ich unterstreichen. Ich denke, wir sind hier einer Meinung. So ist auch unser Antrag zu verstehen.

Darüber hinaus müssen die **Delikte** gegen Polizeibeamte **geahndet werden**. Straftaten gegen körperliche Unversehrtheit müssen bestraft werden. Auch Beleidigungen müssen verfolgt werden. Wir haben die rechtlichen Instrumente und brauchen deswegen auch keine Verschärfung; denn auch härtere Strafen werden die Gewaltbereitschaft gegenüber staatlichen Organen nicht unterbinden.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Mit der Bündelung von Maßnahmen, wie wir sie in unserem Antrag beschrieben haben, wird man Gewalt gegen Polizeibeamte zwar nicht verhindern können. Aber wir müssen unser Möglichstes dafür tun, dass die Zahl der Delikte auch in Zukunft sinkt. Das muss schon unser Anspruch sein. Wir geben der Polizei die politische Rückendeckung, die Verlässlichkeit und das Vertrauen, die sie verdienen. Wir machen keine Attacken aus dem Parlament heraus, wie es einer Pressemitteilung der Polizeigewerkschaft zu entnehmen ist.

Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Rolle der **Polizeibeauftragten** des Landes hinweisen. Natürlich wird sie das Problem nicht umfassend lösen können; das ist auch nicht ihre Aufgabe. Aber sie ist Ansprechpartner auch und gerade für Polizeibeamte, die mit Problemen

(Lars Harms)

im Dienst zu kämpfen haben. Wir wissen, dass Beleidigungen, Angriffe und Attacken gegen Polizeibeamte physische und psychische Spuren hinterlassen können. Daher wird sie in dieser Funktion eine wichtige Rolle einnehmen, als Schnittstelle zwischen der Polizei und auch der Rechtsprechung, um immer wieder deutlich zu machen, wo bei der Polizei der Schuh drückt.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, allein durch diese wichtige Maßnahme, aber natürlich auch durch unseren Antrag können Sie sehen, dass wir Verantwortung übernehmen und dass wir unsere Einsatzkräfte bestmöglich schützen. Dabei wird es auch bleiben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun Herr Innenminister Stefan Studt das Wort.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte sind Angriffe auf unsere Gesellschaft und auf unser Wertesystem. Laut polizeilicher **Kriminalstatistik** gibt es seit 2011 pro Jahr deutlich über 1.000 Straftaten gegen Polizisten. Allein 2015 gab es 1.082 Fälle. Dabei wurden 355 Polizeivollzugsbeamte verletzt. Verglichen mit 2015 zeigt sich in diesem Jahr bei uns ein Anstieg um gut 30 %. Das ist sehr viel. Ich will es gleich sagen: Es ist natürlich viel zu viel. Ich glaube, da sind wir uns auch einig.

Relevant sind aber nicht nur die Zahlen, sondern auch diejenigen, die betroffen sind. Wir sprechen von **Menschen**, von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt werden. Solche Erlebnisse machen etwas mit Menschen. Ich glaube, ich kann das ganz gut beurteilen, da ich mit sehr vielen dieser Betroffenen persönlich spreche. Oft finden diese Gespräche auf den Dienststellen vor Ort statt oder - Sie haben auf diesen Sachverhalt in Kiel hingewiesen - auch im Krankenhaus.

Diese Gespräche, diese Besuche, diese direkten Begegnungen und diese Schilderungen der Ereignisse und Abläufe bewegen mich in der Tat stark. Ich frage mich immer wieder, ob wir hier schon wirklich alles getan haben, um der Gewalt gegen Polizeibe-

amate entgegenzutreten. Anders herum gefragt: Bleibt noch irgendetwas zu tun? Oder müssen wir diese sehr dynamische Entwicklung als gesellschaftliche Gegebenheit hinnehmen?

Im eigenen Bereich haben wir den Umgang mit derartigen Situationen noch einmal mehr zum Mittelpunkt von Aus- und natürlich auch von **Fortbildungen** gemacht. Dies mag manche Eskalation verhindert haben. Das Phänomen ist aber ausweislich der nüchternen Zahlen geblieben.

Herr Dr. Breyer, lassen Sie mich das sagen: Natürlich lesen auch wir solche **wissenschaftlichen Empfehlungen**. Natürlich wissen wir alle gemeinsam, dass wir mittlerweile einen vergleichsweise großen Frauenanteil in der Landespolizei haben, der alleine durch die aktuellen Einstellungen immer größer wird. Natürlich versuchen wir, insbesondere bei der Zusammenstellung der Fahrzeugbesatzungen, darauf zu achten, dass wir größtmöglich gemischte Teams haben.

Selbstverständlich gibt es **Lagenachbereitungen**. Ich hatte selbst das Glück, in Gaarden bei einer Nachtschicht mitzufahren, die am Wochenende von diesem Ereignis betroffen war. Das ist sehr intensiv aufbereitet worden. Das ist auch mit dem Kameraden beziehungsweise Kollegen, der dabei schwer verletzt wurde, aufbereitet beziehungsweise nachbereitet worden. Dafür haben wir Kriseninterventionskräfte. Dafür haben wir geschulte Kräfte. Also all das, was Sie beschrieben haben, was wissenschaftlich angeregt wird, das ist bei uns bereits in der Umsetzung.

Ich glaube, dass trotz alledem, was die **Schutzausstattung** angeht, die Kollegen, die dort in den Einsätzen waren, gut ausgestattet waren. Sie haben die Außentragehülle getragen. Sie haben die entsprechenden ballistischen und Stichschutzwesten getragen. Trotzdem passiert ihnen so etwas in einer Art und Weise, die durch zunehmende Unbeherrschtheit, Kraft und Gewalt gekennzeichnet ist. Es hat mich nachhaltig beeindruckt, diesen Kameraden im Krankenhaus zu sehen. Das ist nicht nur ein Fall, sondern es gibt verschiedene Fälle, die wir gerade in den letzten Monaten hier im Land gehabt haben.

Das hat mich dazu bewogen, noch einmal darüber nachzudenken. Sie wissen, welche Position ich bislang vertreten habe. Ich habe bisher immer gesagt, dass wir in der Tat viele andere Dinge drum herum brauchen: Wir brauchen eine gute Aus- und Fortbildung; wir brauchen einen gesellschaftlichen Diskurs; wir brauchen aber keine Verschärfung des Strafrechts. - Ja, das war bislang meine Position.

(Minister Stefan Studt)

Ich will Ihnen sagen, dass ich in der Tat darüber nachgedacht und gemerkt habe, dass wir so nicht weiterkommen. Offenbar brauchen wir doch noch irgendeinen anderen Impuls. Das kann an dieser Stelle vielleicht sein, sich Gedanken darüber zu machen, ob die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 113 StGB und des § 223 StGB ausreichen oder ob wir uns diese Dinge nicht doch noch einmal ansehen müssen. Ich will jetzt gar nicht dem hessischen oder dem saarländischen Vorschlag das Wort reden. Aber der grundsätzlichen Fragestellung, die auch auf der Justizministerkonferenz Gegenstand der Erörterung gewesen ist, ob nicht tatsächlich auch die **Ausschöpfung des Strafrechts** in diesem Bereich noch einmal ein Gegenstand von Überlegungen sein kann - wie es Frau Spoorendonk mitgetragen hat, wie wir hier schon gehört haben, die Beauftragung an den Bundesjustizminister, einen geeigneten Regelungsvorschlag vorzulegen -, der schließe ich mich ausdrücklich an.

Bei dieser Gelegenheit sollte nicht nur darauf geschaut werden, dass es Polizeivollzugskräfte sind, sondern das sollte für jede Situation gelten, in der ein Polizist in einer dienstlichen Situation eine solche Erfahrung machen muss. Das sollte aber nicht nur für Polizisten, sondern auch für Rettungskräfte und andere Sicherheitskräfte gelten. Ich meine, das ist der richtige Ansatz, den wir weiter verfolgen sollten.

Natürlich ist das etwas, was immer nur den äußeren Rahmen betrifft. Wesentlich ist meines Erachtens, welche Position beziehungsweise welche **gesellschaftliche Akzeptanz** die Polizei und unsere Rettungsdienste genießen. Diese gesellschaftliche Diskussion können wir hier im Parlament immer wieder einfordern.

Für mich ist allerdings die Frage - und ich habe noch keine Lösung für mich dafür gefunden -, wer es eigentlich schafft, diese Diskussion auch nach draußen zu tragen. Das mögen wir parlamentarisch erörtern. Wie schaffen wir es, diese Diskussion so zu führen, dass sie bei denjenigen ankommt, die wir eigentlich erreichen wollen? Das ist keine akademische Diskussion, sondern eine gesamtgesellschaftliche Diskussion, die notwendig ist.

An dieser Stelle sind wir alle gemeinsam gefragt. Wie gesagt, ich habe für mich noch keine perfekte Lösung gefunden. Eine Veränderung beziehungsweise Verschärfung des Strafrechts ist auch nicht die perfekte Lösung. Ich glaube aber, wir müssen an dieser Stelle etwas tun. Das sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich zunächst einmal die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/4535 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/4662 als selbstständigen Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Städtebauförderung verbessern - Förderrichtlinie anpassen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4402

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Deswegen eröffne ich die Aussprache und erteile zunächst der Kollegin Petra Nicolaisen von der CDU-Fraktion das Wort.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Städte und Gemeinden sind fassungslos, weil die Landesregierung die **Städtebauförderung** im Land vor die Wand fährt.

(Beifall CDU)

Viele Millionen Euro liegen brach, weil es an einer praktikablen Umsetzung und an Kommunikation mit den Bürgermeistern vor Ort fehlt. Auch das ist eine Katastrophe.

Reaktionen auf Förderanträge bekommen die Städte und Gemeinden manchmal erst nach Jahren. Dafür werden Maßnahmen nicht genehmigt, wenn dem Ministerium die Lampenschirme nicht gefallen. Es kommt zu Verzögerungen. Die Städte und Kommunen müssen hohe Strafzinsen zahlen, weil sie die genehmigten Mittel nicht abrufen. Das ist doch völlig absurd.

Die Städtebauförderung dient den **Kommunen** vor Ort. Diese müssen entscheiden, wie sie geförderte Maßnahmen umsetzen wollen. Es ist nicht hinzunehmen, wenn sich das **Innenministerium** über seine **Aufsichtsfunktion** hinaus in seiner Detailver-

(Petra Nicolaisen)

liebtheit einmischt und hierdurch Projekte über Jahre verzögert.

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

Der Abstand von Papierkörben zu Parkbänken oder die Anzahl der Bäume in Straßen gehen das Innenministerium nichts an.

In einem Gespräch mit Bürgermeistern im März 2016 wurde uns dieses Problem sehr ausführlich geschildert.

(Martin Habersaat [SPD]: Seitdem haben Sie nicht mit denen gesprochen?)

- Doch, Herr Kollege, haben wir.

Bürgermeister Gilgenast aus Rendsburg hat sich kürzlich dazu geäußert. Er sprach von immer neuen Gestaltungshandbüchern, die im Innenministerium geschrieben werden. Zweckentfremdungszinsen stehen den Projekten seit dem 1. Januar 2015 nicht mehr zur Verfügung. Ein versprochener Austausch mit den Städten und Kommunen, den wir, nicht aber das Innenministerium gepflegt haben, findet einfach nicht statt. Bürgermeister Schulz aus Wilster zieht es in Erwägung, auf die Städtebauförderung zu verzichten, da das alles zu kompliziert sei. Laut Bürgermeister Faber aus Flensburg sind Widerspruchsbescheide aus den Jahren 2008, 2009 und 2011 nicht beantwortet. - Ein Unding.

Die Bürgermeister bestätigen, dass von 2013 bis 2015 rund 5 Millionen € an **Zweckentfremdungszinsen** angefallen sind.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört!)

Zudem ist die Höhe der Zinsen mit fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz in der heutigen Niedrigzinsphase nicht mehr zu rechtfertigen.

Die Städtebauförderung ist ein wichtiges Instrument, um den Städten und Gemeinden eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung zu ermöglichen. Es könnten 24 Kommunen mit 35 Fördergebieten an circa 48 Millionen € partizipieren - wenn es denn laufen würde.

Auf jeden investierten Euro folgen im Schnitt 7 € an privaten Investitionen. Städtebauförderung hat nach wie vor eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

Sehr geehrter Herr Innenminister, mit unserem Antrag fordern wir, dass die **Rahmenbedingungen** für die **Städtebauförderung** in Schleswig-Holstein nachhaltig verbessert werden. Hierzu gehören eine

kommunalfreundliche Ausgestaltung des Verfahrens sowie eine Beschränkung des Ministeriums auf Aufsichtsmaßnahmen, die Planungsverantwortlichkeit liegt bei den Kommunen: erstens Reduzierung des Zinssatzes für Zweckentfremdungszinsen von derzeit fünf auf drei Prozentpunkte über Basiszinssatz; zweitens Flexibilisierung der Fristen für das Anfallen von Zweckentfremdungszinsen; drittens Zuführung der Zweckentfremdungszinsen in das jeweilige Sondervermögen; viertens Verbesserung der Zusammenarbeit des Ministeriums mit den Kommunen und fünftens schriftlicher Bericht an den Landtag einmal im Jahr.

Die Landesregierung hat sich zu einer schwerwiegenden Investitionsbremse entwickelt. Städtebauförderung ist eine Gemeinschaftsleistung von Bund, Land und Kommunen. Hier liegen mehrere hundert Millionen € brach, weil die Landesregierung ausführungsfähige Projekte nicht freigibt. Diese Missstände müssen umgehend behoben werden.

(Beifall CDU)

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände weist in ihrer Stellungnahme von 2014 zur Neufassung der Städtebauförderrichtlinie darauf hin, dass das Instrument für die Stadtentwicklung in einer Weise nutzbar gemacht werden müsse, dass eine größtmögliche Interessenidentität zwischen Fördergeber und Fördermittelnehmer bestehe. Es werden gemeinsame strategische und politische Grundentscheidungen gefordert. Gelingt dies nicht, wird befürchtet, dass das Instrument der Städtebauförderung nicht mehr die notwendigen Impulse für die Stadtentwicklung setzen kann.

Herr Minister, räumen Sie in Ihrem Ministerium auf! Wir diskutieren den Antrag gern weiter im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Thomas Hölck das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist unstrittig: Unsere Städte und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Familien- und altersgerechter Umbau, energetische Sanierung von Häusern und ansteigende Mieten erfordern eine nachhaltige, sozial gerechte Stadtentwicklung. Wohnquartiere müssen ihre Integrationsfähigkeit für Menschen unterschiedlichen Alters und mit un-



(Thomas Hölck)

terschiedlichem Einkommen bewahren. Dabei muss aber eine Spaltung in arme und reiche Wohnviertel dringend verhindert werden.

Lebenswerte, funktionsfähige und sozial ausgewogene Städte und Gemeinden sind Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wollen der sozialen Spaltung in unseren Städten begegnen. Denn wir wollen nicht, dass einzelne Bevölkerungsgruppen an den Rand der Stadt gedrängt werden. Die **soziale Stadt** muss eine Stadt für alle Menschen sein, unabhängig von Einkommen, Alter und Herkunft.

(Petra Nicolaisen [CDU]: Darum geht es gar nicht!)

- Doch, auch darum geht es. - Denn ob Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingen können, entscheidet sich in den Stadtteilen und Kiezen. Zugezogene müssen integriert werden, Alteingesessene dürfen sich nicht verdrängt fühlen.

(Petra Nicolaisen [CDU]: Das stellt niemand infrage! - Martin Habersaat [SPD]: Dann ist ja gut!)

Damit ist die Funktion der Städtebauförderung aktueller denn je. Wir stehen uneingeschränkt zur **Städtebauförderung** des Landes. Im Jahr 2015 erhielten in Schleswig-Holstein 24 Kommunen insgesamt 47,9 Millionen € an Städtebaufördermitteln. In der Regel sind Bund, Land und Kommune zu je einem Drittel daran beteiligt.

Frau Kollegin, es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass sich das **Innenministerium** nur auf die **Aufsicht** beschränken soll. Wer Fördermittel vergibt, muss sich auch um die Förderwürdigkeit der Projekte kümmern dürfen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Wir wollen keine passive, sondern eine aktive Rolle der Landesregierung bei der Städtebauförderung. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen gestalten. Dieser Gestaltungswillen ist Ihnen offensichtlich abhandengekommen.

Frau Kollegin, der Antrag, den Sie vorgelegt haben, ist in sich widersprüchlich. Auf der einen Seite fordern Sie die Beschränkung des Innenministeriums auf die bloße Aufsicht der Maßnahmen, und am Ende Ihres Antrags fordern Sie die Landesregierung auf, die Zusammenarbeit mit den Sanierungskommunen deutlich zu intensivieren. Was wollen Sie denn nun eigentlich?

(Petra Nicolaisen [CDU]: Gespräche!)

Sie wollen einen Freifahrtschein für die Kommunen, und die Landesregierung soll hilflos danebenstehen. Das ist nicht zielgerichtet. Wir wollen, dass die Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden.

Sie sollten in diesem Zusammenhang einmal einen Blick in den Bericht des Landesrechnungshofs zur Haushaltsrechnung 2014 werfen. Dort steht folgender denkwürdiger Satz geschrieben:

„Die Gemeinden forderten die bewilligten Städtebauförderungsmittel an und bekamen diese auch ausgezahlt, obwohl bereits feststand, dass sie die Zuwendungen nicht fristgerecht verwenden können.“

Daher sind **Zweckentfremdungszinsen** durchaus gerechtfertigt. Allerdings sind nicht der Zinssatz oder die Zweckentfremdungszinsen das wirkliche Problem, das Problem ist - auch das steht in den Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2016 -, dass eine Verstetigung der Projekte nicht richtig gewährleistet ist. Das ist viel spannender. Es kann nicht sein, dass sich die Gemeinden zu wenig Gedanken darüber machen, wie geförderte Maßnahmen weiterentwickelt werden, wie sie verstetigt werden können. Wir laufen Gefahr, dass nach auslaufenden Maßnahmen die ursprünglichen Zustände wieder zurückkehren. Das kann niemand wollen.

(Volker Dornquast [CDU]: Das passiert doch auch gar nicht!)

Die Städtebauförderung gehört zentral zur Entwicklung unserer Kommunen. Wie wir morgen leben wollen, mit wem wir leben wollen, wie unsere Daseinsvorsorge organisiert wird, wie wir eine Verbindung zwischen Wohn- und Arbeitsumfeld schaffen, all das sind spannende Fragen, auf die der CDU-Antrag keine Antworten gibt.

Zum Schluss will ich gern anmerken, dass das **Programm Soziale Stadt** ein hervorragendes Städtebauprogramm ist. Mit diesem Ansatz werden in wirklich schwierigen Quartieren neue Fundamente für Lebensqualität geschaffen. Die Quartiersmanager erwecken verstummte Nachbarschaften zu neuem Leben. Die Städtebauförderung ist auf einem guten Weg. Dafür brauchen wir Ihren Antrag nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit den Programmen des Bundes und der Länder zur **Städtebauförderung** helfen wir Städten bei der Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen. Dazu gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 b des Grundgesetzes, die durch Mittel der Länder und Kommunen ergänzt werden. Die Bundesfinanzhilfen werden den Ländern auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung - kurz: VV Städtebauförderung - zur Verfügung gestellt.

Innenstädte und Ortszentren werden in ihrer städtebaulichen Funktion gestärkt, aber auch Gebiete, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten gekennzeichnet sind, zum Beispiel ehemalige Industrie-, Konversionsflächen oder Bahnflächen. Wir unterstützen auch Maßnahmen, wie der Kollege Hölck schon ausgeführt hat, zur Abwendung sozialer Missstände.

Kursorisch seien hier folgende Programme aufgeführt: Soziale Stadt, Stadtumbau West, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Städtebaulicher Denkmalschutz, Kleinere Städte und Gemeinden, Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen oder der sogenannte Investitionspakt zur Förderung der Wirtschaft.

Der Bundesgesetzgeber hat die Städtebauförderung als **Gemeinschaftsfinanzierung** von **Bund, Ländern** und **Gemeinden** gesetzlich verankert und als Daueraufgabe in den §§ 164 a und 164 b des Baugesetzbuches bestätigt.

Folgt man den Formulierungen des CDU-Antrags, dann verraten wir wieder einmal die Kommunen. Das Ministerium solle nur Aufsicht üben und sonst gar nichts. Als wollte die Landesregierung die Planungshoheit der Kommunen infrage stellen und das Verfassungsrecht auf Selbstverwaltung nach Artikel 28 des Grundgesetzes angreifen.

Verehrte Frau Kollegin, das kann die Koalition nicht auf sich sitzen lassen. Die CDU greift entschieden daneben. Das widerspricht auch dem gesetzlichen Auftrag. Dies demonstriert einmal mehr die mitunter unerträgliche Leichtigkeit des Seins der Opposition.

Selbstverständlich werden die Programme ausgestaltet. Selbstverständlich **berät** das **Ministerium** und **kontrolliert** die Umsetzung der Programme. Allein aus der Finanzierung durch Bund, Land und Kommunen ergibt sich eine Kooperationsnotwen-

digkeit, die tatsächlich aktiv gelebt wird. Die Verzinsung von nicht fristgerecht verwendeten Mitteln, die Prüfung unter anderem der Förderwürdigkeit ergibt sich aus dem Rechtsrahmen und den Vorschriften der Haushaltsordnung.

Damit erhalten Kommunen in der Mittelverwendung auch Rechtssicherheit. Sie erhalten mit der Beratung auch in der Gestaltung Anregungen, aber auch Kenntnis der Grenzen.

Auch der Bund selbst führt zahlreiche Veranstaltungen, Seminare und Beratungen durch. Auch das ist dem Umfang der Mittel und der Komplexität ihrer Verwendung geschuldet. Das macht Sinn und behindert nicht die Kommunen, sondern unterstützt die Kommunen.

(Beifall SSW und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der CDU-Antrag ist deswegen überflüssig und falsch. Nörgelopposition nervt auf der einen Seite, beruhigt aber auf der anderen Seite auch: Es zeigt, dass Sie nicht mehr können, weil Sie nicht mehr haben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Thomas Hölck [SPD] und Kai Vogel [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! **Günstigere Rahmenbedingungen** für die Städtebauförderung können in der gegenwärtigen Lage sehr hilfreich sein. Mit mehr Flexibilität, mit größerem Spielraum für die Abrufung von Mitteln können die Herausforderung im kommunalen Bereich besser geschultert werden, die kommunale Selbstverwaltung wird damit gestärkt, die Handlungsfähigkeit der Kommunen gesteigert, und Handlungsbedarf ist gerade im Städtebau - Stichwort: Wohnraumbedarf - unverkennbar gegeben.

Ich meine auch, das, was Sie vorschlagen, Frau Kollegin Nicolaisen, ist angesichts der bekannten Misere in diesem Bereich die richtige politische Reaktion. Von 100 Millionen € des Programms zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz sind gerade einmal erst 8 % abgerufen wor-



**(Dr. Ekkehard Klug)**

den. Schleswig-Holstein steht damit im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz - wieder einmal die Laterne als Schlusslichtland. Will man das ändern, muss man effektiv gegensteuern und die Rahmenbedingungen für die Städte spürbar verbessern.

Wir werden im Detail, denke ich, im Ausschuss über die Vorschläge der Union beraten. Damit schenke ich Ihnen die verbleibenden 3,5 Minuten meiner Redezeit. - Danke.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Anita Klahn [FDP] - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Auch ich werde es ein bisschen kürzer machen.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Allerdings fange ich ein bisschen polemischer an.

(Zuruf)

Herr Stegner hat den Wahlkampf ausgerufen, und die CDU folgt. Immerhin schreibt sie es ganz offen in ihren Antrag rein. Die CDU stellt sich mal wieder vollumfänglich hinter die Kommunen.

(Beifall Volker Dornquast [CDU] und Petra Nicolaisen [CDU])

Die Frage, die ich mir jedoch stelle, ist, ob das nach der Wahl noch genauso sein wird.

(Beifall PIRATEN)

Um noch etwas sachlich zu werden zu Ihrem Antrag: Da steht an und für sich gar nicht viel Falsches drin. Zumindest sollten wir darüber im Ausschuss ernsthaft nachdenken. Die Frage, die sich mir allerdings stellt, ist natürlich, warum **Strafzinsen**, die natürlich anfallen - es sind Strafzinsen und nicht andere Zinsen -, von 5 auf 3 % gesenkt werden sollen. Strafzinsen haben eigentlich nichts mit dem Leitzins zu tun, den wir auf der Finanzierungsseite haben, sondern die sollen sozusagen den Anreiz geben, dass Mittel nicht zweckentfremdet oder in diesem Sondervermögen gebunkert werden. Vor dem Hintergrund sollten wir darüber noch einmal ernsthaft reden. Wir müssen noch einmal diskutieren, ob der Zinssatz angepasst wird.

Aber auch andere Dinge stehen richtig in diesem Antrag drin. Viele Dinge sollen **flexibilisiert** wer-

den. Das ist auch richtig so, dass die Kommunen auch nicht - anders als jetzt - dafür bestraft werden sollen, wenn sie sozusagen nicht für eine Verzögerung verantwortlich sind. Das ist ein Punkt, der im Antrag durchaus richtig ist.

Im Großen und Ganzen muss ich sagen, dass es sich lohnt, das Thema noch einmal zu diskutieren. Ich freue mich auf die Ausschussberatung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN und Petra Nicolaisen [CDU])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Jetzt ist für die Kollegin und Kollegen des SSW tatsächlich die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering an der Reihe. Ich erteile ihr hiermit das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Die Städtebauförderung ist eine zentrale Aufgabe der Bau- und Wohnungswirtschaft, die aber genauso unter einem sozialpolitischen Aspekt zu sehen ist. Sie ist als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen gesetzlich verankert und als Daueraufgabe ausgelegt. Damit hat man sich zur Aufgabe gemacht, den Städten und Kommunen bei ihren städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen fördernd zur Seite zu stehen.

Derzeit gibt es fünf **Städtebauförderungsprogramme**, die jährlich neu aufgestellt werden: das Programm „Soziale Stadt“, das Programm „Stadtumbau West“, das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz West“ sowie das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“.

So unterschiedlich die Programme auch sind, es geht im Wesentlichen darum, den Städten und Kommunen zu helfen, die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu verbessern. Es geht darum, der kommunalen Ebene Fördermöglichkeiten an die Hand zu geben, damit sie sich den Herausforderungen des demografischen und wirtschaftskulturellen Wandels stellen können, damit sie die Wohnungsangebote und Aufenthaltsqualität der Innenstädte verbessern können, aber auch, um die Versorgungsfunktion der Stadt- und Stadtteilzentren zu stärken oder der Stadt-Umland-Wanderung und städtebaulicher Funktionsverluste entgegenwirken zu können.

Damit ist nicht nur die Stärkung von Zusammenhalt und Motivation der Bewohner, sondern letztlich

(Jette Waldinger-Thiering)

auch die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen verbunden. Es hat also einen vielseitigen und positiven Einfluss auf den Alltag der Menschen in den betroffenen Stadtteilen.

Das Land erstellt die **Städtebauförderungsrichtlinien**, stellt entsprechend der verfügbaren Haushaltsmittel die Zuwendungen bereit und berät die Gemeinden bei der Umsetzung. Mit den Richtlinien schafft das Land die notwendige Transparenz und einen diskriminierungsfreien Zugang. Damit haben die Gemeinden einen verlässlichen Partner an ihrer Seite, um ihre entsprechenden entwicklungspolitischen Ansätze umsetzen zu können. Darauf kommt es nämlich an.

Es mag ja durchaus vorkommen, dass Kommunen die Zuwendungen drei Monate nach der Auszahlung nicht fristgerecht verwenden können und sie dann für die Mittel Zinsen zahlen müssen. Zugegeben: Die Gründe für Verzögerungen können sehr unterschiedlich sein. Das Versäumnis oder der Fehler ist dabei auch nicht immer aufseiten der Kommune zu finden. Die Umsetzung von Maßnahmen kann durchaus schwierig sein, sodass es dadurch zu Zeitverzögerungen kommen kann.

Für absolut kontraproduktiv halte ich den Ansatz der Kollegin Nicolaisen, die **Zweckentfremdungszinsen** als zusätzliche Fördermittel in das entsprechende Sondervermögen der Fördermaßnahme einzubringen, damit sie somit weiterhin der Kommune zugutekommen.

(Zuruf: Gute Idee!)

Soll heißen: Kommunen zahlen einen Zweckentfremdungszins, der ihnen hinten herum aber wieder zugutekommt. Damit wird den Kommunen der Anreiz genommen, ihre Maßnahme innerhalb der Frist umzusetzen. Das kann so nicht gewollt sein. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass dies haushaltsrechtlich so machbar ist.

Das Land ist ein verlässlicher Partner und Ratgeber für die Kommunen bei der Umsetzung und Durchführung von Städtebaumaßnahmen. Dazu gehört der regelmäßige kooperative Austausch. Das machen wir bereits, und damit wäre der Punkt des Antrags erledigt.

Als Parlamentarierin bin ich natürlich immer daran interessiert zu erfahren, wie Maßnahmen der Städtebauförderung umgesetzt werden oder ob es irgendwo hakt. Aber das kann ich auch im Ausschuss erfragen. Daher sollten wir die zuständigen Mitarbeiter im Ministerium nicht mit Bitten nach jährlichen schriftlichen Berichten zusätzlich belasten.

Uns allen ist mehr geholfen, wenn sie sich auf ihre Arbeit konzentrieren können, um den Kommunen bei der Durchführung der Städtebauförderung mit Rat und Tat zur Seite stehen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich nun dem Herrn Innenminister Stefan Studt.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen kurz erläutern, warum der Antrag der CDU-Fraktion in vielerlei Hinsicht von offener Unkenntnis der Sachverhalte zeugt. Das mag in der Tat damit zusammenhängen, dass die Städtebauförderung ein wirklich komplexes Instrument zur Bewältigung vielschichtiger stadtentwicklungspolitischer Aufgaben ist; das haben wir hier schon gehört. Sie stellt tatsächlich an alle Beteiligten entsprechend hohe Anforderungen, an die Kommunen natürlich in ihren entsprechenden Bau- und Planungsabteilungen, an die Maßnamenträger, aber auch an mein Haus.

Auch wenn der vorliegende Antrag einen anderen Eindruck vermittelt: Städtebauförderung ist stets **kooperatives Verwaltungshandeln** zwischen **Land und Gemeinden**. Liebe Frau Nicolaisen, die Planungshoheit für die Entwicklung und die Umsetzung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen, die Sie einfordern, haben die Gemeinden. Noch eines: Es gibt keine Städtebaumittel, ohne dass sie von den Gemeinden beantragt worden wären. Auch hier gilt: Das ist keine Zwangsbeglückung des Landes und des Bundes.

Das Ministerium kann an der Stelle auch nicht nur die **Aufsicht** haben. Als Fördermittelgeber entscheidet es über die Verteilung der Städtebauförderungsmittel und die Zulässigkeit des Mitteleinsatzes nach den Städtebauförderrichtlinien. Diese Richtlinien legen Förderkriterien fest, die eine transparente und diskriminierungsfreie Förderung gewährleisten. Danach müssen wir uns richten, danach müssen sich auch die Antragsteller richten.

Das Ministerium als Fördermittelgeber darf über den Mitteleinsatz für Städtebaufördermaßnahmen nur gezielt und nach einer Prüfung entscheiden. Als **aktiver Fördermittelgeber** kontrolliert das Ministerium jedoch nicht nur die förderrechtlich zulässige

(Minister Stefan Studt)

ge Mittelverwendung, sondern es beurteilt selbstverständlich auch die Förderwürdigkeit von Maßnahmen. Das ist auch bei anderen Förderprogrammen des Landes und des Bundes ein maßgebliches Entscheidungskriterium.

Frau Nicolaisen, die von Ihnen angesprochenen Lampen, Bäume oder Papierkörbe klingen erst einmal dramatisch. Das geht aber wirklich nachweislich an der Realität vorbei. Das begleitende Controlling bei der Programmumsetzung, das für uns selbstverständlich ist, dient in erster Linie auch den Kommunen, finanzielle Risiken zu vermeiden. Auch das ist etwas, was wir als unsere Verpflichtung sehen.

Es wurde im Übrigen 2015 auch durch den Landesrechnungshof bestätigt - sein Ergebnis der Prüfung: Das Förderverfahren biete mit seinem Zustimmungsvorbehalten den Gemeinden Rechts- und Haushaltssicherheit. Dem Ministerium biete es eine frühzeitige Kontroll- und Steuerungsmöglichkeit. Er habe - so der Landesrechnungshof - nicht den Eindruck gewonnen, dass sich Einzelmaßnahmen durch das Zustimmungsverfahren merklich verzögern würden.

Meine Damen und Herren, als Kommunalminister liegt mir natürlich auch die Situation der antragstellenden Städte am Herzen. In der Tat ist es so, dass derzeit ein Teil der Städtebauförderungskonten der Gemeinden einen hohen Stand aufweist, der zu hohen Zinszahlungen führt. Das nehme ich in der Tat ebenfalls mit Sorge wahr. Wir arbeiten daran, Maßnahmen zu treffen, die dieses dann auch entsprechend entlasten und reduzieren können. Allerdings - auch das lassen Sie mich sagen, meine Damen und Herren - haben wir hierfür Vorgaben zu beachten. Das liegt nicht in der Beliebigkeit.

Die Regelungen bezüglich der Fristen zur Mittelverwendung, zur Erhebung von **Zweckentfremdungszinsen** einschließlich Zinshöhe sowie die Wiedereinsatzmöglichkeiten dieser Zinsen richten sich nach den haushaltsrechtlichen Vorgaben des Landes. Sie ergeben sich direkt aus den Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung.

Die von Ihnen, Frau Nicolaisen, vorgeschlagenen Instrumente sind nicht geeignet, das Problem der hohen Zweckentfremdungszinsen zu lösen. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Wenn Städtebauförderungsmittel über mehrere Jahre von Kommunen angespart werden, was wegen der Größe der Maßnahmen durchaus üblich ist, um entsprechende Großprojekte zu finanzieren, Großprojekte wie zum

Beispiel das Elmshorner Rathaus, hilft der Kommune eine Verlängerung der Frist von drei auf sechs Monate nicht. Denn auch bei einer längeren Frist wird nach geltendem Haushaltsrecht schon ab dem ersten Tag eine entsprechende Mittelauszahlung fällig.

Mein Haus hat einige Maßnahmen entwickelt, wie im Interesse der Kommunen die Zinsproblematik tatsächlich gelöst oder doch zumindest entschärft werden kann. Insoweit befinden wir uns im Moment in Gesprächen. Dazu werden wir dann auch sicherlich alsbald entsprechend vortragen können.

Auch beim nächsten Punkt, den Sie angesprochen haben, haben wir Vorgaben zu beachten. Die in den Städtebauförderrichtlinien geregelte **Kassenreserve** in Höhe von 25.000 € ist eine Ausnahme von der Landeshaushaltsordnung zugunsten der Kommunen. Sie wurde nach Anhörung des Landesrechnungshofs und im Einvernehmen mit dem Finanzministerium vor einigen Jahren entsprechend zugelassen. Nicht durchsetzbar gegenüber dem Landesrechnungshof im Rahmen der Richtliniennovellierung war die aus meinem Haus im Interesse der Förderkommunen vorgeschlagene noch weitergehende Erhöhung der ständigen Kassenreserve.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Ende noch die Forderung betrachten, die Kooperation und **Kommunikation** mit den **Fördergemeinden** zu verbessern. Das Referat Städtebauförderung in meinem Haus hat dazu in den letzten Jahren vieles erarbeitet und auch vieles geleistet. Es gibt Einführungsveranstaltungen von neu aufgenommenen Gemeinden, jährliche Netzwerktreffen in allen Städtebauförderungsprogrammen, themenbezogene Workshops. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch eine Arbeitsgruppe zur Anwendung der Städtebauförderrichtlinien mit Vertretern der Fördergemeinden, der Sanierungsträger und der Investitionsträger initiiert. Allein im Jahre 2015 fanden neben unzähligen E-Mail-Austauschen und Telefonaten an die 100 individuelle Fördergespräche mit Sanierungskommunen und deren Sanierungsträgern statt.

Ich selber habe den von der Bundesbauministerin neu geschaffenen **Tag der Städtebauförderung** genutzt, um mir einige Projekte vor Ort anzusehen und mit den Projektverantwortlichen, den kommunalpolitisch Verantwortlichen, ins Gespräch zu kommen. Wenn die Förderkommunen entsprechende Gesprächswünsche haben, dann nehmen meine Leute das wahr, und sie nehmen es ernst. Ist es ganz ernst, bin auch ich dazu vor Ort. Und welch Wunder: In den Gesprächen, die ich führe, stellt

(Minister Stefan Studt)

sich dann doch immer heraus, dass es viele Ursachen für Verzögerungen gibt: Planänderungen der Kommunen, Verzögerungen bei Maßnahmenträgern und ja, auch Personalengpässe, die wir in meinem Arbeitsbereich gehabt haben; das ist gar nicht zu verhehlen. Ich nehme aber auch wahr: Es gibt häufig deutliche Personalreduzierungen auch in den kommunalen Planungsbereichen. Das macht die Sache an der Stelle dann auch nicht einfacher.

Zusammengefasst kann man sagen: In dem Antrag werden ganz überwiegend Forderungen erhoben, die längst Verwaltungspraxis sind, oder aber es werden bekannte Probleme beschrieben, an deren Lösung wir schon arbeiten. Ich jedenfalls kann keinen neuen Punkt entdecken, an dem wir nachjustieren sollten. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/4402 an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich habe mindestens von dem Kollegen Klug den Vorschlag gehört - ich meine, Sie waren das -, im Ausschuss weiter über diesen Antrag zu diskutieren. Deswegen frage ich jetzt, wer den Antrag, der gerade beraten wurde, im Innen- und Rechtsausschuss weiter diskutieren will. Dazu bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP und der Piratenfraktion. Wer lehnt die Ausschussüberweisung ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Enthaltungen sehe ich keine.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 18/4402 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stim-

men von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Tagesordnungspunkt 42 auf:

**Befristete Beschäftigung reduzieren - Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrerschaft nachkommen**

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU  
Drucksache 18/4620 (neu)

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort der Kollegin Anita Klahn von der FDP-Fraktion.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bildungsministerin Wende versprach 2012, das „Hire and Fire“ bei den Lehrkräften abzuschaffen. Wie leer die Versprechungen der Regierungskoalition waren, konnte man bereits im Jahr 2013 feststellen. Denn jetzt sollte die Anzahl der befristeten Stellen nur noch um 20 % gesenkt werden. Aber auch das wurde bis heute nicht eingelöst.

Waren im Jahr 2013 noch 1.507 **Lehrkräfte befristet eingestellt**, ist diese Zahl mittlerweile auf 2.338 hochgeschneit. Meine Damen und Herren, das ist ein Zuwachs von über 50 % statt Reduzierung auf null. Allein durch die fortschreitende Verweiblichung der Kollegien kommt es zu mehr Schwangerschaftsvertretungen. Das wussten Sie, und trotzdem haben Sie den Menschen suggeriert, dass Sie das Problem beheben; mit kreativen Lösungen. Meine Damen und Herren, eine solche Politik führt zu Politikverdrossenheit.

(Beifall FDP und CDU)

Wir Liberale täuschen die Menschen nicht mit falschen Versprechungen. Wir wollen Verbesserungen herbeiführen. Vor allem wollen wir eine Ungerechtigkeit beseitigen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Deswegen fordern wir die Landesregierung - im Übrigen zum zweiten Mal - auf, befristete Arbeitsverträge von Lehrkräften nicht mit dem Ferienbeginn enden zu lassen.

(Beifall FDP und vereinzelt PIRATEN)



(Anita Klahn)

Junge, engagierte Lehrkräfte, die aus dem Vorbereitungsdienst kommen, ein Schuljahr befristet unterrichten, keinen Anschlussvertrag haben, erfüllen nicht die zwölfmonatige Anwartschaft, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I und fallen damit in den Hartz-IV-Bezug. - Politik eines sozialen Arbeitgebers sieht anders aus.

(Beifall FDP, vereinzelt PIRATEN und Beifall Peter Lehnert [CDU])

Die Zahlen zum Thema **Kettenverträge**, die wir durch die Antwort auf meine Kleine Anfrage erhielten, haben uns überrascht, aber auch erschreckt. Mehr als 1.000 Lehrkräfte haben drei oder mehr befristete Verträge. Das ist schon eine Hausnummer. Dass es aber über 50 Lehrkräfte gibt, die mehr als 15 Verträge haben, ist unglaublich. Einen Arbeitgeber aus der freien Wirtschaft würden Sie dafür geißeln.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Frau Ministerin, Sie werden sicher gleich mit Einzelfällen argumentieren, aber 1.000 Fälle sind keine Einzelfälle mehr.

(Beifall FDP und vereinzelt PIRATEN)

Schön, dass Sie jetzt prüfen wollen, wie diesen Lehrkräften geholfen werden kann. Schade, dass Sie erst auf eine Anfrage der Opposition hin und nach medialer Aufmerksamkeit die Handlungsnotwendigkeit erkannt haben. Sie sind die Dienstherren, und Sie haben die Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften.

In diesem Zusammenhang komme ich noch auf einen weiteren Punkt: Meine Fraktion hat sich immer für einen finanziell gut ausgestatteten **Vertretungsfonds** ausgesprochen, der ab der ersten Stunde wirkt. Diese Koalition hat sich für eine permanente Vertretungsfeuerwehr entschieden. In der Praxis gibt es aber Probleme mit Fächerkombinationen oder unterschiedlichen Wohn- und Arbeitsorten. Einziger Vorteil ist, dass Sie unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen haben.

Erklären Sie uns aber bitte, warum Sie dieses Instrument nicht häufiger anwenden. 125 Stellen stehen bereit, 2014 waren 76 besetzt, aktuell sind es nur noch 39. Läuft die Feuerwehr aus?

Wenn man sich die **Arbeitsgerichtsentscheidungen** anschaut, zum Beispiel die des Bundesarbeitsgerichts, so wird die befristete Beschäftigung als rechtmäßig anerkannt. Die Urteile ruhen auf zwei Säulen: Erstens müssen die Gründe für eine Befristung sachgerecht und nachvollziehbar sein, also

Schwangerschaft, Erkrankung und so weiter. Zweitens sind die Länder nicht verpflichtet, eine Vertretungsreserve, verstanden als Personalreserve in Form unbefristet beschäftigter Vertretungskräfte, vorzuhalten.

Aber: Diese Regierungskoalition hat sich dafür entschieden, eine eben solche Personalreserve vorzuhalten. Über 1.000 Lehrer haben also mit ihren drei und mehr befristeten Verträgen bereits nachgewiesen, dass sie genau die Funktion erfüllen, für die die Vertretungsfeuerwehr geschaffen wurde, nämlich Vertretungsunterricht zu geben.

Möglicherweise hätten all diese Lehrer Anspruch, unbefristet in die Vertretungsfeuerwehr eingestellt zu werden. Falls der Landesregierung dieser Umstand bekannt sein sollte, Sie das aber gegenüber den Lehrkräften nicht kommunizieren, dann ist das ein echter Skandal. Ich erwarte dazu insbesondere eine Stellungnahme der Landesregierung. Ansonsten bitte ich um Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! - Oben auf der Tribüne ist keiner mehr. - Zu Beginn der Legislaturperiode hatten sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen vorgenommen, die Anzahl der **Zeitarbeitsverträge bei Lehrkräften** deutlich zu reduzieren. Die damalige Bildungsministerin Wende nannte sie sogar Leiharbeit und wollte sie komplett abschaffen. Ein Konzept zur Reduzierung von Zeitarbeitsverträgen sollte Abhilfe schaffen.

Ich finde, am Ende der Legislaturperiode kann man die Landesregierung fragen: Wie sieht es denn heute aus? Welche Situation haben wir bei den Zeitarbeitsverträgen für Lehrkräfte? Hat tatsächlich eine Reduzierung stattgefunden? - Die ernüchterte Antwort lautet: Nein. Das haben Antworten auf die aktuellen Kleinen Anfragen von der Kollegin Anita Klahn und mir klar ergeben.

Wir haben uns 2013 hier im Parlament noch über rund 1.600 Zeitarbeitsverträge unterhalten. Das war übrigens damals schon eine Steigerung von 20 % gegenüber der Situation unter der ehemaligen Landesregierung. Das sage ich, weil Sie gern auf die

(Heike Franzen)

letzte Legislaturperiode zurückgucken. Daher darf man das an dieser Stelle auch einmal tun.

Die Kollegin Klahn hat es schon gesagt: Am Ende des letzten Schuljahres, am **15. Juli 2016**, dem Stichtag, waren es 2.338 befristete Arbeitsverträge. Es gab also eine erhebliche Steigerung. Spannend ist allerdings, dass es drei Wochen später, als ich meine Kleine Anfrage zum **Stichtag 8. August 2016** gestellt habe, nur noch 1.396 Zeitarbeitsverträge gab. Das ist eine **Differenz** von circa 1.000 Verträgen.

Ich frage mich: Was ist in diesen drei Wochen geschehen? - Gab es lauter befristete Arbeitsverträge für die betroffenen Lehrkräfte? Wenn ja, wie viele? Oder sind wieder einmal Lehrkräfte über die Sommerferien einfach entlassen worden? - Die Antworten auf die Anfragen bleiben hier schwammig. Es wird von vielen Übernahmen gesprochen, aber Sie bleiben im Nebulösen. Die Frage bleibt: Wird die Praxis weiter fortgeführt, dass die Lehrkräfte zum Ende der Schulzeit vor den Sommerferien entlassen werden, was insbesondere für junge Lehrkräfte eine besondere Härte bedeutet? Frau Kollegin, Sie haben das gerade deutlich gemacht.

SPD, Grüne und SSW bleiben weiter hinter ihren Versprechungen zur Reduzierung von Zeitarbeitsverträgen für Lehrkräfte zurück. Wenn man ehrlich ist: Das Versprechen, diese Verträge komplett einzustampfen, wird nicht zu erfüllen sein. Wir werden auch weiterhin darauf angewiesen sein. Gerade bei langfristigen Erkrankungen oder bei Ausfällen, insbesondere im Rahmen von Mutterschutz, werden wir Zeitverträge brauchen, um dies auffangen zu können.

Ich will ein Zitat vortragen:

„Zeitverträge werden dann zu einem Problem, wenn sie zu Kettenverträgen werden: Wenn sich Zeitvertrag an Zeitvertrag reiht. Und davon gibt es zu viele. Diese Kettenverträge sind besonders dann ein Problem, wenn die Zeitverträge zum Beginn der Sommerferien auslaufen.“

Das sind nicht meine Worte, das waren die Worte der Kollegin Anke Erdmann, als wir 2013 schon einmal hier im Landtag über dieses Thema gesprochen haben. Frau Kollegin, damals haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass die Lehrkräfte es oft als Schikane und als unsozial empfinden, und dass Sie dafür Verständnis haben.

Leider muss man feststellen, dass es bei diesem Verständnis geblieben ist. Davon gehe ich aus. Al-

lerdings ist es auch bei der Situation der Zeitarbeitsverträge geblieben. Die **Kettenverträge** sind nach wie vor da. Ich nehme einmal die Zahlen aus der Antwort auf meine Kleine Anfrage: Von den 1.396 Lehrkräften, die am 8. August 2016 einen Zeitvertrag hatten, haben 358 fünf und mehr befristete Stellen, sie haben bis hin zu 20 Verträge nacheinander. Wir wissen, dass das nur möglich ist, wenn es zwischen dem einen und dem nächsten Vertrag einen zeitlichen Abstand gibt. Ich kann also einen Vertrag nicht zum 1. August enden lassen und zum 1. September einen Anschlussvertrag haben. Es muss mindestens ein Monat dazwischenliegen. Hier besteht wirklich Handlungsbedarf.

(Beifall CDU und FDP)

Deshalb wollen wir mit unserem Antrag deutlich machen, dass wir insbesondere denjenigen, die bereits drei und mehr Arbeitsverträge hatten, mehr Möglichkeiten geben müssen, auf unbefristete Verträge zu kommen.

Meine Damen und Herren, dies muss uns nach wie vor umtreiben: Es sind immer noch mehr als die Hälfte der **jungen Lehrkräfte**, die zu Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit befristete Arbeitsverträge bekommen. Hier müssen wir wirklich genau hinschauen, denn wenn diese vor den Sommerferien entlassen werden, dann stellt dies eine besondere Härte dar, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben.

Die Ministerin hat in ihrer Pressemitteilung deutlich gemacht, dass dies eine Ausnahme sein soll. Ich finde, die Antworten auf die Kleinen Anfragen werfen Fragen auf. Auch die Berichte aus den Schulen, die die Kollegen aus dem Bildungsbereich kennen, erwecken einen durchaus anderen Eindruck. Daher finde ich: Wenn wir unsere formulierten Ansprüche an Unterrichtsversorgung und Unterrichtsqualität ernst nehmen wollen, dann müssen wir hier alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Praxis zu reduzieren. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Kollegen der SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vermutlich bin ich die einzige Person im Saal, die das, wovon wir heute sprechen, am



(Kai Vogel)

eigenen Leibe erfahren hat; denn ich war in meiner ersten beruflichen Tätigkeit - als Lehrer - befristet beschäftigt. Zuerst hatte ich einen Dreimontagsvertrag, dann einen Sechsmontagsvertrag und anschließend bis zum Rest des Schuljahres. Ja, auch ich hätte mir damals eine **unbefristete Stelle** gewünscht, weil sich jeder Beschäftigte die Sicherheit einer Dauerbeschäftigung wünscht.

Bei mir war der Befristungsgrund, als ich in Grömitz anfang, eine Krankheitsvertretung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die CDU-Fraktion, die dem Antrag der FDP-Fraktion beigetreten ist, mit ihrem Mahnen in Richtung dauerhafter Beschäftigung den erkrankten Lehrkräften, den Lehrkräften im Sabbatjahr oder den Lehrkräften in Elternzeit ihr **Rückkehrrecht** nehmen will,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat kein Mensch gesagt! - Anita Klahn [FDP]: An welcher Stelle hat er das gesagt?)

wenn sie fordert, dass alle Personen, die an einer Schule beschäftigt sind, dauerhaft und unbefristet beschäftigt werden. Anders kann das Ganze nicht funktionieren, wenn Sie keine befristete Beschäftigung mehr an Schulen realisieren wollen. Gerade in der **Elternzeit** - Kinder werden nicht immer in den Sommerferien geboren - ist hohe Flexibilität notwendig. Um in diesen Fällen die Besetzung mit einer befristeten Vertretungskraft zu vermeiden, wäre die Alternative, die Stelle frei zu lassen. Wollen Sie das, Frau Klahn?

(Anita Klahn [FDP]: Haben Sie den Antrag gelesen?)

- Sie wollen die befristete Beschäftigung abschaffen. - Frau Franzen, Sie haben, das war redlich, gesagt, das sei nicht möglich. Wenn Sie den Worten von Frau Klahn gefolgt sind, dann wissen Sie, dass Frau Klahn die befristete Beschäftigung in Schulen abschaffen will.

(Anita Klahn [FDP]: Das stimmt doch nicht! Wo steht denn das? Wenn Sie das bitte benennen würden!)

- Es gibt einen Antrag; es gibt aber auch eine Rede, die hier gehalten wurde. Auf diese kann ich mich nun auch berufen.

(Anita Klahn [FDP]: Aber benennen können Sie es nicht!)

Grundlage für die Beschäftigung ist nicht die Willkür des Bildungsministeriums, sondern Grundlage sind die Bestimmungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes des Bundes. Demnach sind befriste-

te Arbeitsverhältnisse besonders dann gerechtfertigt, wenn es sich um Vertretungen handelt. Daraus ergibt sich schon einmal, dass befristete Verträge unerlässliche Voraussetzung dafür sind, die **Unterrichtsversorgung** komplett aufrechtzuerhalten.

Die Opposition macht es sich einfach, indem sie jede Maßnahme zu Teufelswerk erklärt. Der Philologenverband behauptete, dass es nach dem doppelten Abiturjahrgang massenweise zu Zwangsversetzungen von den Gymnasien kommen würde. Heute wissen wir, dass diese Verdächtigung falsch war. Die alte „Arbeitnehmerpartei FDP“ skandalisiert jetzt befristete Verträge zu einer modernen Form des Sklavenhandels.

Wohl niemand wird bezweifeln, dass ein auslaufendes Arbeitsverhältnis und die Unsicherheit, wie es danach weitergeht, für die betroffene Lehrkraft und deren Familie eine belastende Situation darstellt. Dies gilt insbesondere dann, wenn **befristete Arbeitsverträge** nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall in einer Erwerbsbiografie sind. Es gibt nun einmal Faktoren, die schwer zu steuern sind. Dazu gehört das Recht des Arbeitnehmers, den Zeitpunkt seiner Rückkehr aus der Elternzeit frei zu bestimmen. Die Dauer von Krankenschreibungen lässt sich nicht immer langfristig exakt vorhersagen, weil Rekonvaleszenz bei jedem Patienten anders verläuft.

Klar ist: Eine Stelle kann nicht mit zwei Menschen mit Vollzeitverträgen besetzt werden. Wenn der Vertretungsgrund erledigt ist, dann muss auch die Vertretung enden.

Ein weiteres Problem bei der Besetzung von Lehrstellen liegt darin, dass wir konkrete Menschen nur auf konkreten Arbeitsplätzen einsetzen können, die an einem bestimmten Dienort, in einem bestimmten Schultyp, in bestimmten Schulfächern existieren. Wir verzeichnen in einer ganzen Reihe von Fächern **Lehrermangel**, der sich in bestimmten Regionen des Landes schärfer als anderswo darstellt.

Wir alle wissen, dass viele ausgebildete Lehrkräfte nicht dauerhaft in jede Region des Landes ziehen wollen - oder mit Rücksicht auf ihre Familie nicht ziehen können - und deshalb Befristungen in Kauf nehmen in der Hoffnung, einen für sie attraktiveren Dienort zu finden.

Auch wir wollen gut ausgebildete Lehrkräfte, die mit ihrer Arbeits- und Lebenssituation zufrieden sind und guten Unterricht erteilen können. Diesen Lehrkräften ist nicht mit pauschalen Regelungen

(Kai Vogel)

geholfen, wonach nach drei Befristungen automatisch eine Dauereinstellung erfolgen muss.

Realistische Ziele für uns sind: Wenn jemand während eines gesamten Schuljahres vertreten hat, soll das **Vertretungsverhältnis** auch für die **Sommerferien** gelten. Vertretungslehrkräfte sollen nicht vor den Ferien entlassen werden, wenn sie bereits für die Zeit unmittelbar nach den Ferien eingeplant sind.

Zum Ende des abgelaufenen Schuljahres waren an den schleswig-holsteinischen Schulen insgesamt knapp 1.400 Lehrkräfte mit befristeten Verträgen tätig; die Angaben finden sich in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Frau Franzen. Davon arbeiteten rund 1.000 an den allgemeinbildenden Schulen und 400 an den berufsbildenden Schulen. Diese Zahlen, die mal steigen und mal sinken, sind nicht von der Willkür der Landesregierung abhängig; wenn mehr Lehrkräfte Elternzeit und Mutterschutz in Anspruch nehmen, müssen mehr Vertretungen geschaffen werden.

Ich rege deshalb an, dass wir den Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU in den Bildungsausschuss überweisen und die Frau Ministerin bitten, dort regelmäßig die Entwicklung der Befristungsstellen und die wichtigsten Gründe dafür darzulegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nun der Abgeordneten Anke Erdmann das Wort.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, befristete Verträge sind für viele Schulen wirklich ein Handicap. Das wissen wir alle. Diese Einschätzung eint uns sicherlich. Betroffen sind die befristet Beschäftigten selbst, aber auch die Schülerinnen und Schüler sowie die Kolleginnen und Kollegen. Es stellt sich tatsächlich die Frage - Frau Franzen hat an die im Jahr 2013 geführte Debatte erinnert -: Wo sind eigentlich die Stellräder?

Zugegeben, die Stellräder sind nicht so groß und so gut zu drehen, wie wir uns das vorgestellt haben. Uns alle eint der Wunsch, die Befristungen herunterzufahren.

Ich habe mir noch die Antwort auf eine andere Kleine Anfrage angeschaut, nämlich auf diejenige, die ich im August 2011 gestellt hatte. Im Schuljahr 2011/2012 lagen wir demnach bei 1.350 Befristungen; man muss ja einen Stichtag immer mit dem richtigen anderen Stichtag vergleichen. 2016 liegen wir bei 1.400. Das Ziel, das wir hatten, nämlich die Zahl der Befristungen zu senken, ist nicht erreicht worden.

Frau Klahn hat Beispiele genannt. Auch ich bringe Beispiele, weil dadurch einiges klarer wird.

Ich habe vor Kurzem einen „Seitenwechsel“ vollzogen und die ganz tolle Klassenlehrerin einer 4. Klasse kennengelernt. Sie war befristet angestellt, und zwei Wochen vor Ende der Ferien endete ihr Vertrag. Warum war dem so? Sie war auf einer Stelle, die wegen Erziehungszeit befristet besetzt werden musste. Solche Stellen enden, wenn die Leute aus der Erziehungszeit zurückkehren. Das ist ein gutes Arbeitnehmerrecht. - Es ist zum Glück gelungen, diese Person noch zwei Wochen länger zu beschäftigen. Die beschriebene Situation der befristet beschäftigten Lehrkraft ist sozusagen die Schattenseite der guten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte, die wir haben: Elternzeit, Vätermo-nate - die zunehmen -, Sabbatjahr. Aber auch Teilzeit gehört dazu. Ich habe dazugelernt: Auch Teilzeitkontingente werden nur befristet besetzt.

Nächster Punkt: Ein Schulleiter sucht jemanden mit der **Fächerkombination** Erdkunde/Physik, findet aber nur jemanden mit der Fächerkombination Erdkunde/Deutsch. Er denkt sich: Bevor ich niemand habe, stelle ich jemanden mit Erdkunde/Deutsch ein. Natürlich stelle ich als Schulleiter diese Lehrkraft nicht unbefristet, sondern befristet ein, weil ich mein Physikkontingent auch noch erfüllen muss. - Das macht einen großen Anteil der Befristungen aus. Wenn Sie in Schulen unterwegs sind, dann wissen Sie, dass dies eine zunehmende Rolle spielt.

Das Folgende ist sicherlich eine Ausnahme, muss aber auch beachtet werden - ich komme auf Ihre Bemerkungen zu Kettenverträgen zurück -: An einer Grundschule in Kiel ist mir jemand begegnet, der die Fächerkombination Mathematik/Physik studiert hat. Mit dieser Fächerkombination bekommen Sie in Lauenburg und in Dithmarschen sofort einen unbefristeten Vertrag. Er handelt sich aber von Kettenvertrag zu Kettenvertrag, weil er unbedingt in Kiel bleiben will und darauf hofft, irgendwann vielleicht doch Glück zu haben. Wenn ich das in Lauenburg oder Dithmarschen erzähle, dann höre ich:

(Anke Erdmann)

Das ist schon eine schräge Geschichte. Wir brauchen ihn hier händierend!

Aber das ist die individuelle Entscheidung jedes Einzelnen; daran können wir nichts ändern. In diesem Fall würde aber Ihr Kettenvertragsvorschlag ins Leere laufen.

Letzter Punkt: Eine Lehrkraft an Berufsschulen unterrichtet DaZ, aber nur mit einem Fach. Sie hat immer wieder Kettenverträge bekommen, weil sie die Voraussetzungen für das Lehramt nicht erfüllt hat. Das ist ein Punkt, der uns veranlassen sollte zu schauen, ob wir jetzt den Hamburger Weg auch hier gehen können. Wir müssen klären, ob diese Person eine Chance bekommen soll, mit ihrer Ein-Fach-Ausbildung, die momentan nicht anerkannt ist, eine unbefristete Anstellung zu bekommen. Ich finde, das wäre wünschenswert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das zeigt, dass Ihr Vorschlag zum Kettenvertrag nicht durchträgt.

Der nächste Punkt betrifft die Sommerferien. Das ist auch bundesweit ein großes Thema. Gibt es zu den Sommerferien eine Entlassungswelle?

Interessant ist die Antwort auf die entsprechende Kleine Anfrage. Darin heißt es - das finde ich sehr erfreulich -, dass 200 Verträge zu Beginn der **Sommerferien** und 170 Verträge zum Ende der Sommerferien enden. Über Jahre hinweg gab es Versuche - das ist fraktionsübergreifend Konsens gewesen -, die Lehrerarbeitslosigkeit im Sommer zu reduzieren. Wir stellen fest, die Bemühungen wirken langsam. Das bescheinigt uns übrigens auch die Bundesanstalt für Arbeit. Die jüngste Erhebung zu der Frage, wie die Bundesländer in diesem Punkt dastehen, ist im Januar 2016 erschienen. Das Ergebnis sollte für die CDU interessant sein; denn Schleswig-Holstein wird darin explizit gelobt. Nicht gelobt werden Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen. Es hat aber Sinn, nach **Hessen** zu schauen; denn der Grund für die dortige hohe Zahl unbefristeter Verträge ist die **Unterrichtsgarantie**, mit der damals Herr Koch in den Wahlkampf zog und die er auch umgesetzt hat. Sobald wir eine Unterrichtsgarantie abgeben, kommen wir ohne eine Menge unbefristeter Verträge nicht aus.

Wir hätten gern mit Ihnen im Ausschuss über die Details debattiert. Wenn Sie einer Überweisung nicht zustimmen, ist das Ihre Sache. Dann werden wir den Antrag ablehnen. Ich finde es gut, dass dieses Thema hier im Plenum eine Rolle gespielt hat.

In der Koalition spielt es ohnehin eine Rolle, wie Sie zum Beispiel an der Öffnung für Einfachlehrer gesehen haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Piratenfraktion hat der Kollege Sven Krumbeck das Wort.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Mai letzten Jahres titelte eine Schleswig-Holsteinische Tageszeitung: „Das Land zeigt sich als mieser Arbeitgeber“. Hintergrund war eine Kleine Anfrage von mir - ich glaube, wir alle haben inzwischen schon Kleine Anfragen gestellt - nach **Kettenverträgen von Lehrkräften** und deren Entlassung zu Beginn der Sommerferien. Obwohl das Ministerium lang und breit erklärte, warum diese Praxis absolut in Ordnung sei, versprach man damals: Wir nehmen das Ergebnis der Anfrage nochmals zum Anlass, jeden Fall genau zu prüfen. - Die Tageszeitung vermutete dahinter, dass für die betroffenen Lehrkräfte noch einmal Bewegung in ihre Angelegenheit käme.

Das Ergebnis dieser Bewegung hat ein gutes Jahr später die Kollegin Klahn abgefragt. Während 2015 6,6 % der Lehrer befristet angestellt waren, sind es heute 8 %.

(Anita Klahn [FDP]: So ist es!)

Seien wir ehrlich: So richtig positiv war diese Bewegung nicht! Viel wurde damals versprochen. Aber das ist so mit Daten. Auf dem geduldigen Papier sieht es oft gut aus, aber in der Praxis bewährt es sich nicht.

(Beifall PIRATEN und Anita Klahn [FDP])

Auf dem Papier klappt das mit dem **Vertretungskonzept für Unterrichtsausfall** gut, in der Praxis weniger. Auf dem Papier stand ein Bericht nebst Konzept. Beides sollte den prekären Beschäftigungsverhältnissen von Lehrern begegnen. Getan hat sich praktisch nichts, denn das stößt bei Betroffenen, den Eltern, den Schülern und den Berufsverbänden auf Unwillen, den ich gut verstehen kann.

Perspektivisch ist das eine Katastrophe, denn die Besten werden gehen. Der **Lehrermangel** wird sich weiter verschärfen, weil das Land nicht steuernd eingegriffen hat, weil sich das Land bei der Werbung um Lehrer schwertut.

(Sven Krumbeck)

Zum Schuljahresbeginn wurde eine Kampagne nach dem Motto „Wir bieten Klasse, Lehrer gesucht“ gestartet. Wer sich tatsächlich die Arbeitssituation vieler junger, gut ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer ansieht - die Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Klahn ist dafür ein gutes Dokument - merkt, dass Klassen, aber nicht immer Klasse geboten wird. Daher finde ich es treffend, wenn die FDP den Begriff der Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrerschaft in der Überschrift des Antrags ausdrücklich benennt.

Immer wieder haben wir uns im Ausschuss darüber informieren lassen, dass es nicht auf Strukturen oder Organisationsformen ankommt, wenn es um die Qualität des Unterrichts geht, sondern dass vor allem Motivation, Ausbildung, Bereitschaft und Flexibilität des Lehrers über die Güte in unseren Schulen entscheidet. Das allein sollte reichen, um diesen Personalschatz zu hüten und zu pflegen. Stattdessen erhalten Lehrer hier nicht selten den Status eines Saisonarbeiters zum Dumpinglohn bei höchstem Stressfaktor. Das ist nicht angemessen. Darum unterstützen wir die Initiative der FDP. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und Anita Klahn [FDP])

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten des SSW hat nun die Kollegin Jette Waldinger-Thiering das Wort.

#### **Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrter Damen und Herren! FDP und CDU greifen mit ihrem Antrag ein Thema auf, über das wir hier schon 2013 gesprochen haben. Damals ging es der FDP explizit um die Problematiken, die entstehen, wenn befristete Arbeitsverträge vor Ferienbeginn enden. Ich habe schon damals festgehalten, dass wir uns dieser Probleme bewusst sind und der SSW jegliche Form prekärer Arbeitsverhältnisse ablehnt. Zusammen mit unseren Koalitionspartnern ist es uns ein wichtiges Anliegen, Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen und ihre Arbeitsverhältnisse stetig zu verbessern.

Im Antrag wird nun gefordert, dass die Landesregierung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrerschaft nachkommen soll. Scheinbar weigern sich die Antragstellerinnen und Antragsteller, anzuerkennen, wie sehr sich die Lage in den Schulen schon verbessert hat.

(Anita Klahn [FDP]: Genau! Die Zahlen sprechen für sich!)

Nur kurz zur Erinnerung: FDP und CDU sind nicht die Retterinnen und Retter der Lehrerschaft! Ich danke für den Hinweis und beruhige Sie gern: Wir nutzen bereits alle Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, um die Zahl der befristeten Verträge gering zu halten!

Wir alle wissen, dass befristete Verträge nur abgeschlossen werden, wenn dafür ein sachlicher Grund im Sinne des Teilzeit- und Befristungsgesetzes vorliegt. Zu diesen Gründen, die gesetzlich geregelt sind, gehört vor allem, dass der Bedarf an der Arbeitsleistung eben nur vorübergehend besteht. In Schleswig-Holstein werden Lehrerinnen und Lehrer also nicht wider besseres Wissen befristet eingestellt. **Zeitverträge** sind notwendig, um Vertretungen zu ermöglichen. Wir brauchen Zeitverträge, um die temporäre Abwesenheit von Lehrerinnen und Lehrern durch Elternzeit, Erkrankungen oder gar das Sabbatjahr aufzufangen. Ich möchte deshalb klarstellen, dass befristete Arbeitsverträge nicht automatisch ein Missstand in der Anstellung sind. Sie sind vielmehr Beleg dafür, dass unsere Lehrkräfte ihre individuellen Rechte wahrnehmen. Das sollen sie auch weiterhin so tun können!

Wir haben es hier im Land auch nicht mit dramatischen Zahlen zu tun. Rund 25.000 Lehrerinnen und Lehrer sind insgesamt in unserem Bundesland beschäftigt. Am 8. August 2016 gab es rund 1.400 befristete Verträge. Bei rund der Hälfte dieser Fälle handelt es sich um Krankheitsvertretungen beziehungsweise um Mutterschutz- oder Elternzeitvertretungen. Die restlichen Befristungen kommen durch zeitlich begrenzte Beurlaubungen, Teilzeitbeschäftigungen und Sabbatjahre zustande. Wir sehen also, dass diese befristeten Verträge existieren. Wir sehen aber auch, dass sie nicht überhandnehmen, und vor allem, dass es gute Gründe für sie gibt.

Außerdem gibt es einige wenige relevante Gründe dafür, warum wir auch in Zukunft nicht ohne befristete Verträge auskommen werden. Besonders einleuchtend ist aus Sicht des SSW, dass gerade zusätzliche Haushaltsmittel befristet für Stellen zur Verfügung gestellt worden sind. Diese werden vor allem für **DaZ-Unterstützungslehrkräfte** genutzt.

Daneben gibt es aber auch Fälle, in denen Lehrkräfte mehr oder weniger vorübergehend eingestellt werden müssen, weil sie eigentlich nicht ganz den fachlichen Anforderungen, besonders für Gemeinschafts- und Berufsschulen, entsprechen. In der Hoffnung auf noch qualifizierteres Lehrpersonal ist



(Jette Waldinger-Thiering)

es nur sinnvoll, wenn hier befristete Verträge vergeben werden. Aber ich möchte hier nicht noch näher auf Sonderfälle eingehen und nur darauf hinweisen, dass es durchaus auch Lehrkräfte gibt, die sich bewusst für befristete Verträge entscheiden, wenn der Verbeamtung beispielsweise Vorlieben für andere Orte im Wege stehen oder wenn Lehrkräfte im Bewerbungsverfahren um unbefristete Stellen eben Konkurrentinnen und Konkurrenten mit besseren Studienabschlüssen unterliegen.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Wir sind uns darüber im Klaren, welche Probleme die befristeten Stellen mit sich bringen. Wir schätzen die Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer und wollen ihre Situation stetig verbessern. Schade, dass die Antragsteller Abstimmung in der Sache wollen. Wir werden den Antrag ablehnen. Ansonsten hätten wir ihn gern im Ausschuss noch einmal diskutiert.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Landesregierung erteile ich der Bildungsministerin Britta Ernst das Wort.

**Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat ist die Frage der Befristung von Personen im Schuldienst ein wichtiges Thema. Es lohnt der genaue Blick. Dennoch muss auch ich sehr grundsätzlich sagen: Bei der Frage der **Beschäftigung von Lehrkräften** halten wir uns an das Haushaltsrecht und an das Arbeitsrecht. Das zeigt die Grundkoordinaten, nach denen wir handeln. Wir stellen unbefristet ein, wenn wir eine Stelle haben, und wir befristen nur bei den gesetzlich vorgegebenen Befristungsgründen. Das ist der Rahmen, der für uns gilt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb auch der Hinweis zum Antrag der FDP zu Tagesordnungspunkt 31. Wenn wir eine Stelle haben, wird sie ausgeschrieben. In Schleswig-Holstein gilt die Bestenauslese. Danach wird entschieden. Bei Bewerbungen wird nicht danach entschieden, wie hoch die Zahl der vorherigen befristeten Arbeitsverträge ist. Was Sie vorschlagen, ist ein gesetzwidriges Vorhaben. Deshalb können wir das in der Form, in der Sie das vorschlagen, nicht zur Praxis machen - so wie es in der Privatwirtschaft übri-

gens auch nicht möglich ist, die Zahl von befristeten Arbeitsverträgen als Entscheidungskriterium für die Besetzung einer Stelle zu nehmen. Dort gilt in der Regel auch eine **Bestenauslese**. Deshalb kann das so nicht angewandt werden.

Dennoch haben wir uns das noch einmal angeschaut. Ich rege auch an, dass wir das im Ausschuss vertiefen. Es ist natürlich sinnvoll, sich den Verlauf der Befristungen im Jahresverlauf anzusehen. Gerade der Schuljahreswechsel ist ein sehr spannendes Datum, auf das Sie hingewiesen haben; das wurde schon erörtert.

Wir haben uns noch einmal die aktuellen Zahlen angeschaut.

(Wortmeldung Anita Klahn [FDP])

- Haben Sie eine Frage?

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Kollegin Klahn?

**Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:**

Ja. Nachdem Sie im Moment nicht zugehört haben, kommen Sie jetzt mit einer Bemerkung, ja.

**Anita Klahn [FDP]:** Doch, ich habe schon zugehört. - Frau Ministerin, Sie haben eben in Aussicht gestellt, dass, wenn wir das im Ausschuss beraten, Sie uns noch einmal Wege aufzeigen, um eine Verbesserung beziehungsweise Veränderung der jetzigen Praxis herbeiführen zu können. Können wir uns darauf verlassen?

Bislang habe ich ehrlicherweise aus den Redebeiträgen der Koalitionäre eher vernommen: Alles ist gut so, alles bleibt so, alles ist bestens.

- Frau Abgeordnete Klahn, ich hatte meine Rede gerade erst begonnen und wenige Sätze gesagt. Zu Verbesserungsvorschlägen bin ich noch gar nicht gekommen. Ich habe aber angeboten, im Ausschuss über die Thematik detailliert zu sprechen und gesagt: Es lohnt der genaue Blick.

- Da war meine Frage, ob Sie dann in Aussicht stellen können, dass es Verbesserungen geben kann - ja oder nein?

- Ich stelle in Aussicht, dass ich meine Rede zu Ende halte, die Situationen schildere und Ihnen gern erzähle, was ich mache.

**(Ministerin Britta Ernst)**

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann mögen Sie neu entscheiden, ob das für Sie eine Grundlage ist, im Ausschuss zu beraten oder auch nicht.

Wir haben uns noch einmal die aktuellen Zahlen zum Stichtag angeschaut. Wir haben aktuell 1.913 befristet eingestellte Lehrkräfte auf 1.119 Stellen. Das heißt: Sie sehen wieder eine Bewegung im Vergleich zu den Kleinen Anfragen, die Sie gestellt haben.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es sinnvoll ist, der Frau Ministerin zuzuhören und die bilateralen Gespräche etwas zurückzunehmen.

**Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:**

In dieser Steigerung gibt es eine Bewegung, die wir jeweils zu Schuljahresbeginn haben. Wir haben eine ganze Reihe von Lehrkräften, die wir natürlich unbefristet einstellen wollen, bei denen aber vielleicht noch nicht alle Unterlagen vorhanden sind oder bei denen die für den öffentlichen Dienst notwendige Gesundheitsuntersuchung noch nicht vorliegt. Das spielt jeweils zum Schuljahresbeginn eine Rolle. Deshalb haben wir dann diese Schwankungen.

Ansonsten ist es so, wie auch hier gesagt wurde: Die Gründe für die Befristungen sind Vertretungen für Mutterschutz, Elternzeit und Krankheit, die Beurlaubung von Lehrkräften und der hohe Anteil von Teilzeitarbeit. Gut ein Drittel bis 40 % aller Befristungen sind jedenfalls eine Reaktion auf Mutterschutz und Elternzeit. Wenn wir uns das anschauen, sehen wir: In der Tat ist die Vertretung wegen Mutterschutz und Elternzeit einer der wesentlichen Gründe, warum die Zahl der Befristungen in den letzten Jahren gestiegen ist. Wir haben dabei eine Zunahme um rund 300. Ich muss ehrlicherweise sagen: Ich freue mich, dass unsere Lehrerinnen Kinder bekommen

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und bei einem familienfreundlichen Arbeitgeber auch keine Probleme haben, ihre Elternzeit zu nehmen. Zunehmend machen das auch Männer. Das ist jedenfalls ein Faktor.

Ein weiterer Faktor hat zu einer Erhöhung geführt. Denn in der Vergangenheit wurden Honorarlehrkräfte beziehungsweise deren Verträge nicht nach TV-L abgefasst. Sie sind in den Statistiken nicht erfasst worden, sodass wir dabei auch eine Zunahme haben. Zu dieser Gruppe gehören die auch schon erwähnten Senior-Lehrkräfte, die wir besonders herangezogen haben, um auf die Flüchtlingssituation flexibel zu reagieren. Wir haben zurzeit **230 Senior-Lehrkräfte**. Auch sie spielen eine Rolle dafür, dass sich die Zahl der Befristungen erhöht hat - dies sage ich vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation.

Das gilt auch insbesondere für den berufsbildenden Bereich, wo wir ungefähr 66 Unterstützungslehrkräfte im DaZ-Bereich eingestellt haben. Auch sie sind befristet von uns eingestellt, um auf die akute Situation im letzten Jahr zu reagieren. Wenn Sie diese Summen von 300, 230 und 66 addieren, haben Sie sehr plausible Anhaltspunkte, warum wir eine Zunahme der Befristung haben, die ich nicht für kritikwürdig halte,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

sondern die nachvollziehbar ist, wenn man sorgfältig mit Haushaltsmitteln umgeht.

Wir haben in der Vergangenheit durch das Parlament kw-Stellen bekommen, die wir auch genutzt haben, um Lehrkräfte unbefristet auf diesen Stellen einzusetzen - sozusagen als Brücke in die Befristung oder als Puffer. Sie sind auch im Vertretungsfonds veranschlagt. Davon haben bereits 120 Lehrkräfte profitiert.

Eine weitere Maßnahme hat Frau Erdmann schon angesprochen: Wir werden bei den Lehrkräften, die im Ausland ein Fach auf Lehramt studiert haben, die Praxis, sie befristet einzustellen, durch die Anpassung einer EU-Verordnung verändern, sodass wir dabei auch zu unbefristeten Einstellungen kommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die kritisierte Regelung, dass Verträge zu Ferienbeginn enden, ist angepasst worden. Wir befristeten in der Regel zum Ende des Schuljahrs. Das steht in unterschiedlichem Verhältnis zu den Ferien. Diese Art und Weise praktizieren wir. Ich muss natürlich sagen: Wenn wir eine zweiwöchige Krankheitsvertretung vor Ferienbeginn haben, endet sie auch. Das endet nicht zum Ende des Schuljahrs.



**(Ministerin Britta Ernst)**

Insofern lässt sich diese Regel, die Sie in Ihrem Antrag fordern, in den meisten Fällen durchhalten, aber im Einzelfall manchmal auch nicht. Denn wenn es keinen Beschäftigungsgrund gibt, können wir das so nicht machen.

Sie sehen: Die Lage ist komplex. Ich hoffe, ich habe Ihnen ein wenig darlegen können, warum sich die Werte so entwickelt haben, wie sie sich entwickelt haben. Es gibt dafür gute Gründe. Dennoch lohnt es sich, dem Thema immer hohe Aufmerksamkeit zuzumessen.

Aber ich muss Ihnen auch deutlich sagen: Sie dürfen meiner Ansicht nach nicht vom Prinzip der Bestenauslese abweichen. Die Anzahl von Befristungen kann kein Kriterium für eine Beschäftigung sein. Das sind manchmal drei Zweiwochenvertretungen, und das sind auch zu einem hohen Anteil - das wissen Sie - Lehrkräfte, die nicht beide Staatsexamen haben. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass sich dann die Schule für die Person entscheidet, die mit zwei Staatsexamen möglichst in die Wunschfächer kommt und nicht für die Person, die vielleicht drei Kettenverträge hat, aber nur das erste Staatsexamen und vielleicht noch nicht einmal das.

Ich finde: Auch das sind vernünftige Entscheidungen, die ich nicht zu kritisieren habe. Deshalb finde ich unsere Prozentzahl im Großen und Ganzen absolut vertretbar. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen ergeben sich jetzt. Frau Kollegin Klahn, bitte.

**Anita Klahn [FDP]:**

Ich erkläre, dass ich meinen Antrag auf Abstimmung in der Sache zurücknehme und das Angebot der Ministerin gern aufgreife, darüber im Ausschuss noch einmal ausführlicher zu sprechen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Beantragt worden ist, den Antrag Drucksache 18/4620 (neu) dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen haben mir mitgeteilt, dass nicht gewünscht wird, einen weiteren Tagesordnungspunkt aufzurufen. Das heißt, wir werden die Sitzung heute etwas vor der geplanten Zeit unterbrechen. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Abend und freue mich, Sie morgen früh um 10 Uhr wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:27 Uhr**